Zeitung für Selbstverwaltung

D 8008 E | Vertrieb: ASH-Krebsmühle 6370 Oberursel | Nr. 29 | Jahrgang 4 | Februar '87 | 3.00 DM

Sozialtechnologie

oder die Kunst, auch das marodeste System am Leben zu erhalten!

Definitiv meint Sozialtechnologie im Folgenden die Technik, das Können der Herrschenden **alle** Belange der Menschen ihres Territoriums zu manipulieren und in die gewünschte Richtung zu lenken. Darüber hinaus aber auch die Fähigkeit, Fehler des Systems so zu verwerten, daß letztlich eine Stärkung desselben erreicht wird.

Die zunächst Herrschenden, der Staat und/oder das Kapital haben als primäre Mittel die Soziologie, empirische Sozialforschung, Soziographie, Sozialpsychologie, Soziometrie, Industriesoziologie, Sozialwissenschaften und in sekundärer Folge die anderen wissenschaftlichen Disziplinen.

Wes Geistes Kind die Herrschaftsgewalt z.B. nun ist, wird sicht- und erlebbar in den von ihr favorisierten Bauformen, hier besonders die Schulen, Knäste, Krankenhäuser und behördlichen Bauten, die in der Regel getreues Abbild ihres Wollens und Könnens sind (siehe Krankenhaus Aachen, Uni Bochum, Knast Stammheim).

Wirksam wird Sozialtechnologie auf **allen** menschlichen Gebieten und läßt sich gliedern in einen integrativen und einen selektiven Aspekt, welcher in der Verhaltensforschung mit „Zuckerbrot und Peitsche" und in der Informationstechnik mit „Software und Hardware" umschrieben wird. So wie der geschickte Therapeut und Erzieher seine Klienten zum RECHTEN Ziele führt, arbeitet das Supermonster Staat an seinen Untaten. Nicht der Mensch entwickelt sich seine Gesellschaft, zumindest nicht aktiv, es ist der Kapitalstaat/Staatskapitalismus, der sich seine seelisch-geistig und bald vielleicht auch physisch geklonten Informationsträger schafft. Dies nun aber ist das Bedenkliche und Widerstand tut not!

Fortsetzung auf Seite 5

Die Gemeinsamkeit der Kriminalisierten

Anti-AKW Bewegung nach Nürnberger Kongreß gestärkt

Red. Heidelberg Daß der BUKO wie geplant vom 16. bis 18.1.87 in Nürnberg stattfinden konnte – was ja nach dem Verbot der Veranstaltung einige Wochen vorher in Regensburg fraglich war – kann allein als Erfolg gewertet werden. Das eigentlich Bemerkenswerte jedoch ist, daß die Versammlung eher noch bereit war, das Stigma der Kriminalisierung hinzunehmen, als sich an die Auflagen des Verwaltungsgerichtes zu halten und es sowohl ablehnte, sich ein inhaltliches Zwangskorsett aufdrücken zu lassen, als auch die Namensnennung von „Arbeitsgruppenleitern" verweigerte (u.a. weil es solche gar nicht gibt).
Einer Veranstaltung, die ausgerechnet unter Anwendung politischer Gesinnungsstrafnormen verboten werden soll, aufzuerlegen, sie dürfe nicht über die Existenz politischer Gefangener in der BRD diskutieren, ist schlicht dummdreist! **Fortsetzung auf Seite 2**

Foto: Arno Huber

Die **BUNTEN SEITEN**, der Branchenführer durch die Selbstverwaltungslandschaft als Beilage *der CONTRASTE*, sollen im April '87 aktualisiert und erweitert, neu aufgelegt werden. Wer in diesem Branchen- und Projektführer bisher noch nicht vertreten war, sollte sich möglichst umgehend mit **CONTRASTE, Gaisbergstr. 97 (HH), 6900 Heidelberg 1**, in Verbindung setzen. Die Adresseneinträge sind kostenlos.

Redaktionsschluß für diese Frühjahr/Sommerausgabe ist der **15. Februar 1987.**

Zwischen Tradition und Postmoderne

„Die Linke ist in der Krise, weil sie die Welt nicht mehr versteht und der gesellschaftlichen Entwicklung keine Perspektive geben kann. Sie ist mit ihrer Theorie am Ende und konzeptionell in der Defensive".[1]

In den Diskussionen, Treffen und Veröffentlichungen der Linken wird tatsächlich schon länger von der „Krise des Marxismus" (synonym für die eigene Krise?!) geredet und auch ständig die Kommunikationslosigkeit bemängelt.

Peter Glotz spricht zwar von der Wiedererlangung der „kulturellen Hegemonie" der Linken aber die „Rekonstruktion" will nicht gelingen. Denn eher sehen wir uns Zeiten großer Koalitionen und konzertierter Aktionen entgegen.

Der SDS-Kongreß mit dem Titel „Prima Klima – wider dem Zeitgeist" in Frankfurt Ende November '86 war zwar eine geistreiche „Generaldebatte", aber beim Auseinandergehen war man/frau praktisch und perspektivisch im selben Zustand wie vorher: Ohne „endgültige" Klärung und „gnadenlos" der Zeit ausgeliefert.[2]

Die Leninsche Frage nach dem „Was tun?" wurde durch die „Wie geht's Dir?" eingetauscht.

Fortsetzung auf Seite 12

1 So Wulf Schönbohm, Leiter der Grundsatzabteilung der CDU am 21. Nov. 86 in der Frankfurter Rundschau, wo er laut Headline den Linken „die Leviten liest".

Linkes Privatradio

Red. Berlin Vier Stunden täglich linkes Radio in Berlin. Ab 1. März wird damit zum erstenmal eine linksalternative Initiative unter der Bezeichnung das „Andere Radio Berlin" (ARB) in dem bislang von (Groß-) Verlagen dominierten Sektor mitmischen.
Derzeit bemühen sich die Radio-Leute um eine Erweiterung auf ein 24-Stunden-Programm. Über die Strukturen und Ansprüche des linken (Kommerz-) Senders ein Bericht **auf Seite 2**

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Neues von der Ökobank
Nachdem in den letzten Ausgaben auf den Ökobank-Vereinsseiten ausführlich der juristische Dschungel, durch den sich die Bankgründer ihren Weg bahnen müssen dargestellt wurde, berichtet der Ökobank-Verein diesesmal über den aktuellen Stand des Geschehens. Außerdem Berichte aus den Regionen
auf den Seiten 8 u. 9

Variationen zum Thema verschmähte Liebe und Abneigung
Der Revisionsverband deutscher Konsumgenossenschaften nimmt für sich in Anspruch, neue genossenschaftliche Initiativen in besonderem Maße fördern zu wollen, sieht sich aber durch mangelnde Nachfrage durch die Initiativen eher in der Rolle des verschmähten Liebhabers
auf Seite 9

Datenbank für die Selbstverwaltungswirtschaft
Mit der „Mailbox", einem EDV-gestützten Kommunikationssystem zur Vernetzung selbstbestimmter Projekte, experimentiert seit einiger Zeit die Zukunftswerkstatt Saarbrücken. Als nächster Schritt ist der Aufbau einer Branchen-Datenbank, in der alle interessierten selbstbestimmten Betriebe und Projekte der BRD aufgenommen werden, vorgesehen.
Seite 10

Wer hat Angst vor'm Computer?
Ein Bericht über ein vom Hamburger Bildungswerk „Umdenken" veranstaltetes Seminar für selbstverwaltete Betriebe und Projekte von Detlef Weiher
auf Seite 11

Wer geht Stiften mit der Stiftung?
Zur Eröffnung der Diskussionsrunde über die Grüne Stiftung in CONTRASTE zwei Diskussionsbeiträge aus Berlin
auf Seite 12

Analfabetismus
Über den Analfabetismus in unserer Gesellschaft ein Beitrag **auf Seite 13**

Landkommunen heute
Die Landkommune ist tot, so wird von vielen gemunkelt. Stimmt diese These? In unserem 3. Teil der Serie beschäftigt sich Gunar Seitz mit den heutigen Landkommunen
auf Seite 14

Linkes Privatradio

Fortsetzung von Seite 1

Das **Andere Radio Berlin (ARB)** ging aus dem **Freundeskreis freier Radios Berlin** hervor, einer Gruppe von Radiomachern und -interessierten, die sich 1985 anläßlich der „Internationalen Tonstörung" konstituierte. Im April '86 wurde bekannt, daß der Kabelrat – ein vom Abgeordnetenhaus bestimmtes Fünfergremium mit Ex-Bundesverfassungsrichter E. Bender an der Spitze – zwei terrestrische Frequenzen vergibt.

Das ARB gründete eine GmbH, an der sich zu je 10% beteiligten:

- Tageszeitung Berlin
- Argument-Verlag
- Netzwerk Berlin
- KOB-Kulturzentrum
- Gitti Hentschel
- Medienoperative Berlin
- Verein für Medienarbeit
- Ästhetik und Kommunikation
- Ambulante Dienste
- Verein zur Gangbarmachung kultureller Abwege

Durch ihre Position erlangen die Gesellschafter jedoch keinen Einfluß auf die programmliche Gestaltung des ARB, diese liegt nach wie vor bei der Initiativgruppe. Sie sind lediglich beratend tätig und stellen zum Teil ihre eigene Infrastruktur zur Verfügung.

Um die eigene schwache Finanzdecke zu stabilisieren und die Chancen im Vergabeverfahren zu erhöhen, schloß sich ARB mit drei anderen Anbietern zu einer Anbietergemeinschaft zusammen – dem **Radio 100**. Die Partner sind das „Neue Radio Berlin", von denen Teile unter dem Namen „Hör 1" bereits ein Jahr im Kabel senden. Genauso wie das „X-Radio" im Mischkanal. Hauptsächlich sind dabei das Schwulenradio „Eldoradio" und das Experimentalsoundprogramm „Audionauten" zu nennen. Der dritte Partner, das „Lokalradio Berlin", ist ein Ableger des „Linksrheinischen Rundfunks, der seit Mai '86 in Rheinland-Pfalz 1 1/4 Stunden täglich sendet und dies schon nach einem halben Jahr kommerziell erfolgreich. Von der 100-GmbH hält ARB 33%, NRB 30%, X-Radio 20 % und LR 17%. Am Gesamtprogramm ist ARB zu 40% beteiligt. Finanzieren will sich Radio 100 langfristig über Werbeeinnahmen und Hörerabos. Gerechnet wird mit einem monatlichen Etat von 62.000 DM, der sich zum größten Teil aus den Gehältern für acht volle (1.600 DM) und acht halbe (800 DM) Stellen und den Kosten für Post, Gema etc. ergibt. ARB stehen für die Erstellung von täglich zwei Sendungen je 1 1/2 Stellen zur Verfügung, was bedeutet, daß der größte Teil der Arbeit unbezahlt geleistet werden muß.

Die notwendigen Investitionen und der Betrieb der ersten Jahre soll über Kapitaleinlagen in die Radio 100-GmbH gedeckt werden. ARB sucht Leute, die mit ihrem Geld helfen, das Radio auf Sendung zu bringen. Das kann in Form von Spenden oder als „atypisch stille/r Gesellschafter/in" geschehen. Als „atypisch stille/r Gesellschafter/in" hat zwar niemand Einfluß auf die Programmgestaltung, ist aber steuerrechtlich an den Gewinnen und Verlusten der Gesellschaft beteiligt. Da andere Einnahmequellen 1987 in keiner nennbaren Größenordnung erschlossen werden können, erhält jede/r „stille Gesellschafter/in" Verlustzuweisungen entsprechend ihrer/seiner Einlage, die sie/er in ihrer/seiner Steuererklärung geltend machen kann. Die Einlage wird nicht zurückbezahlt. Sofern die Steuerersparnis geringer ist als der Nennwert der Einlage, handelt es sich um einen verlorenen Zuschuß, der durch die Verlustzuweisungen bzw. Gewinnausschüttungen der kommenden Jahre jedoch zumindest ausgeglichen wird.

ARB soll ein Radio von der Szene, (nicht nur) für die Szene werden. Daher wurden schon in der Vorphase Kontakte zu den diversen politischen Gruppierungen geknüpft, um eine informelle Infrastruktur aufzubauen und auch um Leute zur Mitarbeit zu animieren.

Dabei offenbarten sich Probleme, die bislang noch nicht bewältigt sind:

- Im Gegensatz zur Entstehungsgeschichte der Tageszeitung ist das ARB kein Produkt oder Ausdruck einer politischen Entwicklung innerhalb des linken Spektrum. Die Szene hat noch gar nicht das Bedürfnis entwickelt, ein „eigenes" Radio zu brauchen, da wird ihr schon ein „fertiges" Produkt serviert.
- Innerhalb der Szene bestehen keine Erfahrungen mit dem Medium Radio. Die Vorstellung von Radiomachern orientiert sich an dem, was der Öffentlich-Rechtliche täglich bietet. Entsprechend heißt Anderes Radio für viele lediglich, vermeintliche oder tatsächlich unterdrückte Informationen über den Äther zu bringen. Das Resultat wäre ein schaurig anzuhörender Verkündungsrundfunk, wie ihn manche „Piraten" ab und an noch betreiben.
- Es existiert bereits ein breit gefächertes Informationssystem im Bereich der Zeitschriften und Zeitungen. Der Bedarf an einem zusätzlichen Medium ist nicht so offensichtlich, zumal in einer Zeit, in der sich eh wenig politisch bewegt. Zu Hochzeiten des Häuserkampfes wäre die Notwendigkeit eines linken Radios, gerade wegen der Schnelligkeit der Informationsvermittlung, viel einleuchtender gewesen.
- Gegenüber dem Medium bestehen größere Berührungsängste. Während ein Autor, wenn er will, hinter seinem Artikel anonym bleiben kann, ist jeder beim gesprochenen Wort identifizierbar, eine Angst, die umso schwerer wiegt, als die wenigsten geübt sind, in ein Mikrophon zu sprechen.

Es erklärten sich jedoch die diversen Gruppen bereit, je nach Fähigkeit und personellen Kapazitäten an dem Radio mitzuwirken, und es besteht die Erwartung, daß der Kreis eher größer wird, wenn ARB auf Sendung geht und damit sein Bekanntheitsgrad steigt.

ARB übernimmt bei Radio 100 zwei Programmblöcke, die von Montag bis Freitag ausgestrahlt werden. Von 19 bis 19.45 Uhr ist die von Frauen erstellte Sendung **Dissonanzen** zu hören und anschließend bis 20 Uhr **Berlin zitiert** – aktuelle Meldungen aus Berlins Politszene.

Die Strukturveränderungen beim Öffentlich-rechtlichen Rundfunk machen deutlich, daß Radio-Hören heute bedeutet: kurze, informative Unterhaltung; kleine Häppchen, anregend serviert. Das ARB orientiert sich an der Präsentation zum einen an diesen sogen. Hörergewohnheiten, will sie zum anderen aber auch durchbrechen, vor allem, um sich selbst nicht zu beschränken. Man beschreitet den schmalen Pfad zwischen Professionalität und Authentizität. Dabei muß der Anspruch eines „offenen Radios", bei dem jede/r mitmachen kann, noch konkretisiert werden. Kriterien müssen entwickelt werden, die für jede/n einsichtig umreißen, was sendefähig ist und was nicht. Über allem hängt dann noch das Damoklesschwert der Zensur.

Eines ist heute schon klar: ARB und auch Radio 100 sind quotiert, das heißt 50% der Stellen gehen an Frauen. Mehr noch: Das entscheidende Gremium der Radio 100-GmbH, der Aufsichtsrat, wird gänzlich mit Frauen nominiert. Darüberhinaus haben die Frauen des ARB eine eigene Redaktion gebildet, die seit dem Sommer '86 am Programm feilt. „Dissonanzen" wird sich aller Themen annehmen und sie aus feministischer Sicht betrachten. Wöchentlich übernehmen je zwei Frauen die redaktionelle Verantwortung für die Sendungen und werden für diese Zeit auch bezahlt. Der Rest des Kollektivs arbeitet derweilen als „Freie" und Moderatorinnen, ohne Entlohnung. Dieses Verfahren ermöglicht die Beteiligung aller Frauen, ohne Bevorteilung einzelner, die für ihre Tätigkeit bezahlt werden, während andere nur der pure Idealismus treibt.

Insgesamt verspricht das Programm von Radio 100 spannend und nicht ohne Überraschungen zu werden.

Kontaktadressen.

Anderes Radio Berlin
Bundesallee 138
1000 Berlin 41
Tel.. 030/852 32 90

„Dissonanzen"
Marion Fabian
Dominicusstr. 50
1000 Berlin 62
Tel.: 030/784 78 35

Die Gemeinsamkeit der Kriminalisierten

Anti-AKW Bewegung nach Nürnberger Kongreß gestärkt

Fortsetzung von Seite 1

Was ist die BUKO?

Seit über 10 Jahren hat es in unregelmäßigen Abständen immer wieder Bundeskonferenzen der Bewegung gegeben. Die BUKO ist Treffpunkt aller Initiativen, Gruppen und Organisationen, die gegen Atomanlagen Widerstand leisten. In Arbeitsgruppen und im Plenum wird auf der Grundlage verschiedenster Diskussionspapiere über die weitere Form und die Ziele unseres Widerstandes geredet. Wir suchen die gemeinsame Auseinandersetzung und die konstruktive Kritik. Die Ergebnisse unserer Diskussion haben das Handeln und das Bewußtsein vieler Menschen beeinflußt und werden das auch weiter tun. Wir können darauf verweisen, daß unsere Bewegung das Verhältnis zur Umwelt und zur Natur und das Bewußtsein über die herrschenden Verhältnisse nachhaltig verändert hat.

(Aus einer Erklärung zum Verbot der BUKO in Regensburg.)

Soll sich die AKW-Bewegung auf rein ökologische Themen beschränken?

Sicherlich könnte eingewendet werden, es sei doch viel effektiver – gerade nach Tschernobyl – an der Becquerel-Betroffenheit anzusetzen und auf Diskussionen über politische Gefangene in der BRD zu verzichten und so der Kriminalisierung aus dem Weg zu gehen. Dem ist allerdings entgegenzuhalten, daß gerade so der Tendenz nicht entgegengewirkt wird, die darauf hinausläuft, daß immer harmlosere Protest- und Aktionsformen mit immer härteren Strafandrohungen unterlegt werden. Außerdem wäre eine Selbstbeschränkung auf reine Gesundheits- bzw. Naturaspekte den politischen Implikationen der Kernenergie nicht angemessen (siehe z.B. Jungk's Atomstaat) und vor allem hieße es zu fordern, daß die „Bewegung" vergißt, wer oder was sie eigentlich ist.

Wie setzt sich die Anti-Kernkraftbewegung zusammen – und auseinander...?

Daß die Wurzeln der Protestbewegung bis in die 68er Studentenunruhen zurückreichen, soll hier nicht nochmal ausführlich dargestellt werden. Daß in den letzten Jahren und insbesondere seit Tschernobyl teilweise auch „ganz normale Bürger sich nicht nur betroffen fühlen, sondern auch aktiv werden und z.B. bei Demonstrationen mitlaufen, ist zwar sehr erfreulich, aber auch bekannt. Worauf es mir hier ankommt, ist eine Generation, die sozusagen dazwischen liegt und sowohl von der Quantität, als auch von der Hartnäckigkeit ihrer Aktionsbereitschaft nicht vernachlässigt werden darf:

Zehn Jahre da, doch kaum jemandem klar: die 77er Generation!

Waren die 68er noch weitgehend von ökonomisch/philosophischen Diskussionen bestimmt, so dürfte die prägende Erfahrung der 77er die tödliche Härte und Brutalität der Staatsmacht in der geistig durch Starrsinn und Unflexibilität gekennzeichneten Zeit des „Deutschen Herbstes" gewesen sein. War es z.B. der undogmatisch Linken genug, den Tod von Stammheim als Beweis für das Scheitern des bewaffneten Kampfes in Metropolen zu begreifen, egal ob Selbstmord oder Zerstörung durch Haftbedingungen oder gar Mord vorlag – bei den 77er ist es anders. Für sie ist „das Schweinesystem" zu allem fähig und aus dieser Erkenntnis beziehen sie ihre nicht unerhebliche Energie. Konstituierend ist auch das Mißtrauen gegen Ideologen, Führer und „Schwafler", was nicht unbedingt Theoriefeindlichkeit heißen muß. Unentbehrlich dagegen ist die Kraft des gemeinsamen Auftretens – und Aussehens. Von daher ist die selbst gewählte Bezeichnung „Autonome" nicht ganz zutreffend. Sie könnten sich auch „Kollektive" nennen... Das dritte Movens dieser Bewegung – stark mit der These der politischen Gefangenen zusammenhängend – ist der Kampf gegen den Imperialismus der Industrienationen gegen die III. Welt. Wenn vom politischen Protestpotential in der BRD die Rede ist, muß Autonom und Antiimp immer mit betrachtet werden. Daß diese ihre Handlungsspielräume ausschließlich in außerparlamentarischen Aktionen sehen, mag sie vielleicht gegen das Konzept der GRÜNEN von den **beiden** Standbeinen einnehmen; das heißt aber noch lange nicht, daß sie von diesem Konzept ausgeschlossen sind.

Die GRÜNEN und die Anti-Atomkraftbewegung: neue Ansätze

Obwohl die GRÜNEN die einzige Partei ist, die für die sofortige Abschaltung aller Atomanlagen eintritt, ist gerade in der letzten Zeit das Verhältnis zum Anti-AKW-Bewegung eher belastet gewesen. Erinnert sei nur daran, daß die Nürnberger Bundesversammlung der GRÜNEN zwar verbal gegen das Verbot der Münchner Anti-AKW-Demo am 4.10.86 eingetreten ist, peinlicherweise aber gerade der dort gefaßte halbherzige Beschluß als Begründung des Verbots von der Staatsanwaltschaft mit herangezogen wurde, weil „nicht einmal DIE GRÜNEN den Aufruf unterstützten". Besser kann kaum gezeigt werden, wie durch gespaltenes und distanziertes Auftreten der Gegenseite in die Hand gespielt wird.

Zum anderen ist die große Hoffnung in die Hessener Koalition großer Ernüchterung gewichen: nicht nur, daß dort die Reaktoren unter Grüner Regierungsbeteiligung weiterlaufen, es sieht sogar nach neuen Genehmigungen für Atomfabriken (Alkem) aus...

Daß in dieser Situation die GRÜNEN als Bundeshauptausschuß und Landesvorstand Bayern die räumliche Nähe zur AKW-Bewegung suchen und im selben Haus zur selben Zeit tagen, um eine polizeiliche Räumung zu verhindern, schützte die GRÜNEN bei vielen Kernkraftgegnern davor, endgültig ihre Glaubwürdigkeit zu verlieren.

Daß es wegen der o.g. ‚Altlasten' Pöbeleien und Kleingeplänkel gab, war abzusehen, und jeder hätte es verstanden, wenn der BHA seine Tagesordnung durchgezogen hätte, anstatt sich auf unergiebige Wortgefechte einzulassen. Dagegen war es gut, daß sich einzelne Bundesvorstandsmitglieder auch in die Plenumsdiskussion mit eingebracht haben.

Daß die GRÜNEN ihre eigenen (gewaltfreien) Aktionsformen haben und auch nichts dagegen haben, sich der Öffentlichkeit zu präsentieren, ist ihre Sache. Die andere Seite muß aber auch klar sein, daß es z.B. problematisch ist, das Fernsehen auf dem BUKO und den Arbeitsgruppen zuzulassen, wo doch bekannt ist, daß bereits Veranstaltungen mit Gefangenen aus RAF und Widerstand als Treffen einer kriminellen Vereinigung verboten und strafverfolgt werden (wie unlängst in München geschehen). Die Vollversammlung entschied dann so, daß es jedem bei der Pressekonferenz Vortragenden (bzw. jeder Vortragenden) überlassen bleibe, ob mitgefilmt werden soll.

Das eigentlich neue an der Bundeskonferenz der AKW-Gegner war jedoch, daß es endlich einmal gelungen ist, Aktionsformen und Vorgehensweisen von einer Analyse der Verhältnisse vor Ort, vom Bewußtsteinsstand der Bevölkerung, von der Vermittelbarkeit und der Disposition, der die Aktivitäten tragenden Personen abhängig zu machen und nicht wie sonst so oft üblich, von gebetmühlenartig heruntergeleierten Dogmen und plakativen Überzeugungsstatements ohne Anwendungskonzept. So konnte der gefährliche Spaltpilz neutralisiert werden und die Schwarz-Weiß-Malerei mußte einer differenzierteren Sichtweise weichen: Wie können Aktionsformen gefunden werden, die mehr bewirken, als nur die Legitimation der demokratischen Fassade? Wie kann der Kriminalisierung gegengewirkt werden, ohne darauf zu verzichten, auch die politische Repression der § 129a und 130a anzuprangern? Nur mit viel Fantasie und mit vielfältigen Aktionsformen und vor allem nur durch Einbeziehung weiterer Bevölkerungskreise kann die Stillegung der Atomanlagen durchgesetzt werden. Dazu brauchen wir die Kraft der Einheit und eine gewisse Furchtlosigkeit vor der staatlichen Repression.

Demnächst erscheint die Doku zur BUKO, die hoffentlich genauso differenziert die Ergebnisse der Arbeitsgruppen wiedergibt, wie die Berichterstatter im Plenum: niemand wurde ausgegrenzt!

Arno

Aufruf zum Gesundheitstag '87

Selber denken - weiter denken

Red. Kassel Ein Gesundheitstag – na und? Ich esse ja schon mein Müsli und trage noch dazu Wollpullover von selbstgezüchteten Schafen. Wozu denn da noch über Gesundheit debattieren? Diese Fragen sind von Alternativen ebenso zu hören wie von dem klassischen CDU-Wähler. Also fahren wir weiter dahin auf dem wohl nie versiegenden Strom individueller Gesundheitsgedanken.

Was da so alles in diesem Strom mitschwimmt, angefangen von Dioxin bis Pentachlorphenol über Cadmium, Plutonium und Beryllium bis zum sechsmal getrunkenen Trinkwasser, das alles bereitet eh nur Kummer – es ist so schön zu verdrängen. Nein! Gesundheit ist Politik. Und als solche wird sie auf dem 4. bundesweiten Gesundheitstag diskutiert.

Ja aber. Politik? Das machen doch schon andere? Wozu haben wir denn die Grünen? Und auch die SPD macht ja schon „grüne" Politik. Politik wird von uns gerne an die Verantwortlichen, an die „Politikexperten" abgeschoben. Gesundheit ist aber das Gut von uns allen, es muß ständig erkämpft werden. Erkämpft von jedem einzelnen und von uns allen als Betroffene. Gesundheit ist keine delegierbare Aufgabe. Über Gesundheit und Krankheit sind wir existentiell auf Leben und Tod bezogen.

Gesundheit erkämpfen heißt, mit allen Kräften dem fortschreitenden Zerstörungsprozeß entgegenzustehen. Die Zeit ist reif, die negativen Katastrophenmeldungen nicht nur auf uns niederprasseln zu lassen im Sinne von „Weiter so, Deutschland" (und nicht nur hier), sondern eine positive Umgestaltung der herrschenden Politik zu diskutieren, Alternativen zu denken und durchzusetzen (eine Utopie?).

Auffällig ist es ja schon, wieviel Energie wir in die Analyse und Kritik des bestehenden Systems stecken und wie wenig in die Untersuchung der praktischen Schritte und Voraussetzungen zur Veränderung desselben. Wie weit ist es eigentlich schon gekommen, daß wir nicht mehr zu einer Strategiediskussion zusammenfinden können. Haben uns die kurzfristigen kapitalistischen und technokratischen Zwänge des patriarchalen Systems schon so eingenommen, daß wir nicht mehr langfristig und radikal denken können? Was hält uns eigentlich davon ab? Den Beton zu sprengen ist immer noch besser, als darin eingesargt zu werden.

Ein Gesundheitstag, wie er vom 27. – 31. Mai in Kassel laufen soll, kann sich deshalb nicht mehr nur auf die traditionelle Gesundheitsbewegung (Gesundheitsläden, professionelle Gesundheitsarbeiter/innen, Selbsthilfeinitiativen usw). beschränken. Klar muß werden, daß Gesundheit, Arbeits- und Lebensbedingungen unabdingbar zusammenhängen, daß der Gesundheitstag ein Schmelztiegel der verschiedenen Bewegungen und Inis werden muß, um gemeinsam unsere Interessen zu artikulieren: Ökologiebewegung, Anti-AKW-Bewegung, Selbstverwaltungsbewegung, Frauenbewegung, Knastbewegung, Friedensbewegung und all die anderen vielfältigen Bewegungen.

Angesichts von Krankheit und Einsamkeit, der Vernetztheit von privater Gesundheit und dem ökologischen Kontext (z.B. Rheinverseuchung, Tschernobyl, usw.), von Patienten/innen als Versuchskaninchen und „maschineller Geburt" sprich Gentechnologien, des fast ungebrochenen Autoritätsglaubens an die Ärzte/innen, die „dank" der Spezialisierung doch eher „Fachidioten" geworden sind, sollte eine gemeinsame Diskussion außerhalb der Parlamente eine ungeheure Relevanz einnehmen.

Auch die GRÜNEN, die von dem „Virus ineffiziente" infiziert worden sind, können sich offenbar nicht von der faktischen Kraft der klassischen Ressorteinteilung, Gesundheit wieder auf Krankheitsversorgung reduzierend, lösen. Eine andere Kraft ist nötig. Dies kann nur außerhalb der Bürokratie-Tempel (Parlamente) in den Bewegungen geschehen. Der Gesundheitstag ist ein Tag der Bewegungen und nicht der von Politikern und Verwaltungsfanatikern.

Das Konzept des Gesundheitstages ist es, Raum zu schaffen für die Frage, wie mensch zu neuen Formen gleichberechtigter Zusammenarbeit unterschiedlicher Bewegungen und Initiativgruppen kommen könnte. Der Gesundheitstag soll Bedingungen schaffen für eine direkte Kommunikation zwischen möglichst vielen Leuten, d.h. Formen von Kommunikation suchen, die sich nicht nur auf Referate und pure Informationsvermittlung (reines Konsumverhalten) beschränkt, sondern Kreativität und „Selber denken – weiter denken" fördern. Dazu gehört aber auch, daß die Teilnehmer/innen am Gesundheitstag direkt in die Diskussionen und Aktionsformen einbezogen sind.

Und so soll es aussehen...

Der Gesundheitstag '87 wird überwiegend in den Gebäuden der Gesamthochschule Kassel stattfinden. Weitere Veranstaltungen werden über die Stadt verteilt in Räumen verschiedener Initiativen, Kulturzentren, Volkshochschulen oder auf der Straße angeboten.

Neben einem gesundheitlichen und kulturellen Rahmenprogramm werden sechs inhaltliche Diskussionsforen zur Mitarbeit einladen.

* Wer veraltet wen wie wohin?
* Angriff auf die Gesundheit?
  - Gefahren der Großtechnologie
* Menschlicher Alltag
  Krank-sein als Folge?
* Der Widerspenstigen Zähmung
  - Patriarchale Strukturen innerhalb der Medizin
* Politik der Seele
  - Der Einzelne zwischen Psychoboom & Therapiegesellschaft
* Revolten in Theorie und Tat
  - Grundlagen für gesellschaftliche Veränderungen

Bislang sind an die 300 Veranstaltungen geplant, in der sich die Phantasie der Bewegungen entfalten kann. Vielleicht kommt es soweit, daß wir sagen können, einer neuen anderen d.h. herrschaftslosen Gesellschaft auf der Spur zu sein.

Alle Veranstaltungen werden in dem Programmreader vorgestellt. Dieser Reader wird ab Anfang April verschickt. Es besteht die Möglichkeit, an zwei Bildungsurlaubsveranstaltungen teilzunehmen. Das Thema dieser Veranstaltungen ist Gesundheit am Arbeitsplatz.

Die Organisation und Durchführung des Gesundheitstages ist auch auf Spenden und Fördermitglieder angewiesen. Alle Spenden sind steuerlich absetzbar. Spendenquittungen werden zugesandt.

Die Adresse ist:
Verein Gesundheit und Ökologie e.V.
Friedrich-Ebert-Str. 177
3500 Kassel
Tel.: 0561/34000

Gunar Seitz

6. Bürgerinitiativen – Verkehrskongreß

Total mobil?

30.4. bis 3.5.1987 in Karlsruhe

Alle zwei Jahre findet ein Kongreß der bundesdeutschen Verkehrs-Bürgerinitiativen statt. 1987 ist es wieder soweit (nach 1978 in Berlin, 1979 in Mülheim, 1981 in Stuttgart, 1983 in Kiel und 1985 in Kassel).

Karlsruhe wird 1987 vom 30. April bis 5. Mai Schauplatz des Kongresses sein. Unter dem Motto **„total mobil?"** soll einerseits die herrschende **Mobilität** in ihren verschiedenen Formen (Berufs-, Güterverkehr, Tourismus, Motor„sport") diskutiert werden und Forderungen zu deren Entwicklung formuliert werden. Der zweite Schwerpunkt wird die **Arbeit der Bürgerinitiativen** sein. Auch die traditionellen Arbeitsgruppen zu „Fußgängern", „Radfahrern", Tempo 30/80/100", „Bahn", „ÖPNV" u.a. werden nicht fehlen. Zudem soll Karlsruhe der Beginn einer Kampagne zur Lärmminderung im Verkehr sein. Mit 200 bis 400 Teilnehmern wird gerechnet.

Bei Interesse können Kongreß-Unterlagen (Programm und Anmeldung) beim Arbeitskreis Verkehr und Umwelt e.V., Cheruskerstr. 10, 1000 Berlin 62, Tel. 030/ 392 61 46, angefordert werden.

Bei Teilnahme sind DM 20,– für die Vor- und Nachbereitungsbroschüren zu entrichten. Eine Teilnehmergebühr wird zwischen 0 und max. DM 30,– liegen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Hilferuf

Energie- und Umweltzentrum am Deister

Keine ‚frohe Weihnachtsbotschaft' kommt in diesem Jahr aus dem Energie - und Umweltzentrum, sondern eine ‚Katastrophenmeldung':

In der Nacht vom 18. auf den 19. Dez. 1986 sind bei uns Werkstatt, Ausstellungsraum und Lager ausgebrannt. Unsere diesjährige ‚schöne Bescherung' heißt:

Keine Werkstatt mehr, ein Großteil der Werkzeuge und Maschinen unbrauchbar, das Holzlager natürlich abgebrannt, die Teile im Metall- und Glaslager versifft von Rauch und Teer und Ruß, 30 (z.T. unreproduzierte) Stellwände und ein Dutzend Exponate, d.h. große Teile der Wanderausstellung abgebrannt oder mit klebrigem Schmier eingeschwärzt, das Buchlager mit mehreren tausend Büchern unseres Verlages ist zwar nicht in Flammen aufgegangen, aber so vom Brandgestank durchzogen, daß man die Bücher nur noch mit Gummihandschuhen und Atemschutzmasken lesen kann..., die Liste der einzelnen kleinen Tiefschläge wird noch jeden Tag länger.

Und schließlich: Unser Gästehaus: obwohl es dort nicht abgebrannt war, sind die Zimmer für die nächste Zeit unbewohnbar geworden, da der Qualm durch die Verbindungstür zum Ausstellungsraum 6 Stunden lang quer durch den ganzen Bau gezogen ist.

Und das alles jetzt:

Jetzt, wo wir gerade die Schlafräume mit neuen Betten, Matratzen und Daunendecken ausgestattet hatten und unser Bildungsprogramm im Jan./Febr. so gut belegt war wie noch nie.

Jetzt, wo sich unsere Holz-, Metall-, Elektrik- und Solarwerkstatt nach der großen Umbauaktion im Sommer in einem wohlgeordneten und vielseitig nutzbaren Zustand befand.

Jetzt, wo wir auf Grund des neu erwachten Energiebewußtseins im Lande zum ersten Mal seit 3 Jahren wieder Anfragen nach unserer großen Wanderausstellung hatten und die Planung einer Süddeutschland-Tournee auf vollen Touren lief.

Jetzt, wo gerade der Bauplatz für's Null-Energiehaus in Dörpe gekauft ist, und ein Baubeginn 1987 in Aussicht war.

Jetzt, wo wir vom Bauamt endlich die Zusage haben, ein neues Gästehaus bauen zu dürfen, die Entwurfsplanung hierfür in Arbeit ist, und wir uns fürs nächste Jahr vorgenommen hatten, uns vor allem der naturschützenden Gestaltung des Außengeländes im EUZ zu widmen.

Ja, wir hatten uns soviel vorgenommen für 1987 ff...

Nun hat der Brand einen dicken Strich durch unsere Rechnung gemacht: Auch nach tagelangem Hin- und Her mit Kripo, Brandsachverständigen, Versicherungen usw. stehen wir immer noch fassungslos vor dem, was einmal wesentlicher Teil unserer Produktionsmittel war.

Mittlerweile haben über Weihnachten die Aufräumungsarbeiten begonnen und wir merken bei jedem Handgriff: Allein können wir das nicht schaffen. Wir brauchen Hilfe, um da wieder rauszukommen.

In der Vergangenheit haben wir stets mit einem gewissen Stolz gesagt, daß alles, was wir hier in fast 6 Jahren aufgebaut haben, aus eigener Kraft und mit Hilfe unserer Freunde und Förderer entstanden ist. Und wir hoffen, daß wir auch diese schwierigste Situation in unserer Geschichte meistern werden, ohne uns in die Abhängigkeit von ‚Staatsknete' und ‚Firmenkohle' zu begeben.

Auch um die Unabhängigkeit zu wahren, brauchen wir Eure Hilfe, sei es durch ‚Mitanpacken', sei es durch finanzielle Unterstützung.

Energie- und Umweltzentrum am Deister e.V.
3257 Springe-Eldagsen
Tel. 05044/3 80

Olympische Winterspiele 1988 in Calgary/Canada

Aufruf zum Boykott

Red. Heidelberg 1982 boykottierte Canada die Olympischen Spiele in Moskau mit der Begründung, daß in einem Land, in dem Menschenrechtsverletzungen begangen werden, keine regulären Spiele stattfinden können. Mit dem gleichen Recht rufen die Lubicon Cree Indianer im Norden der Provinz Alberta, die Indian Association of Alberta und wir gemeinsam mit ihnen alle Politiker, Sportorganisationen und Sportler zum Boykott der Olympischen Spiele 1988 in Calgary auf, da von der Provinzregierung Alberta's und der Bundesregierung Canada's nicht einmal die grundlegensten Rechte der Ureinwohner geachtet werden.

Die Lubicon Cree Indianer waren seit Jahrtausenden wirtschaftlich völlig unabhängig – bis vor einigen Jahren. Nun sind 90% der Stammesmitglieder Sozialhilfeempfänger. Die Gründe: Rücksichtslose Ausbeutung der Ölvorkommen im Gebiet des Stammes durch mehr als 70 Ölkonzerne, womit die eigentliche wirtschaftliche Grundlage des Stammes, der Wildbestand, zerstört wurde; absichtliche Verschleppung der Rechtsansprüche des Stammes und rassistische Politik beider Regierungsebenen, wobei letzteres im Standpunkt der Alberta-Provinzregierung gipfelt, die Lubicon Cree Indianer wären als Landstreicher anzusehen; auf jenem Land, das sie schon seit undenklichen Zeiten bewohnten. Somit wird an diesem Fall deutlich, daß Völkermord an den Indianern Nordamerikas keineswegs nur ein historisches, sondern auch ein zeitgenössisches Phänomen darstellt.

Während noch vor einem Jahrzehnt praktisch unbekannt, sind heute Alkohol- und Drogenprobleme sowie hohe Selbstmordraten zu Bestandteilen des Alltagslebens geworden.

In einer Presseaussendung des Häuptlings der Lubicon Cree, Bernard Ominayak, vom April 1986 heißt es hierzu:

„Unsere Botschaft ist die, daß alle diejenigen, die die Spiele unterstützen, auch die Völkermordpolitik der Aberta Provinzregierung und ihrer verbündeten Ölgesellschaften unterstützen."

Falls es nicht innerhalb der allernächsten Zeit durch Druck auf die verantwortlichen Politiker zu einer einvernehmlichen Lösung kommt, hat es die Menschheit wieder einmal geschafft, ein Volk auszulöschen.

Kontakt: Begegnungszentrum für aktive Gewaltlosigkeit, St. Wolfgangerstr. 26, A-4820 Bad Ischl

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Open mind-Festival

Notizen über eine erfolgreiche Vernetzungsaktion

Red. Heidelberg Wie schon in der November-Ausgabe angekündigt, fand Ende November in Kerpern-Buir bei Köln das erste OPEN MIND FESTIVAL statt. Bei über 30 Einzelveranstaltungen mit jeweils 30 bis 80 Teilnehmern besuchten uns insgesamt 450 verschiedene Gäste. Ziel des Open Mind Festivals und von Freenetwork ist der Informationsaustausch und die Vernetzung von freiheitsorientierten Aktivisten aus den verschiedensten Bereichen. Dieser ungewöhnliche Versuch, so viele verschiedene Dimensionen in einem Festival von 6 Tagen zu integrieren, war nach Meinung der Teilnehmer ein voller Erfolg. Ob das Konzept in dieser Harmonie ebenso bei 500 Teilnehmern pro Veranstaltung gelingen wird, kann sich erst beim nächsten mal zeigen. Wir haben das zweite „Open Mind" im Sommer in Berlin geplant.

Weil von den fünf Veranstaltern nur einer am Festivalort wohnt und dort kaum Vorbereitungshelfer waren, gab es zahlreiche organisatorische Improvisationen. Das einzige wirkliche Mißgeschick war, daß wir die vom Hallenvermieter falsch übermittelte Telefonnummer der Veranstaltungsräume nicht rechtzeitig als Fehlinformation entdeckt haben. Bei den vergeblichen Anrufern entschuldigen wir uns vielmals.

Die meisten Gäste kamen an den Schwerpunkttagen „Freie Bildung" und vor allem bei „Geld und Banken". Die Programmdichte ließ leider zu wenig Zeit für die sehr guten Diskussionen, deshalb wird unter dem Arbeitstitel „Erziehung – Angriff auf den Frieden? Erziehungskritik in der Gegenwart" vom 8. bis 10.4.87 ein Treffen in Düren stattfinden.

Siegfried H. Schwenke und Theo Megalli werden die Ergebnisse ihrer Bemühungen um internationale Kontakte und Informationsaustausch im Bereich anarchistische Geldtheorie – und Praxis als Herausgeber des zweimonatlich erscheinenden „MONETARY FREEDOM NETWORK"-Rundbrief veröffentlichen.

Neben Cassetten- und z.T. Videoaufnahmen liegt eine umfangreiche Materialsammlung mit den Vorträgen, Pressereaktionen und Literaturhinweisen vor. Sie kann bei Wolfgang Schell, Hohlweg 13, 5014 Kerpen-Buir, Tel. 02275/45 55 bestellt werden (bitte Vorausüberweisung).

Bankverbindung (auch für Spenden wegen des Defizits): Kreissparkasse Köln, Zweigstelle Kerpen-Buir (BLZ 371 502 47), Konto 114 700 5501 Stichwort: OMF-Materialsammlung

L I B A N O N

EIN AUFRUF IN LETZTER MINUTE

SABRA AL BASS SCHATILA RASCHIDIJE BURJ EL SCHEMALI

Zu uns dringen Nachrichten, die ungehört bleiben, und Orte werden genannt, die gar nicht mehr existieren, obwohl es sie gibt:

SCHATILA, Fluchtburg für Palästinenser in Südbeirut, ist ein Areal aus pulverisierten Ruinen und aus Erdlöchern, mit tanzenden und bebenden Bunkerwänden und dreitausendfünfhundert Menschen unter dem Bombardement schwerer Artillerie.

SABRA, AL BASS, SCHATILA, RASCHIDIJE und BURJ EL SCHEMALI: das sind Namen von Lagern für Palästinenser im Libanon. Eingekesselt, niederkartätscht, vom Hunger bedroht, von Angst zerrüttet und von Mut bestärkt.

MERKEN WIR UNS DIESE NAMEN GUT ! Sie bezeichnen Orte, die mit all ihrer tödlichen Sicherheit zu Begriffen für unser neuerliches Auslassen und Verdrängen werden. Das wenigstens sollte uns etwas sagen, wenn schon die Nachrichten so wenig bedeuten von den zwanzigtausend Frauen und Kindern, die auf der Flucht dem Inferno der Lager entkommen wollen, von den zwölf Kindern, die letzte Woche in Raschidije am Hunger starben, von den zweitausend verschleppten, gefolterten und getöteten palästinensischen Männern.

Die Eingeschlossenen dieser Lager leiden - ihre Lage ist so grauenhaft und so wenig noch beschreibbar, daß jeder konkrete Hinweis darauf, daß sie nichts mehr zu essen haben und daß die letzten Blutkonserven und Beutel für Infusionslösungen fast aufgebraucht sind, beinahe schon wie eine Verharmlosung wirkt. Die da zu Zehntausenden unter denm Lagerboden Schutz suchen, die das Licht nicht sehen und zu denen die Luft durch Schächte und Mauerritzen dringt, werden verrückt in dieser nichtendenwollenden Belagerung unter Dauerfeuer - aber sie verteidigen auch ihre bare Existenz und ihren gerechten Anspruch auf eine menschliche Zukunft.

Es ist unser Problem, daß wir - bedingt durch die alltägliche Abstraktion des Grauens in der Berichterstattung - das Entsetzliche unmittelbar nicht mehr wahrnehmen können.

TUN WIR ALSO NICHTS FÜR DIE PALÄSTINENSER, sondern handeln wir gegen unsere eigene Versteinerung, um die letzte Spur des Affektes zu verteidigen, der uns noch zu Menschen macht.

Die Namen und Adressen der augenblicklichen Täter sind schnell genannt:

Hafiz el Assad, Präsident der Syrischen Arabischen Republik, Damaskus

Nabih Berri, Ministère du Sud, Beyrouth, Libanon

Yitzhak Schamir, Ministerpräsident, Tel Aviv, Israel

Fordern wir die sofortige Beendigung des Massakers am palästinensischen Volk. Unter Benutzung unserer so reichhaltig entwickelten kommunikativen Möglichkeiten mit Telegrammketten, an denen jeder Freund und jede Freundin beteiligt ist. Mit auffordernden Interventionen bei schweigenden Politikern und Parteien, bei Verbänden und internationalen Organisationen und durch alle möglichen Formen öffentlicher Darstellung der furchtbaren Ereignisse.

WIR DÜRFEN ZU DER UNERHÖRTEN VERNICHTUNG DER PALÄSTINENSISCHEN EXISTENZ NICHT LÄNGER SCHWEIGEN.

medico international

medico international — Hanauer Landstraße 147 — 6000 Frankfurt 1

Fordern Sie kostenlos Informationen über den Libanon an, spenden Sie für medizinische Hilfe in den Lagern: Konto 1800 Stadtsparkasse Ffm. oder Postscheck 6999 - 508 Köln. Stichwort: Libanon

Sammelstelle

Red. Heidelberg Seit März 1986 wird am Fachbereich Raumplanung der Universität Dortmund eine zentrale UVP-Sammelstelle aufgebaut.

Ziel der UVP-Sammelstelle ist es, alle verfügbaren Schriften zum Thema „Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)" zu besorgen und nach einem raumplanerischen Gliederungsschema anwendungsbezogen auszuwerten. Die Unterlagen zur UVP sollen EDV-gemäß erfaßt werden und über das Hochschulrechenzentrum ein Datenverbund hergestellt werden.

Fernziel ist die Einrichtung einer UVP-Servicestation, die auf Anfragen von Planungspraktikern und UVP-Forschern mit aufbereiteten Informationen zur UVP bedürfnisgerecht eingehen kann.

Darüber hinaus ist eine anwendungsbezogene Adressenübersicht zu qualifizierten UVP-Stellen im In- und Ausland geplant. Mit Hilfe dieser Arbeiten soll die UVP-Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland aktiv unterstützt und ein umfassender Informations- und Erfahrungsaustausch in Sachen UVP angeboten werden.

Da sich offizielle Stellen mit dem UVP-Thema – erfahrungsgemäß – sehr schwer tun, will die UPV-Sammelstelle an der Universität Dortmund eine „Lücke im System des Umweltschutzes" schließen helfen. Dazu ist sie jedoch auf Informationen von außerhalb angewiesen. Materialien und Hinweise zur UVP sind deshalb sehr willkommen, um den beabsichtigten UVP-Fundus aufbauen zu können. Von einer qualifizierten UVP-Fachbibliothek an der Universität Dortmund können alle profitieren, die am Thema „Umweltschutz" interessiert sind.

Die Literatur zur UVP ist verfügbar bei der

UVP-Sammelstelle
an der Universität Dortmund
Fachbereich Raumplanung
Postfach 500 500
August-Schmidt-Straße 10
4600 Dortmund 50 (Eichlinghofen), Tel. 0231/755 22 88

Informationsmaterial wird gegen Berechnung einer Bearbeitungsgebühr von DM 5,– und der Kopierkosten zur Verfügung gestellt.

Eingemacht und konserviert -Wie lange noch?

Red. Heidelberg Fassungslos steht mensch vor dem Phänomen, daß trotz intrigenreichster Vergangenheit, besonders in der letzten Legislaturperiode, bei Wahlen der konservativ-liberale Block sogar an Qualität zunimmt. Dies hat nicht nur mit der sogenannten Stabilität der kapitalistischen BRD-Wirtschaft zu tun. Leise und fast unbemerkt wurde die geistige Wende eingeführt und hat sich in Kopf, Herz und Hand bei den treuen Bürgern festgesetzt. Die Saat geht auf, die die konservative Elite auf fruchtbaren Nato-Boden gestreut hat.

Der Konservatismus hat sich formiert und wir sollten dieser Tatsache etwas Aufmerksamkeit widmen, insbesondere wegen der zeitweiligen Nähe der Konservativen zu Nationalismus und Faschismus.

Der zielstrebige Zusammenschluß konservativer Kräfte international zeigt sich an der Gründung der Europäischen Volkspartei (EVP) 1976, dann 1978 der Europäischen Demokratischen Union (EDU), 1982 wurde die Pazifische Demokratische Union (PDU) gegründet und schließlich am 24. Juni 1983 in London die Internationale Demokratische Union (IDU).

Wenn man/frau einen geschichtlichen Abriß vom Konservatismus machen will, genügt es wohl kaum, mit der „Abwehr der Ideen der französischen Revolution" zu beginnen. Hier taucht der Konservatismus zwar in den Lehrbüchern auf und wird seitdem explizit genannt, doch gehören zu seinen wesentlichen Wurzeln sowohl die Monarchie und deren Vorläufer, wie z.B. der griechische Philosoph Platon mit seiner ganzen Verherrlichung des „Philosophenkönig" (in der Politeia), dem schließlich das Patriarchat, mit der Autorität des Vaters und der Familie entspricht (Patrimonialsystem).

Weitere, allerdings sekundäre, Wurzel ist in unserem Kulturbereich die christliche Kirche, wie überhaupt die Religion. Sekundär deshalb, weil die christliche Kirche keiner politischen Richtung entspricht, sondern einen eigenen theokratischen Imperialismus will. Sie wird also in Zeiten konservativer Herrschaft mit dieser koalieren und in Zeiten nationalsozialistischer oder sozialistischer Machtausübung mit jener.

Allerdings geht der Konservatismus von einer „gottgewollten" Ordnung aus und so sind im christlichen Konservatismus Kirche und Staat praktisch eine Einheit.

Der schwarz/braune Faden zieht sich also von Platon über Albertus Magnus (1193–1280), der eine Verbindung Platons mit Aristoteles sucht, über Tommi von Aquin (1225–1274) und schließlich Nicolaus von Cues (1401–1474) bis in die Neuzeit zu Johann Gottlieb Fichte (1782–1814) mit seinen „Reden an die deutsche Nation".

Edmund Burke (1729–97), Karl Ludwig von Haller (1768–1854) und Friedrich Julius Stahl (1802–61) und schließlich im mitteleuropäischen Raum wesentliche Vorarbeiter für den Konservatismus heutiger Prägung. Historisch Gewachsenes, Althergebrachtes ist zu bewahren, zu erhalten. Der Monarchie wird gegenüber allen anderen Staatsformen der Vorzug gegeben. Bäuerliche und handwerkliche Produktionsformen werden begünstigt und ständische Ordnung erhalten. Überlieferte Denkgewohnheiten und Rechtsgrundsätze, Sitten- und Moralvorstellungen erhalten vorrangige Förderung. Der Konservatismus ist restaurativ, da er vergangene Zustände wiederherstellen will und er ist reaktionär, da er fortschrittlichen Tendenzen entgegenwirkt. Staat, Heimat, Familie, Gemeinschaft und Individualismus haben in Zeiten konservativer Herrschaft Hochkonjunktur.

Somit ist leicht einzusehen, daß konservative Strömungen in fast allen politischen Gruppierungen vorkommen und nicht nur im Lager der CDU/CSU vorhanden sind. Hier sind sie in der Regel offen erkennbar. Viel gefährlicher ist allerdings der verdeckte Konservatismus, besonders da wo er bewußt oder unbewußte Verbindungen eingeht. Einleuchtendes Beispiel dürfte die jüngste Vergangenheit sein, wo Konservatismus und Nationalsozialismus das gräßlichste Ergebnis denkbarer politischer Entwicklung ermöglichten: die Judenvernichtung.

Aber auch linke Gruppierungen und Parteien sind durchaus anfällig und haben ein gehörig Maß an Mitschuld am Wiederaufleben des Konservatismus. Dies war vor '33 so und ist jetzt erlebbar bei den „Neuen sozialen Bewegungen", wie das Arno Klönne in „Zurück zur Nation?" sehr gut analysiert.

Wie während der Zeit des Nationalsozialismus Reform- und Wandervogelbewegung von den Nazis vereinnahmt wurden, so geschieht heute vergleichbares mit der Friedens- und Ökologiebewegung durch konservative Einflußnahme. Nicht zuletzt tauchen auch in der Partei der GRÜNEN immer häufiger konservativ gefärbte Theorien auf, die teilweise gar nationalistische Anklänge haben (Mitteleuropa als Retterin der Menschheit-Theorie der Rechten Grünen).

So scheint mir denn auch die heftige Kritik von Wolfgang Pohrt an Teilen der Sozialen Bewegung treffend und notwendig. Überhaupt sollte von uns geleistet werden, die „Bewegungen" an den, dem Konservatismus/Nationalismus eigenen Merkmale zu analysieren und öffentlich zu machen. Es gilt zu beobachten und festzuhalten, wo solche Einflüsse auftauchen, wo sie Verbindungen eingehen und wie ihre Stoßrichtung ist.

Es wäre die Sache wert, hierzu in Bälde einen Schwerpunktartikel zu machen und so fordern wir CONTRASTE-Leser auf, mitzuhelfen, die Einflüsse konservativer Tendenzen aufzuspüren. Auch Literaturhinweise werden gern entgegengenommen.

Gerhard Kern

Ideen und Beiträge diesbezüglich an: CONTRASTE-Redaktion Heidelberg, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1

KUVOG

In der vergangenen Ausgabe von CONTRASTE haben wir ein Interview mit Nick Wahl gebracht. Bislang sind etwa 110 Angebote und Nachfragen für sein KUVOG–System (Kaufen und Verkaufen ohne Geld) eingegangen. Wir werden in der März-Ausgabe von CONTRASTE die Liste der Waren und Dienstleistungen veröffentlichen. Wer sich bis zum 9. Februar entschließt, in dieses geldlose Verrechnungssystem aufgenommen zu werden, möge sich direkt an Nick Wahl, Dorfstr. 14, 3002 Wedemark 9, Tel. 05130/4675 od. 4865 wenden.

IMPRESSUM

CONTRASTE erscheint monatlich

Redaktionsschluß:
jeweils zum 15. des Monats

Herausgeber:
CONTRASTE, Verein für Selbstverwaltung & Ökologie e.V., Gaisbergstr. 97, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

Eigenverlag
Die Anzeigenpreisliste (Nr. 2/86) ist über die Heidelberger Redaktion zu erhalten.

Redaktionen.

Berlin
STATTwerke e.V.
Michael Makowski
Mehringdamm 50
1000 Berlin 61
Tel. (030) 785 70 82

Frankfurt
Blättterwald e.G.
Jochen Reinalda
Niederurseler Str. 7
6370 Oberursel 5
Tel. (06171) 7 80 12

Heidelberg
Zünd-Satz GbR
Gaisbergstr. 97 (HH)
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
Tel. (06221) 1 34 02

Bayern
AG SPAK, Kistlerstr. 1
8000 München 90
Tel. (089) 691 78 21
Kurt Regenauer
c/o Netzwerk Franken
Hochstr. 23, Rgb.
8500 Nürnberg 80
Tel. (0911) 28 96 58

Kulturredaktionen:
Eckard Holler
c/o Club Voltaire e.V.
Haaggasse 26b
7400 Tübingen 1
Tel. (07071) 5 15 24

Riedmühle
Robert F. Mayer
Guntershäuserstr. 6
3501 Fuldabrücck 3
Tel. (05665) 45 89

V.i.S.d.P.:
Franz-Josef Bartsch (Berlin), Gunar Seitz (Kassel) Gerhard Kern (Morbach) Dieter Poschen (Heidelberg), Peter Hess (Nürnberg), Arno Huber (München), Dieter Reincke (Ökobank-Verein).

Herstellung
Zünd-Satz GbR
Gaisbergstr. 97 (HH)
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
Tel. (06221) 1 34 02

Druck
Caro-Druck
Mainzer Landstr. 147
6000 Frankfurt/Main 1

Vertrieb
CONTRASTE-Vertrieb
Krebsmühle
6370 Oberursel

Tel. (06171) 7 30 16

Konto
Postgiroamt Frankfurt/M.
Nr. 3836 87 – 607
(BLZ 500 100 60)
Jutta Gelbrich, Oberursel

Sozialtechnologie

oder die Kunst auch das marodeste System am Leben zu erhalten!

Red. Heidelberg Zu Beginn dieses Beitrages mögen zunächst einige erklärende Worte das Verständnis des Folgenden erleichtern:
SOZIALTECHNOLOGIE wird bisher meines Wissens als Begriff nicht benutzt und tauchte im Diskussionszusammenhang des FLI (Forum für Libertäre Informationen) erstmals vor zwei Jahren auf. Ein kulturkritischer Genosse aus Wien hatte am Phänomen der massenhaft aus dem Boden schießenden Encounter Groups aufzuzeigen versucht, wie bisher nicht beachtete Territorien von der Logik des Kapitals besetzt werden: Die Vermarktung von Befindlichkeit des Menschen ist im vollen Gange und paßt haargenau in die Strategien des konservativen Kapitalstaates.

Die Pädagogik schafft jede Wende!

Ich will nun versuchen, einige Fehler aufzuzeigen, wo und wie Sozialtechnologie arbeitet.

Ein spezifisches Gebiet, welches ich nun seit einigen Jahren erlebe und analysiere, steht daher am Anfang: Die Pädagogik! Gemäß einem zeitgenössischen Lexikon ist Pädagogik „Erziehung und Einwirkung einzelner Personen der Gesellschaft auf einen sich entwickelnden Menschen" und „die planmäßige Einwirkung von Eltern und Schule auf den Zögling". Der „Plan" entsteht aus den Entwürfen, ausgehandelt in parteipolitischen Kraftproben (rings und lechz), und so entwickelt sich bspw. die dem System entsprechende Bildungshegemonie (Heute in der BRD der konservativ/liberale Block). Dies bedeutet nicht weniger, als daß politisch gesteuerte Bildungsinhalte mit durchschlagendem Erfolg an den/die Empfänger transportiert werden. Für die Durchführung des Transportes von Bildung und Wissen stehen einem „guten Staatswesen" dann auch eine ganze Schlasse von „ausführenden Organen" zur Verfügung. Ganze Wissenschaftsstäbe, Hochschulen, Erziehungswissenschaftler/innen, Pädagogen/innen und Erzieher/innen (incl. Eltern) sorgen für die Eintrichterung des gewünschten Paradigmas.

Waren es in den „alten Zeiten" (Feudalherrschaft etc.) nur die höheren Schichten, denen die Gunst der Bildung zuteil wurde, haben wir es spätestens nach der französischen Revolution so weit gebracht, daß nun auch die Arbeiter in den Genuß der Züchtigung kommen. Die Säkularisierung (kirchlichen Besitz einziehen und verstaatlichen) der Allgemeinbildung im 19. Jahrhundert war ja nicht nur eine Befreiung und Überwindung klerikaler Macht, sondern ermöglichte nun auch dem Staat den Zugriff auf das gesamte zur Verfügung stehende Menschenmaterial (der Stoff aus dem die Träume der Herrscher sind). Im kapitalistischen Kontext ergibt sich nun auch zum ersten Mal die Möglichkeit, alle Menschen in den Verwertungsprozeß hineinzunehmen (hier sei z.B. auch an die Kinderarbeit erinnert). Der vorgeschobene humanistische Aspekt (Bildung für alle) war und ist auch heute noch Augenwischerei, um die Fratze des Kapitals/der Herrschaft nicht allzu deutlich werden zu lassen. Dem Machtausübenden geht es schließlich immer (Ausnahmen...) um Erhaltung und Institutionalisierung der Macht und das ist nur möglich wenn alles in seinem Sinne läuft. Der Sinn des Kapitalismus ist bekanntlich Kapitalschöpfung durch Akkumulation, die wiederum am effektivsten ist, wenn alles verwertet, zu Kapital wird.

Damit aber in diesem Sinne nichts schief geht, wird mit Hilfe der Wissenschaft schon präventiv beim Säugling (in medizinischer Sicht mit Hilfe der Gentechnik heute auch schon früher) begonnen, diese so zu bearbeiten, ihn zu erziehen, daß der bestmögliche Untertan im Herrschersinne daraus wird.

Die Erziehungshilfen des Staates, die Eltern und Vormünder, beginnen schon früh mit der „Säuglingsgymnastik" den körperlich gesunden Arbeiter zu programmieren. Der „Vierstundenrhythmus" beim Stillen (richtiger hieße das Vierstundenmonotonie) prädestiniert zum technologiefähigen Achtstundenmensch, der hoffentlich jeden Morgen (wenn's Maloche gibt) zur gleichen Zeit in der Fabrik die Stechuhr bedient. Tatsächlich jedoch ist der Mensch kein unterschiedlos gleiches Zeitwesen, was stillende Frauen bestätigen, sondern hat durchaus seinen ganz individuellen Biorhythmus.

Im zarten Alter von drei Jahren, aber natürlich nur wenn er/sie „sauber" ist, sorgen Kinderverwahranstalten (zynischer Weise heißen die Dinger Kindergärten) für das rechtzeitige Gewöhnen an die Schulzeit, an die Trennung von Leben und Arbeiten. Wie Papa gehen auch sie des Morgens aus dem Haus und kehren mittags zurück, dieweil Mama das Essen rechtzeitig gerichtet hat. So ganz nebenher transportiert das Elternhaus die Selbstverständlichkeit des patriarchalen Gewaltverhältnisses. Es wird mit der rechten Sozialisation begonnen. Geschulte Erzieher/innen lehren, lebens gar, den Kleinen Sozialverhalten wie's zu sein hat. Der ganze Rattenschwanz psychologischer und pädagogischer Tricks kommt jetzt zur Wirkung, mit dem Ziel, brauchbare Bürger zu erziehen. Und hier setzt auch schon ein, was letztlich zur Integration in diese Gesellschaft oder aber zur Aussonderung der Unerwünschten führt. Wird sich zunächst alle Mühe gegeben, die jungen Menschen in den „sozialen Organismus" einzubinden, fallen schließlich schon im Vorschulalter die ersten Nichterziehbaren oder Behinderten durch das soziale Netz und die Schere öffnet sich, zeigt in zwei Richtungen: Hauptschule oder Sonder/Behindertenschule. Spätestens in der Schule beginnt die Repression zunächst subtil durch den Gang zum Schulpsychologen, bei Schulverweigerern (bei Linken ein verdrängtes Thema) greift die Schulbehörde gleich zu härteren Mitteln, wie Abholung der Widerspenstigen durch die Polizei und/oder Bußgeldbescheide an die Eltern oder Vormünder. An die sozialen Repressionen durch Freunde und Nachbarn sei in diesem Zusammenhang nur kurz erinnert.

Im Schulbereich sind die Repressionsmittel zur Integration bekannt. Der Rohrstock ist humanisiert in der Notengebung oder psychologischer Kriegsführung; es fließt kein Blut mehr, aber die Leute klinken immer häufiger aus. In der Regel gelingt es, den Aufrechten den Rücken zu beugen oder aber sie in machtgierige Nacheiferer der Herrschenden zu verwandeln. Nur wenige sind in der Lage, trotzalledem als autonome Wesen Widerstand zu leisten. Den Weg der Staatstreuen brauchen wir hier nicht weiter zu verfolgen. Er schlägt sich nieder in der Sozialgraphik der hierarchischen Gesellschaft, der Pyramide, dem Mittelfeld derselben als kompakter Mehrheit und der aufgesetzten Spitze, dem Establishment.

Ein Teil allerdings wird durch Abweichung von der jeweils gültigen Norm ins Lager der Ausgegrenzten befördert. Sonderschulen pressen noch einen Rest an wirtschaftlich verwertbarer Arbeitskraft aus den heranwachsenden Menschen und gering geschätze Arbeiten müssen schließlich auch noch verrichtet werden: Sonderschüler, Knastis und Ausländer machen in diesem Land den letzten Dreck weg!

Sozialhilfeeinrichtungen, Nerz des Staates oder sanfter Rausschmiß!

Der von den Spezialdemokraten forcierte Sozialstaat hat weniger aus humanitären Gründen für die Einrichtung „Sozialer Einrichtungen" im heutigen Ausmaß gesorgt. Wie auch beim gewerkschaftseigenen Konzern „Neue Heimat" sind hintergründig Profit- und Machtinteressen im Spiel. Kann doch eine Familie durchaus das „Volksvermögen" mehren, wenn nicht z.B. geistig behinderte Kinder/Erwachsene das Erwerbsleben einschränken und die Produktionssteigerung verhindern. Also soll durch Einrichtung von flächendeckenden Netzen mit Sonder- und Behindertenschulen und in ihrer Folge Heimen und Werkstätten diesem Makel vorgebeugt werden.

In Zeiten wirtschaftlicher Abschwünge, wo z.B. Produktionssteigerung gar nicht mehr erwünscht ist, redet man im Zuge konservativer Tendenz beispielsweise der „Selbsthilfe" das Wort. Hier müssen gerade linke sozial Engagierte aufpassen, daß sie nicht zum Steigbügelhalter eines nicht gewünschten Staatssystems werden.

Überhaupt hat der kapitalistische Staat (dem Staatskapitalismus gebührt eine besondere Abhandlung) bisher immer wieder die verblüffende Fähigkeit bewiesen, aus den selbst geschaffenen Mißständen letztlich gar noch Kapital zu schlagen; Ehre wem Ehre gebührt!

Wie im Bereich Ökologie die Umweltverschmutzung ungeahnte Aufschwünge des Bruttosozialprodukts durch Sanierungsmaßnahmen ermöglicht wird, so wird der sozialpolitische Bereich ähnlich vermarktet (siehe weiter unten: Thema Therapie). Bezüglich der Schaffung Geistig Behinderten Getthos haben sich hier ganze Märkte erschlossen: Heilpädagogische Spielwaren, Spezialkleidung, technische Hilfsmittel, Schulmaterial etc. Auf dem Psychosektor feiert die „Freie Marktwirtschaft" Urständ. Die zunächst durch das kapitalistische Leistungsprinzip krank Gemachten werden zum lohnenden Objekt von Encounter Groups oder privatwirtschaftlichen Bildungshäusern und Begegnungsstätten, die die Psycho-Fracks dazu nutzen, die Belegungszahlen durch entsprechende Seminare zu erhöhen. Neue Theorien verhelfen ihren Denkern zur Institutionalisierung von Psychotherapeuten, und Wunderheiler helfen zur Festigung der Marktsituation, alle beseelt von altruistischen Idealen: „Wir wollen ja nur der Menschheit helfen". Statt die Forderung zu erfüllen: „Macht kaputt was euch kaputt macht", erhalten und pflegen sie ein Symptom der Leistungsgesellschaft; die kaputte Psyche. Allerdings verarbeiten sie diese in Richtung ihrer Theorien und halten den erreichten Zustand labil, da er ihre und nicht nur ihre ökonomische Grundlage bildet. Kleiner, aber nicht unbedeutender Nebeneffekt ist die Befriedung potentiellen Widerstandes, ist doch die kranke Seele eine Revolte gegen Unterdrückung und Leistungszwang.

Da wo die Marktmechanismen des „Freien Marktes" nicht mehr greifen, hat der Staat immer noch die Möglichkeit der Kasernierung in Psychiatrien, wo die Menschen dann häufig völlig zerstört werden. Die Lobby der Arzneimittelhersteller sorgt für ein reiches Sortiment von Mittelchen, mit denen Patienten dann noch zusätzlich psychisch ausgesperrt werden. Wie in der Schule wird auch mit brutaler oder auch subtiler Repression gearbeitet, allerdings wird hier wie dort von den Ausführenden die Anwendung von Repression oft gar nicht bewußt. Schließlich sind es die wenigsten, die an sich selbst ausprobiert haben, wie z.B. Haldol wirkt: „es ist so als ob du dich in einem Zimmer befindest und jemand schließt von außen ab. Du kannst nicht mehr raus." Als Helfer sind sie ausgezogen und helfen ja auch dem Staat in der Bewältigung seiner Probleme, dem Kapital zur Gesundung und manchmal auch den Patienten. Das System, der Staat allerdings ist gnadenlos, da es ihm nicht um das Wohl der Menschen geht, sondern um das Funktionieren all seiner Teile. Im psycho-sozialen Bereich geht es wie im Behindertenbereich um Aussonderung, Ausgrenzung, die schließlich mit Hilfe der Gentechnik pränatal durchgeführt werden kann. Schon der einfache Besuch in einer modernen Psychiatrie (vielleicht gerade dort) belegt dem Laien die These der Aussonderung, um, wie es heißt, die anderen zu schützen.

Manchmal mitten in den größten Städten liegen die zuchthausähnlichen Beton- und Glasbauten, die auch fast so sicher wie die Bunker der Kriminalisierten sind. Fast immer geht die Tür nur auf Knopfdruck des Pförtners auf und du hast Einlaß in die Hochburgen der Psychiatrie. Weiß Bekittelte haben separate Behandlungszimmer zur psychologisch-psychiatrischen Therapie, die Pfleger/innen und Helfer/innen geben in eigenen Büros die verordneten Medikamente aus und halten den Achtstundentag gerade noch aus. In psychologisch gut durchgestylten Häusern sind die Kittel vielleicht freundlich grün oder gelb und die Wandflächen in beruhigenden Abtönungen gehalten. Die Opfer der Leistungsgesellschaft haben ihre Betten in Mehr- oder Einbettzimmern und verschließbare Schränke. Die dazugehörigen Schlüssel sind meist in den Händen des Personals. Für die Befriedigung der Süchte ist ein Raucher- und Fernsehzimmer obligatorisch, auf deren Tische die Aschenbecher überquellen. Musik ist in der Regel bis zur Schmerzgrenze des Trommelfells in Radios oder Fernsehern hochgedreht, damit überhaupt noch was durch die mit Psychopharmaka gedämpften Sinne dringt. Das Personal ist ständig in Aktion, da ständig jemand durchdreht oder sein Bedürfnis nach Zuwendung erbettelt. Das Personal tut Dienst am Staate und leistet aufopferungsbereit vorbildliche Arbeit für diesen. Die aus ihren sozialen Zusammenhängen ausgesonderten Patienten werden von ausgezeichneten (Prof., Dr., Dipl., etc.) Fachkräften behandelt mit dem Ziel, sie entweder zu entlassen, damit sich die Schraube spätestens in dieser scheiß Welt wieder dreht, oder sie ein Leben lang ausgesondert zu halten, was gleichkommt mit einem am Leben gehaltenen Tod. Es ist Wahnsinn, was da im Namen der Medizin in Psychiatrie getrieben wird, um den Wahnsinn aus der Welt zu kriegen. Durch den Druck einiger sozial Engagierter hat sich zwar das äußere Bild dieser Aussonderungsanstalten zum scheinbar Humanitären gewandelt, doch wir sollten uns nicht täuschen lassen: Psychiatrisierung ist fast immer (es gibt eine geringe Zahl von Menschen, die einer stationären Behandlung bedürfen) ein Mittel, um den reibungslosen Ablauf der Wirtschaft zu gewährleisten. Wo kämen wir auch hin, wenn wir uns die notwendige Zeit für unsere Gescheiterten nehmen?

Fortsetzung auf Seite 6

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Fortsetzung

Ein weiteres sozialtechnologisches Werkzeug der Klasse Aussonderung sind Altenheime und Asylantengettos. Beide für den Markt lästige und überflüssige Kategorien Mensch haben die ihnen gemäßen Unterbringungen. Die ach so schönen Altenheime geben den geschassten (der Dank des Vaterlands ist Euch gewiß – ab jetzt kosten sie nur noch Geld) Wertlosen auch nicht einen Funken der für sie zum Leben notwendigen Geborgenheit. Wer sich auch nur im Klaren darüber ist, wie sehr Gewohnheit gerade bei älteren Menschen ein Stück Sicherheit ausmacht, dem dürfte der Umzug aus dem geliebten Zimmer bei Verwandten und Bekannten in irgendeinem Altbau in einen vor Hygiene strotzenden, im monotonen Maschinentakt arbeitenden Altersheim genau den Eindruck vermitteln, den der/die Alte erlebt.

Über die Blechcontainer oder Holzbaracken von Asylsuchenden brauche ich mich wohl nicht mehr besonders auszulassen, hat doch die Tagespresse gerade in den letzten Tagen über die wahrhaft unmenschlichen Bedingungen für Hilfesuchende aus anderen Ländern berichtet.

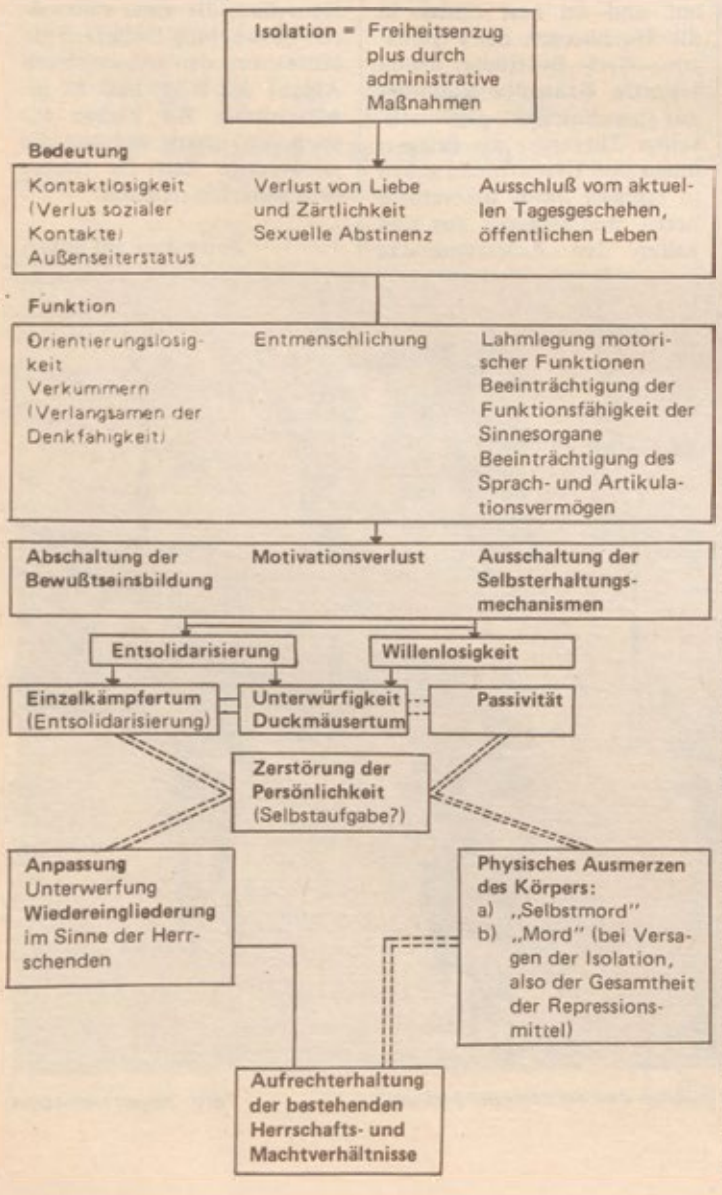
Knast, die Gnade des 20./21. Jahrhunderts?

Die Aussonderungsmaschine Knast verdient insofern noch ein besonderes Augenmerk, als sie in der Konsequenz am weitesten geht; bis zum physischen Tod und/oder psychischen Tod, also der vollständigen Zerstörung eines Menschen. Vorbereitet durch ein immer ausgefeilteres Strafrecht werden hier Menschen gewaltsam eingekerkert und „Besserung" durch ein abgestuftes Repressionssystem erzwungen. Von der richterlichen Verwarnung, über Bußgeld und mehrere Tage Knast bis hin zu mehrmals lebenslänglich in Isolationshaft mit allerlei physischen und psychischen Foltermethoden reichen die „Seziermesser" der Strafrechtler und deren Helfershelfer.

Die Unfähigkeit des Systems zur Menschlichkeit wird wettgemacht durch überzogene Härte und findet im Knastbau seinen sichtbaren Ausdruck... Das Modell Deutschland verkörpert sich baulich beispielsweise im Knastbau Stammheim; er ist Ausdruck unserer Kultur.

„Unsere kulturelle Entwicklung" hat es soweit gebracht, daß nicht mehr wie im Mittelalter mit Verstümmelung, Erschlagung oder Züchtigung geahndet wird, nein durch Einsicht in die „Sinnlosigkeit" von Materialvernichtung waren zunächst Arbeitshäuser, Zuchthäuser das bessere Mittel; es waren auch die Verbrecher noch zu verwerten. „Die Arbeitskraft ist das höchste Gut für Zuchthausunternehmer und Staat."

Allerdings fällt in Zeiten großer Arbeitslosigkeit (mit einer Konstante darf in Zukunft gerechnet werden) dieser Anreiz weg, und an seine Stelle tritt die reine Verwahrung, sinnlose Beschäftigung und/oder Vernichtung. Was sich abspielt in den Knästen heutiger Prägung kann nachgelesen werden in Peter Paul Zahls „Die Stille und das Grelle", herausgegeben im Verlag Freie Gesellschaft, Frankfurt, 1981. Unwürdige Unterbringung, schlechtes Essen, mieseste Beschäftigungsbedingungen, katastrophale medizinische Versorgung und völlig mangelhafte soziale und emotionale Bezüge. Das ist heute, 1987, Realität humanistischer Entwicklung. In Anbetracht der eigenen „Unschuld" darf aber auch gesagt werden, daß Knast potentiell schon im Säuglings/Kleinkindalter anwesend ist, denke nur an die Aus- und Einsperrungen der Jüngsten. Ihre Widerstandskraft wird schon in den ersten Tagen gebrochen: „laß sie schreien, es stärkt ihre Lungen", „ab in die Ecke mit Dir, wenn Du nicht hören willst ', „heute darfst Du nicht raus, aus Strafe". Auch hier kennt die Phantasie keine Grenze; großes Vorbild ist die Staatsgewalt. Widerstand setzt hier bei der Verweigerung von Erziehung an.



Es mag sein, daß die Waffe Knast bald in zynischer Weise überflüssig wird und die Forderung eines Teils der Linken, nach einer knastfreien Gesellschaft durch das Kapital selbst eingelöst wird. Im Vergleich der Möglichkeiten der Gentechnik im Bereich der Humanmedizin ist Knast schließlich sowas wie der Faustkeil gegenüber dem Computer. Leben wird als solches nur im Sinne der herrschenden Klassen zugelassen! Ein geklontes Wesen ist doch nichts anderes, als ein von vorneherein eingeknastetes, es kann sich nur im engen Rahmen der vorgegebenen Genstruktur bewegen. Die Repression verändert eben ihr Gesicht entsprechend der ihr vorgegebenen technischen und psychologischen Mittel. Sie wird immer feiner und wenn wir nicht aufpassen merken wir ihre Anwesenheit gar nicht mehr.

Da die selektive Form der Sozialtechnologie relativ einfach erkennbar und für den Anfang einer Diskussion bei den Teilnehmern des sogenannten 2. Arbeitsmarktes genügend umrissen scheint, möchte ich noch ein paar Gedanken zur integrativen Sozialtechnik vorstellen. Da nicht immer selektive und integrative Elemente der Sozialtechnologie auf den ersten Blick erkennbar sind, kann es im Folgenden auch zu Wiederholungen kommen, und der Verfasser bittet um Nachsehen. Elternhaus, Kindergarten und Schule waren zu Beginn des Aufsatzes dargestellt. Andere Sektoren sind aber z.B. Freizeit, Berufsleben, Sprache, Städteplanung/Architektur und Medizin.

Arbeitsmarkt – Menschenmarkt

Der Begriff „Arbeitsmarktpolitik" drückt schon treffend aus, worum es dem Kapitalstaat geht. Die Förderung bestimmter Berufe hängt davon ab, welches Marktbedürfnis sich gerade artikuliert: der Markt braucht technische Berufe und entsprechend wird politisch gesteuert, was mensch zu lernen und welche Berufe er auszuüben hat. Der Mensch dient hier dem Markte und nicht seinen eigenen Bedürfnissen, der Markt dient dem Kapital und nicht dem Volke.

Ein/e Jugendliche/r, der/die seine Schulzeit beendet hat, wird, wenn er/sie nicht gerade das wahnsinnige Glück hat, durch „Empfehlung" irgendwo in den Beruf ihrer/seiner Neigung reinzurutschen, vom Berufsberater in psychologisch geschickter Manier („das ist ein Beruf mit Zukunft") in die der Industrie genehmen Sparten geführt. Hier lernt er/sie dann den „Beruf seines Lebens", aus dem er/sie dann, sobald sich die technologische Entwicklung Großwetterlage verändert,wieder rausfliegt und entweder den neuen Marktbedürfnissen angepaßt oder arbeitslos und schließlich Sozialhilfeempfänger wird. Integration – Segregation: entweder Du paßt in den Markt oder Du fliegst raus.

Dazwischen gibt es noch das Feld derjenigen, die sich selbst helfen wollen und unter selbstausbeuterischen Bedingungen Selbsthilfeprojekte starten. Der sogenannte zweite Arbeitsmarkt, den der Staat großzügig duldet oder gar durch Staatsknete unterstützt. Diese Nischenwirtschaft ist eingeplant in die Krisenbewältigungsstrategien und sorgt für die nötige Ruhe in schwierigen Zeiten.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Arbeit, Arbeit über alles.

Die in Deutschland fanatische Arbeitsethik („Wer nicht arbeitet soll auch nicht essen") wird psychologisch schon im Kindergarten und Elternhaus eingetrichtert und das ganze Leben lang aufrecht erhalten. Dies kommt zum Vorschein im unsolidarischen Verhalten der Gewerkschaften, der ehemaligen Arbeitskollegen oder auch in den Neujahrsansprachen „unserer" Präsidenten und Kanzler. Nirgendwo sind sie sich einiger, als im Verteufeln einer der besten menschlichen Eigenschaften, der Muße oder wie es in der BRD genannt wird, der Faulheit. So wird die größtmögliche Masse an Menschen bei der Stange gehalten. Arbeitsethik und Geldgier werden zunächst gezüchtet, das eine als geistiges, das andere als materielles Bedürfnis, und als moralische Zange für die Zwecke der Unternehmer genutzt.

Damit der Krisenherd „Arbeitslose und Jobber" unter Kontrolle bleibt, lassen sich die Experten einiges an Schikanen einfallen: angefangen beim morgendlichen Antreten bei der Behörde mit unwürdigen Wartezeiten, über die ständige Bereitschaft zum Abruf, bis zur Erzwingung von Arbeitsaufnahme mit Androhung bei Nichtparieren das Arbeitslosengeld zu streichen. Auch die Umschulungen sind Makeup und dienen der Statistik zur Verwertung bei Wahlen, nicht aber den Betroffenen. In der Regel ist der bei der Umschulung erlernte Beruf nach Abschluß der Maßnahme wieder überflüssig.

Auch der Ruf nach Herabsenkung des Rentenalters ist nur sehr vordergründig ein humanitäres Ansinnen. Es fallen augenblicklich sowieso immer mehr Menschen aus dem Arbeitsprozeß und Ältere kommen, wenn einmal arbeitslos, auch gar nicht mehr in ihre Berufe. So kommt also eine Herabsenkung des Rentenalters diesem Prozeß nur entgegen. Damit aber die Alten weiterhin gesellschaftlich integriert sind und nicht etwa zu den „Grauen Panthern" gehen, werden Sozialarbeiter und Privatunternehmer tätig. Die einen organisieren die Kaffeekränzchen und die Wei(h)nachtsfeiern in der Gemeinde und die Privatunternehmer schöpfen den Rentnern/innen überflüssige Rente durch Kaffeefahrten in alle Welt ab.

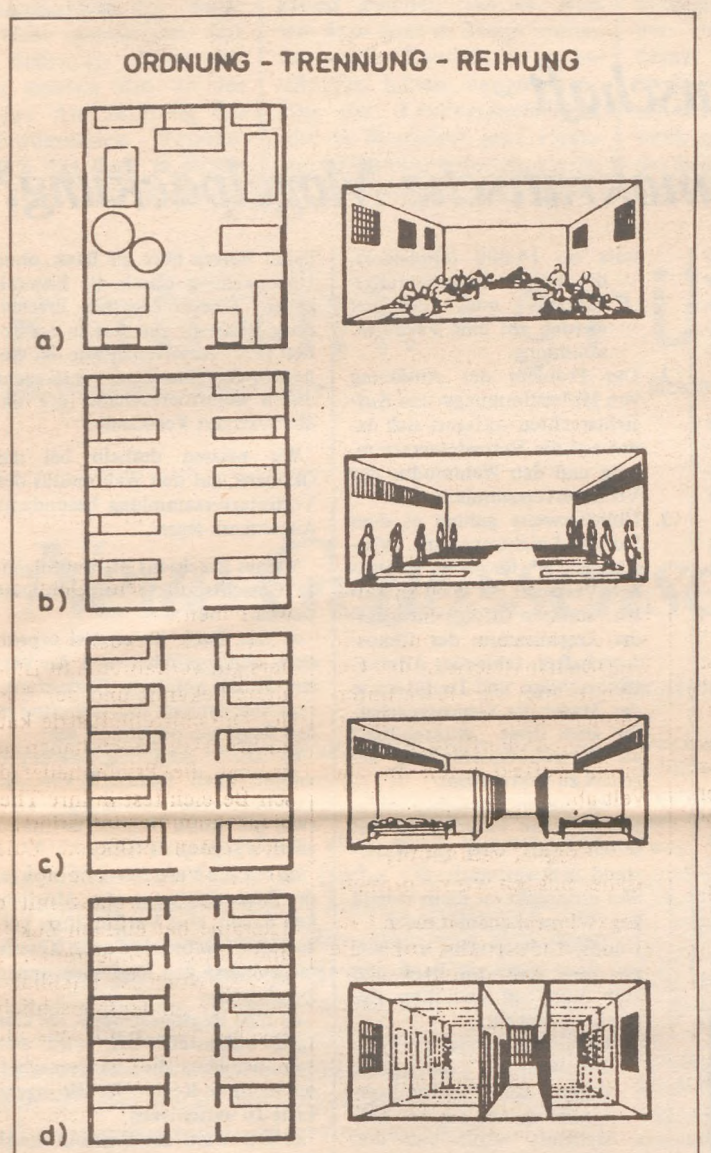
Freizeit verdummt, daher müssen wir sie ordnen

Abgesehen davon, daß im Laufe der Industrialisierung die Bereiche Arbeit und Freizeit in einen Achtstundentakt mechanisiert wurden, was den Bedürfnissen der Menschen ganz klar entgegensteht und nur der Fabrik/Maschine nützt, wurde der so dringend notwendige Reproduktionsbereich in letzter Zeit immer mehr als Markt entdeckt. Mittlerweile werden selbst intimste Territorien von den Menschenverwertern rücksichtslos ausgeschlachtet. Für Leute, die mit ihrer Freizeit nichts anzufangen wissen, stehen Sozialarbeiter und andere Animateure bereit, um sie zu motivieren, Dinge zu tun oder zu konsumieren, die sie beglücken sollen, die den tristen Alltag wieder erträglich scheinen lassen. Diese Dinge werden zu Notwendigkeiten, wie morgens die frischen Pappbrötchen für den verwöhnten Magen. Aber es ist nicht nur der ganze Plunder von Spielchen (auch für Erwachsene) und Freudeerregern, der, zu horrenden Preisen an Kind, Mann und Frau, Greis und Greisin gebracht wird, nein, nun ist auch noch die Seele zum Ausverkauf entdeckt und alle wirken freudig beim Versteigern ihrer Bestandteile mit. Wie schon eingangs gesagt: die Therapienflut ist unermeßlich und eine „besser" wie die andere. Hat doch der gute Pfarrer Kneip noch als ehrliche Haut sein Wassertreten an die Bewegungsfaulen und Kreislaufkranken kostenlos vermittelt, wird heute gar das ganz normale Luftholen, Spazierengehen, Arbeiten usw. als Sauerstoff-, Bewegungs- oder Arbeitstherapie mit eigens dafür Geschulten an Mann oder Frau gebracht. In Palästen versteht sich, schließlich will mensch für sein Geld auch was haben.

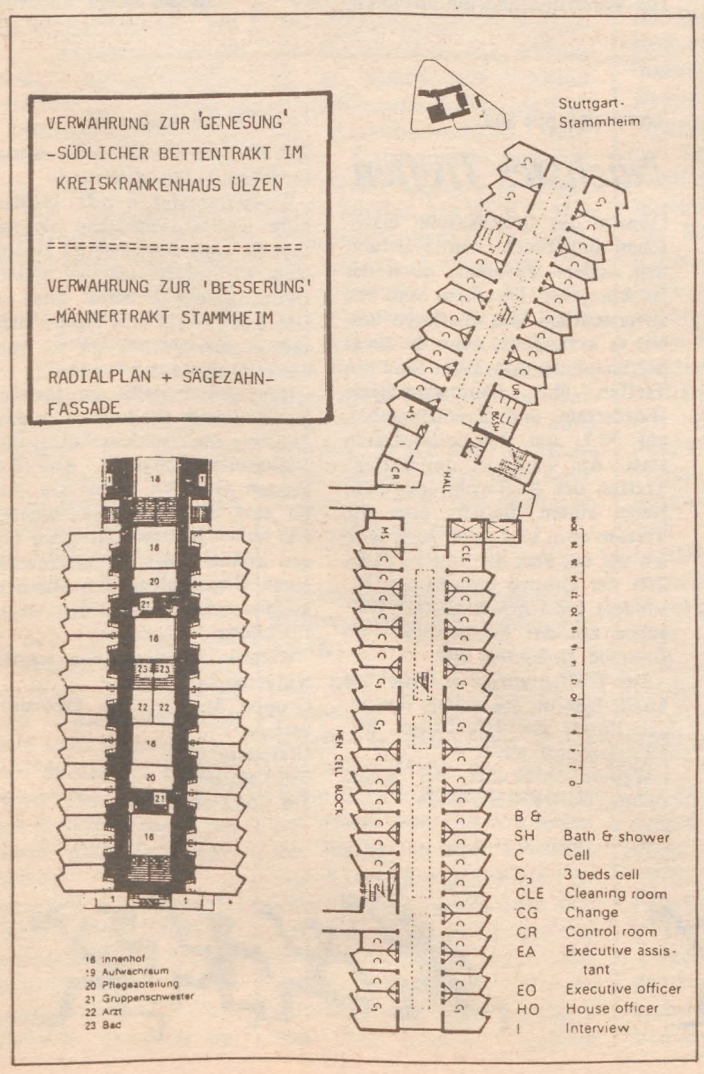
Daß sich Sexualität besonders gut verkaufen läßt ist seit alters bekannt und der Boom der Hilfsmittelindustrie kaum zu bremsen. Doch haben neuerdings die Psychoheiler diesen Bereich fest in ihre Therapieprogramme integriert, da dies einen größeren Zulauf zur jeweiligen Therapie sichert. Das Geschäft mit der Therapie hat einfach Zukunft und zwar unbegrenzt zunächst. Noch ist reichlich zu zerstören an der menschlichen Psyche, was dann anschliessend gewinnbringend wieder repariert werden kann. Aber bitte möglichst nicht ganz. Wer möchte schließlich seine eigene Existenz auf's Spiel setzen, sich gar entbehrlich machen? Es wird ein Zustand beim Patienten hergestellt, der ständiger Kontrolle und Wiederholung der hilfreichen Therapie fordert. Es wird eine Hörigkeit beim Patienten erzeugt, die sehr viel Ähnlichkeit hat mit den Persönlichkeitstrukturen, um die immer wieder entstehenden Menschheitsführer. Diese Hörigkeit hält die Therapierten im Banne ihrer Heiler und macht sie zur sicheren Existenzgrundlage. Aus den Lehren der Psychoanalyse und Psychotherapie entwickeln die Schüler Freuds, Reichs, Rodgers, Satirs individuell etwas von den Ursprüngen abweichende und deren Schüler wieder ihrer Zeit angepaßte Schulen mit Schülern und werdenden Lehrern, usw. und alle leben sie recht gut von den Befindlichkeiten ihrer Patienten. In diesen Reigen gehören auch die schon anfangs erwähnten Encounter Groups, die die fehlende Kompetenz durch Verbindung mit reizenden Seminarorten aufwiegen. (Wer möchte nicht mal in Florenz oder Florida seine malträtierte Seele streicheln lassen? Natürlich handeln sie alle, oder fast alle, im Glauben, den Menschen einen Dienst zu erweisen. Sie wollen nur Dein Bestes: die Kohle! (Im Zeitalter der Computer heißt das vielleicht Chips oder so?).

Im nichtpathologischen Bereich des Freizeitlebens, also da, wo der Mensch nicht durch Konzentration auf die Produktion vom Denken und Fühlen abgezogen wird, greift neuerdings ein ganz anderes sozialtechnologisches Mittel: die Sinnstiftung! Seit die Postmoderne die Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit unserer gesellschaftlichen Situation ins Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit gerückt hat, werden rechte und linke Intellektuelle nicht müde, an einer Sinnhaftigkeit herumzubasteln, um dem destruktiven Nihilismus entgegen zu wirken. Der sich im Aufwind befindliche Konservatismus vermittelt über seine Vertreter wie Stürmer, Kahn, Redepenning, Kristol und CO KG die Botschaft des Erlösers, welcher Weltkapitalismus heißt und transportieren so nebenher die selbstverständliche Tatsache der imperialistischen Tendenz desselben.

In nicht ungeschickter Weise wird ein altes konservatives Paradigma wieder da aus dem Hut gezaubert, wo die Menschen angesichts katastrophaler gesellschaftlicher Zustände (Umweltkatastrophen, militärische Aggressionen rund um den Erdball etc.) vor der Verzweiflung und Resignation stehen. Da spricht der Bundespräsident in seiner Weihnachtsansprache von dem Wert von Ehe und Familie und redet einer Hoffnung das Wort, welche angesichts der Tatsachen und Tendenzen zynisch ist. Leistung, Privateigentum, Arbeit, Erfolg, Geld, Hierarchie etc. wird wieder „groß geschrieben". Es heißt wieder Gemeinschaft, statt Kollektivismus, Führungskräfte, Eliten werden an



AUS: H.J.GRAUL: DER STRAFVOLLZUG EINST UND HEUTE



privaten Hochschulen gezüchtet und nicht zuletzt aber zunächst noch etwas verschämt Begriffe wie Heimat und Nation rehabilitiert („Weiter so Deutschland").

Doch auch die Linke erweist sich teilweise als griffiges Werkzeug. In vielen linken Schriften und Ergüssen von Friedensbewegten über DKPisten, Grünen und Neuen alten Linken haben konservative Elemente Einzug gehalten. Da wird Deutschland (gemeint ist BRD und DDR) als das leidende Objekt dargestellt, welches unter Stationierung von Raketen zur Abschußbase wird, wobei vergessen, verdrängt ist, daß die Besetzung durch Russen, Amerikaner, Franzosen, Engländer eine Folge des deutschen rassistisch geprägten Faschismus ist. Und schwang nicht in der jüngsten Aktion grün-alternativer Umweltschützer ein kräftiger Hauch Konservatismus mit, als sie „Vater Rhein" symbolisch kultisch beerdigten? Mir hat die Aktion jedenfalls eine Gänsehaut verschafft. Hier greift konservativ-kapitalistische Sozialtechnologie im Bereich der Denker und Dichter, vielleicht auch der Henker und Richter?

Die pränatale Vernichtung

„Erst wenn der Staat und das Gesundheitswesen als Kern ihrer Aufgaben die Vorsorge für die noch nicht Geborenen anstreben, können wir von einer neuen Zeit und von einer aufbauenden Bevölkerungs- und Rassenpolitik reden...", tönte einst Reichsinnenminister Frick. Konsequent durchgeführter Sozialdarwinismus (Recht des Stärkeren) führte dann auch in der Nazizeit zu Rassengesetzen und Vernichtung von „Lebensuntüchtigen und Andersartigen"(!).

Unter diesen Vorzeichen verdient dann auch ein neuer Seitenzweig der Medizin besondere Beachtung. Die Gentechnik im Bereich der Reproduktion aber auch der pränatalen Diagnostik wird in den Händen demagogischer Marktstrategen zum Spezialwerkzeug einer segregativen Sozialtechnik. Nun lassen sich, Traum aller Eugeniker, schon vor der Geburt die guten von den schlechten Menschen trennen. Jeder/m bekannt ist die allerdings noch im Vorfeld von Gentechnik liegende Amniozentese (Fruchtwasseruntersuchung), die ermöglichen soll, daß schon zu einem früheren Zeitpunkt – 2./3. Schwangerschaftsmonat – z.B. das Down-Syndrom (statt 46, 47 Chromosome) erkannt wird und der Fetus abgetrieben werden kann. Mit der Gentechnik wird das ganze noch weiter getrieben, es beginnt regelrecht eine neue Ära. Es wird versucht, alle 50.000 Gene des Menschen einzuordnen und schon heute ist es möglich, einen Teil der Erbkrankheiten zu diagnostizieren. Bei der Verwertungsmentalität des Kapitals ist es leicht einzusehen, wer sich solche Erkenntnisse zu Nutzen macht. Mit dem Begriff „genetisch krank" wird in Expertenkreisen schon selbstverständlich umgegangen. Es bedeutet nicht mehr und nicht weniger als: „zwar ist der Mensch (Arbeitnehmer vielleicht) noch nicht krank, doch hat er/sie die Anlage zu dieser oder jenen Erbkrankheit". Welcher Boß stellt da noch ein? Na ja, vielleicht über steuerliche Anreize!? Setzen wir hierzu noch den im Gespräch befindlichen Genkataster der Bevölkerung in Beziehung, ergibt sich ein wahrhaft schauerliches Szenario.

Der Kapitalstaat (auch der Staatskapitalismus) hat ein großes Interesse an der Weiterentwicklung der Gentechnik, scheint doch mit ihrer Hilfe auch das selbstgeschaffene Problem der Umweltverschmutzung aus der Welt schaffbar. Sehr stark verkürzt: Nicht den Verschmutzern wird auf den Leib gerückt, nein, es werden gleich von vornherein resistente Kreaturen gezüchtet, was im landwirtschaftlichen Bereich schon möglich ist.

Die Horrorvision vom geklonten Menschen, die geistig ja schon vor 2000 Jahren Realität wurde (er schuf sie all nach seinem Bilde) ist zwar noch nicht biologisch-materiell umgesetzt, doch gearbeitet wird daran und zwar hinter für die Öffentlichkeit verschlossenen Türen. (Ich verweise hier ausdrücklich auf die Dokumentation der GRÜNEN im Bundestag zu ihrem Kongreß 1985 in Bonn. Artikel: Gefahren der Gentechnik von Erika Hickel.)

Stadtplanung als Strategie

Zum Schluß noch ein paar Worte zur Architektur und Stadtplanung: Wie schon eingangs erwähnt, ist unsere Architektur sichtbarer in Beton und Glas gegossener Ausdruck und Produkt moderner Sozialtechnologie. Dies gilt für die Städteplanung, den Schul-, Universitäts- und Knastbau wie auch für den individuellen Wohnungsbau. Hier wie dort drückt sich die herrschende Ansicht von der idealen Organisation menschlichen Lebens aus und zwar wie sie sein soll, um möglichst den reibungslosen Ablauf der Geschäfte zu sichern. „Wohnungsbau, Städtebau, Stadtsanierung und Raumordnung sind entscheidende gesellschaftspolitische Aufgaben im Dienste der Wirtschaft (!) und nicht zuletzt der Menschen..." (Neue Heimat, Jg. 1966, Heft Nr. 5).

Im Wohnungsbau wird die Vereinzelung der Menschen, positiv Individualismus genannt, planmäßig durch die Bauart festgeschrieben. Je nach Einkommen fallen die Wohnzellen etwas größer und luxuriöser aus, doch die Trennung in Wohn-, Schlaf-, Küchen- und Arbeitsbereiche verstärkt Isolation *(Du kannst gerne meine geräumige 1 Zimmer-Wohnung kaufen oder mieten, der Setzer)* und verhindert kollektive Wohnansätze. Wenn der Begriff „strukturelle Gewalt" einen Sinn hat, hier wird sie deutlich. Die Herren planen Behausungen der Menschen von vornherein so, daß anderes wie vorgesehen beinahe unmöglich wird. Das Leben wird nicht als eine Einheit betrachtet, es wird kategorisiert in Produktions- und Reproduktionsbereiche, Kinder- und Erwachsenenwelt schon im Wohnungsbau, um in der Städteplanung weiter zu gliedern: Krankenhäuser, Alten- und Behindertenheime, Gettos für Kriminalisierte, Behinderte, Psychiatrisierte, Ausländer, Asylanten, reine Wohngebiete, Konsumzonen, Erholungsräume und Industrieviertel.

Gewachsene soziale Zusammenhänge werden zerstört zugunsten lang- und mittelfristiger Stadtplanungen, die auf dem Reißbrett entstehen und sich bei der Realisierung oft als wirtschaftliche Pleiten erweisen. Detlef Hartmann spricht in der „Autonomie Nr. 13" direkt von einer „Angriffswelle" von seiten des Kapitalstaates, hier vertreten z.B. durch die „Neue Heimat" auf traditionelle Lebensstrukturen zugunsten von „Großraumsiedlungen".

Für den Bereich Schulen steht hier beispielhaft die Ruhruniversität Bochum, die etwa nach dem folgenden Ausspruch erbaut wurde: „Eine zentral gelenkte Planungsmaschine gewährleistet die größte direkte Übersetzung von oben nach unten mit geringsten Reibungsverlusten. Die Installation einer derartigen Maschine mit dem Ziel, die Universität in einem Baukomplex in einem befristeten Zeitraum ohne Reibungsverluste fertigzustellen, impliziert die Orientierung an dem Bau von Produktionsanlagen der Industrie..." (Bossard/Einseld/Grünke/Stierand. Neue Universitäten im Ruhrgebiet. Baumeister 8/71). Die Uni wurde wie sie erbaut wurde: eine Lehrmaschine mit möglichst wenig Reibungsverlust (die hohe Selbstmordziffer spricht für sich). Die perfekte computergesteuerte Fabrik als Vorbild für die Gestaltung menschlicher Lebensräume ist schon heute realisiert in Universitäten, Krankenhäusern und Knästen: überwacht, ausgebeutet, restlos verwertetes Leben. Nicht nur das gemeinsam erarbeitete Volksvermögen wird dem Volk geraubt, das Leben wird den Einzelnen zerstört und in Reichtum umgesetzt, über den nur einige wenige Auserwählte verfügen.

Särge für Lebende

Die Technik der Herrschenden, das Soziale, das Leben ihrer Untertanen zu regeln, wäre nicht genügend beschrieben, würde der Knastbau als Ausdruck unserer Kultur, als Manifestation des Rechtsstaates schlechthin außen vorgelassen. Der Knast als Segregationswerkzeug war schon beschrieben und so soll jetzt ausschließlich der Knastbau (als architektonisches Kunstwerk) erwähnt werden.

Gemäß der Aufgabe des Gefängnisses, nämlich der Überwachung, Isolierung und Zerstörung des „Bösen", werden die Baulichkeiten angelegt. Sogenannte „Überblickflure" lösten die Gemeinschaftszellen früherer Zeiten ab. Es entstanden die Zellengefängnisse, die außer einer besseren Kontrolle die Unterbindung der sozialen Kontakte ermöglichte. So konnten Revolten weitgehend vermieden und Ausbruchversuche besser verhindert werden. Die Zellen sind auf ein Mindestmaß an Bewegung zugeschnitten, haben als Lichtquellen schmale Oberlichter, wodurch der Sichtkontakt nach außen unmöglich wird. Die Klos liegen in der Zelle.

Die Knastanlagen entsprechen Überlegungen wie Menschen am besten isoliert werden und damit reuig gemacht werden können. Primäres Vorbild sind die mittelalterlichen Klöster: Zellen, Innenhöfe, Arbeitsbereich und Gemeinschaftsraum (im Knast reduziert auf den Fernsehraum).

Als einer der perfektesten Knäste darf wohl Stuttgart-Stammheim bezeichnet werden, der auch schon rein äußerlich wie ein Super-Sarg wirkt und in der Geschichte der Linken traurige Berühmtheit erlangt hat.

Aufforderung zur Auseinandersetzung

Das Thema Sozialtechnologie ist nicht ausreichend behandelt und hat weitere hier nicht erwähnte Aspekte, wie z.B. „die Rolle der Wohlfahrtsverbände", „Aufstandsbekämpfung", „die Justiz" und wahrscheinlich mehr. Es wäre schön, wenn sich andere Personen oder Gruppen in diese Diskussion mit einklinken würden. Die Begriffe „Autonomie" und „Freiraum" werden zu inhaltsleeren Schlagwörtern, wenn wir sie nicht in Wirklichkeit umsetzen. Dies aber setzt voraus, die vorhandenen Zwänge zu kennen und sich nicht unbewußt vor den Karren der herrschenden Klassen spannen zu lassen. Die Ansätze der Alternativwirtschaft oder auch die Hausbesetzer dürfen sich nicht von eigentlichen Ansatz durch Legitimation von „oben" trennen lassen, sonst ist der Traum von Anarchismus und Kommunismus gleichermaßen ausgeträumt und rechte Utopien treten an ihre Stelle.

Gerhard Kern

Geschriebenes im Kontext:

Ruhr Universität = Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit Nr. 4, Karin Kramer Verlag
Die Suche nach dem richtigen Vernichtungsbau, Winnie Reebs, Trotzdem Verlag Grafenau
Frauen gegen Gentechnik, Die GRÜNEN im Bundestag
Von der Integration zur Aussonderung, Autonomie Nr. 13
Die Schule, ein Frevel an der Jugend, Walter Borgius, Verlag der Mackay Gesellschaft
Zurück zur Nation, Arno Klönne, Diederichs Horizonte
A-Ziehung, ja bitte, AG-Antipädagogik im FLI
Werkstattbericht Pädagogik, Klemm/Baumann/Rosenthal, Trotzdem-Verlag
Die Stille und das Grelle, Peter Paul Zahl, Verlag die Freie Gesellschaft

---

Zwei Zitate aus Briefen Ulrike Meinhofs aus dem toten Trakt:

Aus der Zeit vom 16.6.72 bis 9.2.73

Das Gefühl, es explodiert einem der Kopf (das Gefühl, die Schädeldecke müßte eigentlich zerreißen, abplatzen)
das Gefühl, es würde einem das Rückenmark ins Gehorn gepreßt –
das Gefühl, das Gehirn schrumpfe einem allmählich zusammen wie Backobst z.B. –
das Gefühl, man stünde ununterbrochen, unmerklich unter Strom, man würde ferngesteuert –
das Gefühl, die Assoziationen würden einem weggehackt –
das Gefühl, man pißte sich die Seele aus dem Leib, als wenn man das Wasser nicht halten kann –
das Gefühl, die Zelle fährt. Man wacht auf, macht die Augen auf: die Zelle fährt, nachmittags, wenn die Sonne reinscheint, bleibt sie plötzlich stehen. Man kann das Gefühl des Fahrens nicht absetzen.

Man kann nicht klären, ob man vor Fieber oder vor Kälte zittert –
man kann nicht klären, warum man zittert – man friert.
Um in normaler Lautstärke zu sprechen, Anstrengungen, wie für lautes Sprechen, fast Brüllen –
das Gefühl, man verstummt –
man kann die Bedeutung von Worten nicht mehr identifizieren, nur noch raten –
der Gebrauch von Zischlauten – s, ß, tz, sch – ist absolut unerträglich –
Wärter, Besuch, Hof erscheint einem wie aus Zelluloid –
Kopfschmerzen –
flashs –
Satzbau, Grammatik, Syntax – nicht mehr zu kontrollieren.
Beim Schreiben: zwei Zeilen – man kann am Ende der zweiten Zeile den Anfang der ersten nicht behalten –
das Gefühl, innerlich auszubrennen –
das Gefühl, wenn man sagen würde, was ist los, wenn man rausgelassen würde, das wäre wie dem anderen kochendes Wasser ins Gesicht zischen, wie z.B. kochendes Trinkwasser, das einen lebenslänglich verbrüht, entstellt –
Rasende Aggressivität, für die es kein Ventil gibt. Das ist das Schlimmste. Klares Bewußtsein, daß man keine Überlebenschancen hat; völliges Scheitern, das zu vermitteln;
Besuche hinterlassen nichts. Eine halbe Stunde danach kann man nur noch mechanisch rekonstruieren, ob der Besuch heute oder vorige Woche war –
Einmal in der Woche baden dagegen bedeutet: einen Moment auftauchen erholen – hält auch für ein paar Stunden an –
Das Gefühl, sich in einem Verzerrspiel zu befinden – torkeln –
Hinterher. fürchterliche Euphorie, daß man was hört – über den akustischen Tag – und Nachtunterschied –
Das Gefühl, daß jetzt die Zeit abfließt, das Gehirn sich wieder ausdehnt, das Rückenmark wieder runtersackt über Wochen.
Das Gefühl, als sei einem die Haut abgezogen worden"

(Dezember 1973)

„Ohrendröhnen, Aufwachen, als würde man verprügelt.
Das Gefühl, man bewege sich in Zeitlupe.
Das Gefühl, sich in einem Vakuum zu befinden, als sei man in Blei eingeschlossen.
Hinterher: Schock. Als sei einem eine Eisenplatte auf den Kopf gefallen.
Vergleiche, Begriffe die einem da drin einfallen:
(Psycho) Zerreißwolf – Raumfahrsimuliertrommel, wo Typen durch die Beschleunigung die Haut plattgedrückt wird –
Kafkas Strafkolonie – der Typ auf dem Nagebrett – pausenlosesAchterbahnfahren.
Zum Radio: Es verschafft minimale Entspannung, als wenn man z.B. von Tempo 240 auf 190 runtergeht."

brett – pausenloses Achterbahnfahren.
Zum Radio: Es verschafft minimale Entspannung, als wenn man z.B. von Tempo 240 auf 190 runtergeht."

Regionalnachrichten

Kulturförderung durch die Ökobank?

Will die Ökobank den Aufbau der Selbsthilfewirtschaft vorantreiben, so wird sie sich neben der Finanzierung selbstverwalteter Betriebe, sozialer Projekte, neben der Förderung von Frauenprojekten oder ökologischer Produktion auch Gedanken über den Kulturbereich machen müssen. Eine Umsatzsteigerung innerhalb des alternativen Wirtschaftssektors soll durch die Entwicklung neuer Bankprodukte, wie regionaler sozialer Dienstleistungen, der Finanzierung von Erfindungen im Bereich des Umweltschutzes oder durch den Aufbau eines regionalen Vertriebsnetzes etc. erreicht werden. Diese Ziele lassen sich aber nur verwirklichen, wenn die politisch motivierten Geldgeber der Ökobank tatsächlich auch ihr Antiapartheidsgeld, ihr Ökogeld, ihr Frauen-, Friedens- oder soziales Geld zur Ökobank bringen, um das zu finanzieren, was ihren politischen Zielvorstellungen entspricht. Der Erfolg der Ökobank im Kredit- wie im Spargeschäft hängt also wesentlich davon ab, inwieweit sie diese politischen Zielsetzungen einer kritischen Öffentlichkeit vermitteln und aus der Kommunikation mit relevanten Gruppen der jeweiligen regionalen Szene wirtschaftliche Strategien entwikkeln kann. Dabei muß das „anders leben, anders arbeiten" auch für diejenigen an Attraktivität gewinnen, die ganz normal leben und arbeiten, aber aus dem Gefühl der Solidarität der Selbsthilfewirtschaft eine Chance geben wollen.

Der Begriff Solidarität stammt aber aus dem Bereich der Ethik und beinhaltet die Rückbesinnung auf das Richtige, Gerechte und Gute, auf wahre Bedürfnisse, die der Weckung falscher Bedürfnisse des Menschen in der Welt der Multis entgegenstehen. Murray Bookchin beschreibt unsere moderne Gesellschaft als eine „Gesellschaft der 'Kompromisse', die ihre Wurzeln in der Pseudo-Ethik des 'Nutzens gegen Risiko' habe und die uns ständig zur Entscheidung für das kleinere Übel zwinge". Diese Ethik beruht auf der Anpassung an Pragmatismus und Karrieredenken und befindet sich in einem historischen Kontrast zur Ethik der vorkapitalistischen Gesellschaft, für die Politik „die Erlangung von Tugend in Form von Gerechtigkeit und dem guten Leben" bedeutete. So gibt es in Platons „Staat" oder Aristoteles „Politik" keine Kompromisse, sondern glaubwürdige Politik gegen das Übel rief zu dessen völliger Negation durch das Gute auf. Dieser Wandel in den Moralvorstellungen wird durch die allgemeine Ignoranz gegenüber kulturellen Dingen begünstigt und er „untergräbt jede Anstrengung zur Wiederbelebung jener politischen Kräfte, die als handlungsfähige Potentiale für die Erreichung des Ziels der Geschichte, das im guten Leben besteht und nicht nur ein praktisches, sondern auch ein ethisches und geistiges Ideal ist".

Es läßt sich nicht leugnen, daß die Verbreitung bestimmter Medien und Medienprodukte vom ökonomischen Interesse der Unterhaltungsindustrie bestimmt wird. Richtig ist auch, daß bestimmte Formen von Medien ganz bestimmte Inhalte begünstigen und daß solche Inhalte eine Kultur entscheidend prägen können. Es ist sicher nicht übertrieben, von einem Verfall des öffentlichen Diskurses zu sprechen und 1968 war den Studenten dieses Thema wohl bewußt, als sie gegen die Springerpresse mobilisierten. Es reicht aber nicht aus, gegen etwas zu mobilisieren, es muß auch etwas Besseres aufgebaut werden. Für die Ökobank bedeutet dies: verzichtet sie darauf, das kritische Potential des Kulturbereiches zur Mitarbeit zu gewinnen und auch in ihre Förderung miteinzubeziehen, so reduziert sie den Menschen auf seinen Magen und überläßt Kopf und Herz den Wölfen. Die andere Wirtschaft braucht nämlich ihre Gegenöffentlichkeit und sie braucht jene Räume, wo eingefahrene Denkmuster transzendiert, wo Utopia entstehen und ins Bewußtsein dringen kann. Schon die Sammlerinnen und Jäger haben ihre Künstler/innen versorgt – nicht nur, weil sich mit deren Künsten Handel treiben ließ, Geselligkeiten veranstaltet wurden, sondern von diesen auch lebensnotwendige Impulse für das Wohl der Gruppe ausgingen.

Leider lebt der Künstler oder Autor heute vom Verkauf seiner Produkte. Er ist ebenso wie das selbstverwaltete Kollektiv Produzent und Unternehmer gleichzeitig und ist abhängig von der Zahlungsfähigkeit seiner Kundschaft. Wenn nun die Ökobank die Nachfrage – und Investitionsbedingungen der Wirtschaft von unten verbessern will – und damit auch die Zahlungsfähigkeit ihrer Teilnehmer, so entspricht dies dem Wunsch des Kulturschaffenden, mehr seiner Produkte an diese zu verkaufen. Das sollten die Ökobanker in ihre strukturpolitischen Überlegungen miteinbeziehen und solche kulturellen Initiativen oder Kulturschaffende fördern, deren Produkte aus der Opposition gegen Kompromißlertum, gegen die Zerstörung der Natur und der menschlichen Beziehungen entstanden sind. Gerade mit diesen ließe sich ein Informationsfluß zwischen der Bank und ihrer Klientel herstellen, der ein ethisches, spielerisches und kreatives Moment enthält, das in der kapitalistischen Cliquenwirtschaft abhanden gekommen ist. Steht bei letzterer Eigennutz und Habgier im Vordergrund, so orientiert sich wirkliche künstlerische Produktion nicht am Geschmack des großen Publikums. Sie ist nicht aus reinem Vermarktungsinteresse entstanden, sondern aus einem Gefühl der Leidenschaft an bestehenden Herrschaftsstrukturen. Gleiches gilt – wenn auch nicht in so starkem Maße – für die Produktion der Alternativwirtschaft überhaupt. Sowohl das selbstverwaltete Kollektiv als auch der Kulturschaffende produzieren aus einem ethischen Interesse und suchen Selbstverwirklichung durch die Überwindung der Trennung zwischen Arbeit und Freizeit.

Es wäre jedoch völlig falsch, einen ästhetischen Kriterienkatalog für Kulturförderung aufzustellen. Das hieße, künstlerische Inhalte und Formen in unzulässiger Weise festzuschreiben, die Phantasie zu begrenzen. Trotzdem sollte auf eine gewisse Professionalität nicht verzichtet werden, d.h. auf handwerkliches Können, Problembewußtsein und eine adäquate Form der künstlerischen Umsetzung. Denkbar wäre eine zweckgebundene Projektförderung unabhängiger kultureller Initiativen oder Einzelpersonen, sofern diese dem Informationsfluß zwischen der Bank und ihrer Klientel dienlich sind. Denkbar wäre auch, solche Initiativen zu fördern, die neue Wege beim Vertrieb ihrer Produkte gehen, sofern diese in Einklang mit den Zielen der Ökobank stehen.

Ricarda Buch, Berlin

Treugeldbestand per 20.1.87	**6.797.107,– DM**
Treugeldgeber/innen	**ca. 13.800**
Vereinsmitglieder	**2.450**
Treugeldbestand nach Regionen:	
Baden-Württemberg	1.480.923,– DM
Nordrhein-Westfalen	1.243.358,– DM
Bayern	1.056.417,– DM
Hessen	1.010.236,– DM
Niedersachsen	639.251,– DM
Berlin	358.630,– DM
Schleswig-Holstein	307.038,– DM
Hamburg	266.336,– DM
Rheinland-Pfalz	217.411,– DM
Saarland	70.000,– DM
Ausland	31.597,– DM
Diverse	115.910,– DM

Treugeldkonto:
Postgiroamt Frankfurt/M. Konto-Nr. 4151 75–609
(Anteil Startkapital Ökobank)

Die Genossenschaft - Eine basisdemokratische Mogelpackung?

Wir sind bisher immer davon ausgegangen, daß die Rechtsform der Genossenschaft (e.G.) ein Maximum an Mitwirkungsmöglichkeiten der einzelnen Genossenschafter gewähren kann.
Es gibt aber keine systemimmanente Garantie für unser Ziel der maximalen Mitwirkung und Mitbestimmung der Basis, bei notwendiger Arbeitsfähigkeit der Bank.

Und gerade die Rechtsform der Genossenschaft gibt allen Anlaß zur Skepsis und Wachsamkeit hinsichtlich der Überwachungsmechanismen der Bankgremien.

Ich will das an der üblichen Verfahrensweise der etablierten Kreditgenossenschaften darstellen.

1. Aufgrund der bekanntlich hohen erforderlichen Eigenkapitalausstattung einer Genossenschaftsbank geht die Anzahl der Genossenschafter weit über das hinaus, was noch in beschlußfähiger Weise in einem Saal oder einer Halle an mitbestimmungsberechtigten Genossen zusammengebracht werden kann. (Wir haben bereits ca. 14.000 Mitglieder).
   – die Folge: Entscheidungsbefugnis muß delegiert werden auf eine Vertretersammlung.
2. Das Problem der Ausübung von Mitbestimmungs- und Aufsichtsrechten verlagert sich damit auf die Vertreterversammlung und den Wahlmodus der Vertreterversammlung.
3. Üblicherweise gelingt es dem Vorstand nicht nur, eine „Vorschlagsliste" für die zu wählenden Vertreter zur Wahl zu stellen, sondern infolge mangelnder Organisation der Genossenschafter, fehlender Alternativvorschläge und Desinteresse der Masse der Genossenschafter auch diese „Wunschliste" als Vertreterversammlung beschert zu bekommen.
   Von diesen Wunschkandidaten ist dann natürlich höchst selten Kritik oder gar Widerstand zu erwarten.
4. Wer aufmuckt ist dann alsbald kein Wunschkandidat mehr.
   Und Vertreterposten sind wegen ihrer Nähe zur Bank und zum Vorstand und ihres Renommees begehrt.
   – die Folge: Eine effektive Überwachung der Bank durch die Vertreterversammlung, die u.a. den Aufsichtsrat wählt und den Vorstand entlastet, ist dahin. Der Vorstand der Bank erwählt sich „seinen Aufsichtsrat " faktisch selbst.

Die Vorstände sind die unangreifbaren Herren über die Bank, ohne Überwachung durch die Kapitalgeber. (Diese negative Erscheinung ist leicht ablesbar an der hohen (Fast-)Insolvenzquote der Genossenschaftsbanken, verursacht durch Selbstherrlichkeit der unüberwachten Vorstände.

Wir müssen deshalb bei der Ökobank auf den Wahlmodus der Vertreterversammlung besonderes Augenmerk legen.

Meines Erachtens müssen folgende Gesichtspunkte berücksichtigt werden:

a) Die Bank ist zentral organisiert; demgegenüber muß der Verein, der die politische Begleitfunktion übernehmen soll, dezentral in den Regionen organisiert sein.

b) Die Regionalgliederungen müssen auch finanziell von der Bundeszentrale unabhängig sein. (Wer die Musik bezahlt, bestimmt auch, was gespielt wird).

c) Für die Vertreterwahl muß jede Regionalgruppe die Möglichkeit haben, eine Vertreterliste aufzustellen. Dabei sind auch Zusammenschlüsse von Regionalgruppen zuzulassen.

d) Jede Regionalgruppe, die eine Liste aufgestellt hat, wird sich dann bemühen, die Genossenschafter in ihrer Region für die eigene Liste zu motovieren.

e) Die Wahl der Vertreter kann dann bundeseinheitlich nach dem Vorbild der Listenwahl bei Bundestagswahlen, aber ohne 5% Klausel, erfolgen.

Harald Müller, München

...nach Gründung der Ökobank? Da gibt's wohl noch einiges zu diskutieren...

Regionalgruppe Süd

Nächstes Treffen

Obwohl das Grundkapital inzwischen aufgebracht wurde, gefährden andere Probleme noch das Bankprojekt. Trotzdem sind wir zuversichtlich und überlegen uns, wie es weitergeht, wenn die Bank gegründet ist. Am 17.1. fand ein Treffen über Beiratsausschüsse (Förderung und Kreditvergabe), am 30.1. ein Delegiertentreffen statt. Am 22.2. ist das nächste Treffen der Regionalgruppe Süd. Nach einem Bericht über die Treffen vom 17.1. und 30.1. wollen wir uns über die weitere Tätigkeit der Gruppe unterhalten, besonders hinsichtlich unserer Aufgaben bei der Kreditvergabe an Betriebe, Kollektive usw.

Das Treffen am 22.2. findet um 16.00 Uhr im Jugendhof Bessunger Forst, Aschaffenburger Str. 183, Roßdorf, statt.

Weitere Auskunft bei Klaus Arons, Tel. 06103/2 89 74.

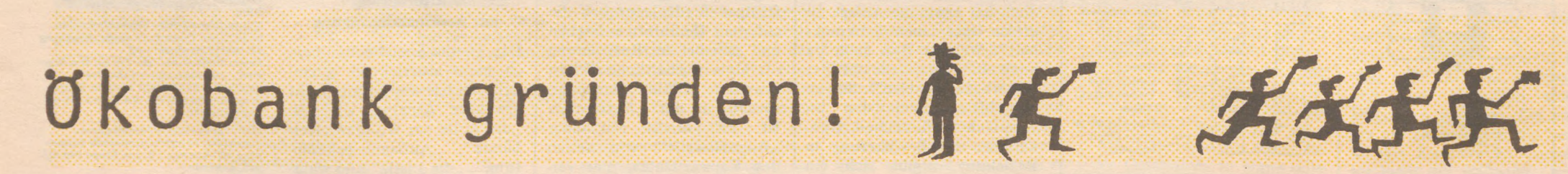
Liebe Ökobankfreunde!

Wir möchten alle Ökobankgründer für folgende Idee gewinnen:

Wir selbst stellen z.Zt. in Marburg eine automatische Meßstation für Luftradioaktivität zusammen. Wir hoffen, daß auch andere Ökobankgruppen bereit sind, ca. DM 2.000,– für eine eigene Meßstation auszugeben, um ein bundesweites Netz aufzubauen.

Hauptgrund dafür ist für uns Atomminister Wallmanns Zentralisierung des Strahlenschutzes und Verharmlosungstaktik. Aus folgenden Gründen halten wir dies für eine Ökobankverein-Aufgabe: Die hohen Kosten sollten wir tragen können. Wir sollten bewußt einen Gegenpol zu den Verstrikkungen der Banken in den Atomfilz bilden.

Weitere Informationen senden wir gerne zu.
Gruppe Marburg des Ökobankvereins
Uferstraße 4
3550 Marburg
Tel. 06421/6 36 28



Ökobank in Gründung
Der neueste Stand (22.1.87)

Der neueste Stand

Aus der Geschäftsstelle

In den letzten Ausgaben von CONTRASTE hat Torsten Martin ausführlich den juristischen Dschungel dargestellt, durch den die Ökobankgründer sich ihren Weg bahnen müssen, um zum Ziel zu kommen. Diese Darstellung ging übrigens auf den ausdrücklichen Wunsch vieler Vereinsmitglieder zurück, die in ihrer Region aktiv tätig sind und in ihrer Arbeit auf fundierte Informationen zurückgreifen möchten. Sie dient aber sicherlich auch dem besseren Verständnis vieler Vereinsmitglieder für die juristischen Auseinandersetzungen, die allem Anschein nach die nächsten Stufen der Bankgründung kennzeichnen werden. Voila! Hier erst einmal der aktuelle Stand des Geschehens:

Seit gut zwei Monaten ist das **Gründungskapital** der Bank, die 6 Mio. **beisammen**. Mit großen Schritten nähern wir uns der siebten Mio. In der Frage der Anerkennung des geschäftsführenden Vorstandes durch das **BAK in Berlin** jedoch treten wir nach wie vor auf der Stelle. Bisher haben wir diesem Amt sieben Kandidaten vorgeschlagen (von bisher 29 Bewerbungen), 5 sind abgelehnt worden, bei zweien läuft die Prüfung noch, doch stehen auch hier die Zeichen auf Ablehnung – und in Zeichendeutung nimmt die Bundesgeschäftsstelle mittlerweile eine gewisse Professionalität für sich in Anspruch. Die Ablehnung all dieser Kandidaten muß vor dem Hintergrund gesehen werden, daß wir dem Amt in Berlin immer nur solche Kandidaten vorgeschlagen haben, denen zuvor von der **Landeszentralbank** hier in **Frankfurt** gute Chancen eingeräumt worden waren, die Kriterien des KWG zu erfüllen. Was sind die Hintergründe?

Ist es die berühmte „Sachlage"? Sind es politisch motivierte Aversionen? Liberale, uns und dem BAK wohlgesonnene Banker weisen uns auf das hohe Risiko hin, das in dem Vorhaben der Ökobankinitiatoren liege, eine bundesweit tätige Universalbank quasie aus dem Stand heraus zu gründen, ohne sich dabei auf ein eingespieltes Management stützen zu können. Das Amt müsse deswegen derart hohe Anforderungen an die Geschäftsführer stellen, um sich nicht, sollte die Ökobank scheitern, dem Vorwurf der Fahrlässigkeit auszusetzen. Eine Argumentation, die nicht von der Hand zu weisen ist. Nur – es war ja schon immer unsere erklärte Absicht, nicht sofort und hier und jetzt das volle Bankgeschäft aufzunehmen. Schon immer haben wir unsere Bereitschaft erklärt, eine Art „Junktim" zwischen qualifiziertem Management und Umfang der praktizierten Bankgeschäfte zu akzeptieren. Allerdings, über so etwas müssen Gespräche geführt werden und zwar im Vorfeld einer Antragstellung; eine Praxis, die in Bankerkreisen – wie man uns versichert hat – durchaus üblich, ja selbstverständlich ist, jedenfalls so lange es sich dabei nicht um die Ökobank handelt. Wieder eine Fehlinterpretation? Eine erneute Unterstellung? Zumindest könnten die bisher ergebnislosen Versuche, mit dem BAK ein Gespräch zu führen, den Schluß zulassen, daß man für ein Gespräch dort „keinen Anlaß sieht".

Daß der oberste Chef des **Bundesverbandes der Volks- und Raiffeisenbanken** die Ökobankinitiative für eine Art Wiesenaussaat für ökosozialistische Umverteilungsspiele hält, hat er inzwischen öffentlich so oft bekundet, daß wir diese messerscharfe Analyse als allgemein bekannt voraussetzen dürfen.

Neu hingegen ist die Erfahrung, daß es auch auf der Ebene des **Regionalen Genossenschaftlichen Prüfungsverbandes** Probleme zu geben scheint. Hier wird man sehen müssen, wie sich dies weiterentwickelt.

Nein, es scheint in der Tat alles auf das hinauszulaufen, was der Verfasser dieser Zeilen vor einigen Monaten an dieser Stelle angedeutet hat. Die Ökobank wird sich ihre volle Akzeptanz auf dem Bankenmarkt wohl erst Schritt für Schritt erstreiten müssen, dabei wird sich der Rechtsweg nicht immer vermeiden lassen. Zur Zeit sind wir dabei, zusammen mit einer frankfurter Anwaltskanzlei hierfür – wie heißt es doch so bildhaft in der Politikersprache? – die Weichen zu stellen. Im Vordergrund steht bei diesen Planungen die Absicht, für alle Eventualitäten Modelle bereitzuhalten, die es uns in jedem Fall erlauben, auch in der reduziertesten Form schon wesentliche Erwartungen der Treugeldgeber erfüllen zu können.

Das Neueste und Aktuellste ab jetzt wieder regelmäßig an dieser Stelle in jeder CONTRASTE.

Dieter Reincke

Ökobank gründen!

Ende der Ökobank-Vereinsseite

Ende der Ökobank-Vereinsseite

Neue Genossenschaften und Prüfungsverbände

Variationen zum Thema verschmähte Liebe und Abneigung

Red. Frankfurt Von außen betrachtet stellt sich das genossenschaftliche Prüfungswesen in der BRD als monolithischer Block dar, in den einzudringen eine häufig vergebliche, jedenfalls aber eine langwierige und komplizierte Aufgabe ist (siehe Ökobank). Eine Innenansicht ist mangels hinreichender Informationen nicht möglich. Bei genauerem Hinsehen sind allerdings Differenzierungen erkennbar, die für den Umgang von genossenschaftlichen Initiativen mit den Verbänden hilfreich sein können. Als auskunftsfreudig hat sich der Revisionsverband deutscher Konsumgenossenschaften erwiesen. Er soll nach der folgenden Übersicht über das Verbandswesen näher dargestellt werden.

Das Prüfungswesen gliedert sich in drei Bereiche:

1. Am kleinsten ist der Konsum- und Verbrauchergenossenschaftssektor mit dem Revisionsverband deutscher Konsumgenossenschaften als „Spitzen- und Prüfungsverband" in einem.
2. Größer und zahlreicher sind die Baugenossenschaftsverbände. In 11 Regionalverbänden sind allerdings auch gemeinnützige Wohnungsunternehmen in anderer Rechtsform. Die 11 Regionalverbände sind im „Gesamtverband gemeinnütziger Wohnungsunternehmen" als Spitzenverband zusammengefaßt.
3. An der Spitze des alles übrige in den Schatten stellenden dritten Bereichs der gewerblichen und ländlichen Genossenschaften steht der „Deutsche Genossenschafts- und Raiffeisenverband" (DGRV). Er ist ein Zusammenschluß aus drei Spitzenverbänden:
   - dem deutschen Raiffeisenverband,
   - dem Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken
   - und dem Großhandelsverband ZENTGENO.

Raiffeisenverband und Volksbankenverband haben 14 teils gemeinsame, regionale Prüfungsverbände. Daneben bestehen 6 überregional tätige Fachprüfungsverbände für gewerbliche Genossenschaften.

Die fachliche Zuständigkeit der insgesamt also 35 Verbände überschneidet sich teilweise. So finden sich Verbrauchergenossenschaften sowohl im Revisionsverband deutscher Konsumgenossenschaften (RdK) als auch in Regionalverbänden des DGRV. Mieterverwaltungsgenossenschaften können in allen drei Verbandbereichen die Mitgliedschaft erwerben. Selbst regional sind im Einzelfall Grenzübertritte vorgekommen, wenn sich Verband und Aufnahmekandidat nicht einig wurden. So gilt der rheinische Verband gegenüber dem westfälischen Genossenschaftsverband als offener.

Revisionsverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V. (RdK)

Der RdK nimmt für sich in Anspruch, neue genossenschaftliche Initiativen in besonderem Maße zu fördern. Oder besser: fördern zu wollen. Denn während von seiten der Initiativen über Ignoranz und Ablehnung durch die Verbände geklagt wird, sieht sich der RdK in der Rolle des verschmähten Liebhabers: „Wir würden gerne mehr für neue genossenschaftliche Initiativen tun. Unsere Angebote werden zuwenig nachgefragt", schildert der Vorsitzende des Verbandes, Oswald Paulig, sein Problem. Nach der Satzung des Revisionsverbandes „und aufgrund unserer genossenschaftlichen Tradition" ist er verpflichtet, das Genossenschaftswesen zu fördern. Es fehlt allein an Initiativen, die gefördert werden wollen, denn guter Wille und kompetente Berater seien im Verband vorhanden. Während der SPD-Tagung zu „alten und neuen Genossenschaften" konnte Paulig vermelden, daß sein Verband noch keinen Aufnahmeantrag zurückgewiesen habe, und er gab die Garantieerklärung ab, daß jede Anfrage nach einer Gründungsberatung innerhalb von 14 Tagen qualifiziert beantwortet werde. Das Angebot gilt im übrigen nicht nur für Verbrauchergenossenschaften, sondern für alle Genossenschaftsinitiativen. Wo der RdK nicht selber zuständig sei, soll das Gespräch mit dem maßgeblichen Verband vorbereitet werden.

Im Kreise der drei großen genossenschaftlichen Spitzenverbände führt der RdK eher ein Schattendasein. Neben dem DGVR und dem Gesamtverband gemeinnütziger Wohnungsunternehmen nimmt er sich, als Verband der noch existierenden Konsumgenossenschaften und der sonstigen Verbrauchergenossenschaften, (z.B. Naturkost, Energieversorgung, sonstige Dienstleistungen) eher klein und bescheiden aus. Das Aussenseiterdasein hat allerdings Tradition. 1902 wurde der Verband infolge des Ausschlusses der Konsumgenossenschaften aus dem bis dahin bestehenden „Allgemeinen Verband" der Genossenschaften von Schulze-Delitzsch gegründet. Paulig: „Auch weil die Konsumgenossenschaften eine etwas andere historische Wurzel haben als die von Raiffeisen und Schulze-Delitzsch geförderten Genossenschaften, sind wir gegenüber alternativen genossenschaftlichen Initiativen aufgeschlossen." Die Pflege neuer Initiativen als Alibi für verkrustete Strukturen im traditionellen Konsumgenossenschaftsbereich?

Angeblich nicht. Denn auch der traditionelle Sektor soll durch zwei neue Beratungseinrichtungen des Verbandes neue Anstöße erhalten. Ein mit ABM-Mitteln finanziertes Projekt soll von der Liquidation bedrohter Konsumgenossenschaften dabei helfen, den Geschäftsbetrieb auf neue, sozial und gesellschaftlich nützliche Mitgliederförderung umzustellen. Eine vom Verband initiierte „gemeinnützige Verbrauchercooperative" soll den mittleren und großen Konsumgenossenschaften bei der Mitgliederförderung durch Verbraucher- und Produktberatung auf die Sprünge helfen.

Für neu zu gründende Genossenschaften bietet der RdK kostenlose Gründungsberatungen, Partnerschaftsmodelle zwischen alten und neuen Verbandsmitgliedern und extrem niedrige Verbandsbeiträge (z.B. DM 775,– Jahresbeitrag **einschließlich** Prüfungskosten bei 1 Mio Jahresumsatz).

Fragt sich nur, warum der RdK nicht offensiv die Gründung neuer Genossenschaften betreibt. In der Blütezeit der Konsumgenossenschaftsbewegung sind Genossenschaftssekretäre durch das ganze damalige Reichsgebiet von Ort zu Ort gezogen, haben Versammlungen abgehalten, und die Gründung von Genossenschaften als Selbsthilfeeinrichtung gegen damals bestehende Monopole des Einzelhändlers am Ort propagiert. Warum keine neue Blütezeit für Konsum- und Verbrauchergenossenschaften? Schulen, Krankenhäuser, Kindergärten, Reisebüros, Fernheizwerke, alternative Energieversorgungsunternehmen und die Ökobank gibt es schon als Zusammenschlüsse von Verbrauchern in genossenschaftlicher Form. Genossenschaften zur Abwehr schädlicher Umwelteinflüsse (siehe Bundschuh-Genossenschaft), zur Versorgung einkommensschwacher Gruppen, wie Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Auszubildende, Studenten etc. und zur Versorgung von Bewohnern abgelegener Gebiete mit Waren und Dienstleistungen aller Art, zur Aus- und Weiterbildung im Beruf können ebenso als Verbrauchergenossenschaft organisiert werden, wie Mieterverwaltungsgenossenschaften oder sogenannte „Vollgenossenschaften", die das gemeinsame Arbeiten und Leben in Selbsthilfe organisieren wollen.

Datenbank für die Selbstverwaltungswirtschaft

Red. Heidelberg **Die Zukunftswerkstatt, ein Zusammenschluß selbstbestimmter Projekte und Betriebe, experimentiert an einem EDV-gestützten Kommunikationssystem zur Vernetzung selbstbestimmter Projekte („Mailbox"). Für 1987 ist der Aufbau einer Branchen-Datenbank, in der alle interessierten selbstbestimmten Betriebe und Projekte der BRD aufgenommen werden, vorgesehen. Zur Kostendeckung wird für den Eintrag eine einmalige Gebühr von DM 5,-- erhoben. Verglichen mit den allerorten erscheinenden Branchen- und Adressbüchern, die nach ihrem Erscheinen schon teilweise wieder veraltet sind, bietet eine Datenbank viele Vorteile. Der Service wendet sich an politisch bewußte Verbraucher, die sich regional und überregional über aktuelle Bezugsquellen und Dienstleistungen der alternativen Ökonomie informieren können. Gleichzeitig soll die Einrichtung einer Branchen-Datenbank dazu beitragen, die Handelsbeziehungen innerhalb der Selbstverwaltungswirtschaft zu intensivieren. Die Datenbank soll den interessierten Branchenverbänden, Netzwerken und Beratungsinstitutionen zur Auswertung zur Verfügung gestellt werden, um erstmals verläßliche Markt- und Branchenanalysen durchführen zu können. Der Schutz der Daten vor Mißbrauch kann gewährleistet werden, indem sich die Zukunftswerkstatt als Betreiber der Datenbank vorbehaltlos der Kontrolle durch eine Datenschutzgruppe aus der Selbstverwaltungsbewegung unterwirft.**

Die Zukunftswerkstatt existiert in Saarbrücken seit 1982. Als gemeinnütziger Verein wendet sie sich an Menschen und Projekte, die an sinnvollen, selbstbestimmten und gesellschaftlich nützlichen Formen des Arbeitens und Lebens sowie an einer ganzheitlichen Einbeziehung ihrer Interessen und Bedürfnisse interessiert sind. Auf der wirtschaftlichen Handlungsebene verfolgen die angeschlossenen Projekte das Prinzip der Kapitalneutralisierung, d.h. die Möglichkeit der privaten Aneignung des gemeinsam erarbeiteten Gewinns ist ausgeschlossen. Sofern Produkte hergestellt oder Waren und Dienstleistungen vertrieben werden, soll es sich um langlebige Gebrauchsgüter handeln, die von ihrer natürlichen Substanz verträglich und von ihrer gesellschaftlichen Bestimmung sinnvoll und nützlich sind. Nach diesen Grundsätzen hat die Zukunftswerkstatt seit ihrem Bestehen 6 eigene Betriebe und Projekte aufgebaut, in denen z.Zt. bei gleichem Verdienst (ca. DM 1.500.–) 22 Mitarbeiter/innen beschäftigt sind: die Fahrradladen GmbH, die Schreinerei Holzblock GmbH, die Vereine Projektpartnerschaft Dritte Welt e.V. und Rentnerinitiative und Altenhilfe e.V., die Rundumservice und Recycling GmbH sowie eine Beratungs- und Analysestelle mit vier Wissenschaftlern.

Bei der bevorstehenden Anschaffung eines Personalcomputers waren die Meinungen in der Zukunftswerkstatt geteilt und es gab hitzige Debatten. Die einen argumentierten, wer sich auf Computer einläßt, wird abhängig. Das Wesen eines Computers ist es, von Menschen ausgeübte Tätigkeiten und Fähigkeiten aufzusaugen und zu übernehmen. Arbeiten und Leben werden formalisiert, damit sie fortan maschinengerecht verwaltet werden können. Wir als lebendige Wesen, als Menschen, die denken, fühlen, weinen und spontan sein können, werden gezwungen, uns künstlich zu verhalten. Eine so harte, zentralistische Herrschaftstechnologie, wie sie Computer darstellen, läßt sich nicht in selbstbestimmte Arbeits- und Lebenszusammenhänge stellen und damit zähmen. Andere hielten dagegen, daß nicht der Computer, sondern seine Indienstnahme durch die kapitalistische Produktionsweise das Problem darstellt. Eine bestimmte Technologie mag für einen bestimmten Zweck erfunden und eingesetzt werden, sie kann aber auch an andere angepaßt werden und zahlreiche, zunächst nicht vorhersehbare Einsatzmöglichkeiten haben. Man denke nur an die Waffen einer Regierung, die eine Guerilla gegen ihre Herrscher einsetzen kann. Bei unverrückten Fronten fand der Verein dann den Kompromiß, den Personalcomputer „probeweise" zunächst für ein Jahr einzusetzen.

Mailbox-SUB

Hat man die neuen Informationstechnologien erst einmal aus den Klauen der technokratischen Bösewichte befreit, so die Überlegung, können sie helfen, bisher unterdrückte Informationen zu vergesellschaften. Mittels den Errungenschaften der Datenfernübertragung (DFÜ) lassen sich heute via Telefon Daten problemlos von einem Computer zum anderen übermitteln. Die Zukunftswerkstatt hob also die SUB-Mailbox (saarländische Unabhängigkeits - Bewegung) aus der Taufe: der Personalcomputer im Büro wurde ab sofort jede Nacht von 18.00 Uhr bis 9.00 Uhr (da waren die Telefongebühren für Anrufer halt günstig) an das Telefon geklemmt und mit Tagesinformationen gefüttert. Alle Besitzer/-innen eines einfachen Home-Computers, die zugleich über einen Akkustikkoppler verfügten (der die digitalen Daten des Computers in das Telefonnetz umwandelt), brauchten jetzt nur die Telefonnummer der Zukunftswerkstatt anzuwählen, um in den Genuß des Informations- und Kommunikationssystems zu kommen. Hier waren genauso aktuelle Infos über den Verein, Netzwerk und selbstbestimmte Projekte im Saarland abrufbar wie auch verschiedene schwarze Bretter zu Themen wie Tschernobyl, Veranstaltungstips, Flugblätter usw. Auf den schwarzen Brettern konnte jeder Benutzer der SUB-Box auch selbst aktiv werden und aktuelle Informationen, von zu Hause aus, beisteuern – die dann die nächsten Anrufer ebenfalls lesen und kommentieren konnten. Zugleich gab es in der SUB-Box den Service von eigenen Postfächern, in die man /frau sich von jedem anderen Benutzer private Post legen lassen konnte (die dann kein anderer zu Gesicht bekam). Ein Brief konnte dabei auf Tastendruck auch zugleich an mehrere Benutzer gleichzeitig verschickt werden.

Rasch erfreute sich die SUB-Box steigender Beliebtheit bei den saarländischen Computer-Kids, jede Nacht waren zwischen 10 und 20 Teilnehmer online mit dem Computer in der Zukunftswerkstatt verbunden. Unter den Benutzern waren allerdings nur 3 selbstbestimmte Projekte - mehr Computer gibt es z.Zt. in der hiesigen Selbstverwaltungsbewegung noch nicht. Folgerichtig war der Dialog in der SUB-Box weniger an Themen der Selbstverwaltung orientiert, er kreiste vor allem um Tricks und Tips zu Hard- und Software. Die SUB-Box war eine Spielwiese für Computer-Kids, die sich an den Möglichkeiten der Datenfernübertragung berauschten. Nach der erfolgreichen Erprobungsphase wurde aus diesem Grund der Betrieb des Mailbox-Projekts zum 1. November erst einmal eingestellt. Es entstand aber der weitergehende Plan, den Probebetrieb für eine bundesweite Mailbox vorzubereiten, die es der Selbstverwaltungsbewegung in der BRD erlaubt, blitzschnell Informationen auszutauschen, persönliche Post zu übermitteln oder auch Konferenzen mit bis zu 4 Teilnehmern gleichzeitig abzuhalten. Wenn genügend Benutzer zusammenkämen, ist eine Mailbox eindeutig schneller und komfortabler als Telefonmarathons oder wiederholter Briefverkehr. Wer sich für eine Teilnahme an einer solchen „elektronischen Poststation" interessiert – die über das Datex-P-Netz der Bundespost auch tagsüber betrieben werden kann und keinesfalls mit hohen Kosten verbunden ist – kann sich an die Zukunftswerkstatt wenden.

Einrichtung einer Branchen-Datenbank

Die elektronische Datenverarbeitung (EDV) bietet dem Vorteile, der ständig große Mengen von Daten verwalten und verarbeiten muß. Egal ob es sich dabei um Rechenoperationen oder Texte handelt, einmal in Dateien erfaßte Informationen können sofort wieder abgerufen und mittels bestimmter Programmanweisungen leicht verändert, ergänzt oder ausgewertet werden. Um den Anteil der stupiden, sich ständig wiederholenden geistigen Tätigkeiten so gering wie möglich zu halten, wird die EDV in der Selbstverwaltung inzwischen z.B. zur automatischen Verarbeitung von Texten (wie in der TAZ), zu Meß-, Steuer- und Regelungsaufgaben (etwa Wuseltronick) oder zur Übersicht über die Buchführung eingesetzt. Die Zukunftswerkstatt, die im Rahmen ihrer Beratungstätigkeit und Öffentlichkeitsarbeit darum bemüht ist, die wachsende Flut von Informationen für Ratsuchende jeweils individuell angepaßt aufzubereiten und anschaulich zu machen, entdeckte so für den Personalcomputer ein neues Einsatzfeld. Inzwischen kann man Datenbänke nämlich nicht nur ausrauben, sondern auch selbst welche gründen. Personalcomputer, die bei steigender Leistungsfähigkeit gleichzeitig einem dauernden Preisverfall ausgesetzt sind, sind für den Zweck, in ein Informationswirrwarr Ordnung durch vielschichtige Suchprogramme zu bringen, geradezu geschaffen. Die EDV ist ein ideales Hilfsmittel, um mit wenigen Befehlen ungeordnete Informationen durchsichtig zu machen und für jeden Nachfrager individuell nach beliebig vielen Kriterien aufzuschlüsseln. Wirklich dem augenblicklichen Bedarf angepaßte und aktuelle Informationen über die Selbstverwaltungswirtschaft zum richtigen Zeitpunkt zur Hand zu haben, ist immer noch das große Problem für die, die damit zu tun haben. Warum sollte man sich für den Zweck einer gezielten Recherche also nicht die Vorteile der EDV zu eigen machen und den Service einer „elektronischen Informationsbörse" (Datenbank) anbieten?

Wer als aufgeklärter Verbraucher ein ausgefallenes Produkt sucht, das in seiner Region von keinem selbstbestimmten Produzenten angeboten wird, mag es nicht einsehen, sich gleich ein ganzes Branchenbuch zu kaufen. Dasselbe gilt für Kollektive, die einen verstärkten Austausch von Waren und Dienstleistungen innerhalb der Selbstverwaltungswirtschaft suchen oder für Existenzgründer, die sich am Markt orientieren möchten. Die erhältlichen alternativen Adressbücher haben zudem samt und sonders den Nachteil, daß sie nur nach einem Suchkriterium – entweder die Branche oder die Postleitzahl – gegliedert sind. Sie sind damit für eine gezielte Recherche wenig aussagekräftig. Sofern der eingetragene Betrieb nicht in der Lage ist, eine oft kostspielige Werbeanzeige zu finanzieren, kann man weitergehende Hinweise über die im einzelnen angebotenen Produkte und Dienstleistungen nicht finden, da aus Platzgründen in der Regel nur die Anschrift erscheint. Ausführliche Informationen, etwa eine knappe Selbstdarstellung, ob der aufgeführte Betrieb nach demokratischen Entscheidungsstrukturen geführt wird, oder ob er selbst an einer Vernetzung und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit anderen selbstbestimmten Betrieben in der BRD interessiert ist usw. usf., sind aus Brachen- und Adressbüchern nicht zu ersehen.

Eine auf einem Personalcomputer mit genügend Speicherkapazität installierte Datenbank dagegen bietet für alle Interessenten genügend Platz, um sämtliche notwendigen Einträge aufzunehmen. Im Gegensatz zu Branchenbüchern, die mit ihrem Erscheinen schon teilweise wieder veraltet sind, können in einer Branchen-Datenbank Einträge problemlos geändert und aktualisiert werden. Der Hauptvorteil eines elektronisch gestützten Informationssystems aber liegt darin, daß die vorhandenen Informationen für jeden Nachfrager individuell durchforstet und nach beliebig vielen Kriterien ausgewertet werden können, z.B. ein saarländischer selbstbestimmter Anbieter von Umweltschutzpapier aus 100% Altpapier will seinen Absatz innerhalb der Selbstverwaltungswirtschaft steigern und sucht für seine Papiererzeugnisse eine Liste entsprechend kooperationsbereiter Vertriebspartner im süddeutschen Raum. Ein vermögender und politisch aufgeweckter Privatmann begehrt Auskunft darüber, wie er sein geplantes Hochhaus in Oldenburg komplett unter baubiologischen Gesichtspunkten erstellen und bauen lassen kann – nebst der Einrichtung der Räume. Folglich sucht er ein geeignetes Architekturbüro, alle notwendigen Handwerker und eine vollständige Liste von Lieferanten (von B wie Badewanne bis F wie Fußmatte). Schließlich, zur erfolgreichen Existenzgründungsberatung für eine selbstbestimmte Männer-Ballettschule in Berlin brauchen die Stattwerke möglichst rasch die Branchenkennziffern von vergleichbaren Einrichtungen im Bundesgebiet...

Der Aufbau einer Branchen-Datenbank, wie sie von der Zukunftswerkstatt in Saarbrücken verantwortlich betrieben werden könnte, stellt ein weitreichendes Instrument zur Stärkung der Selbstverwaltungswirtschaft dar, indem Handelsbeziehungen zwischen interessierten selbstbestimmten Betrieben ausgebaut werden können. Der Austausch von Waren und Dienstleistungen, die man bisher von einem kapitalistischen Lieferanten bezogen hat, kann aber nur in dem Umfang zunehmen, wie allen daran gelegenen Kollektiven Zugangswege zu Gleichgesinnten eröffnet werden können. Für die steigende Zahl politisch bewußter Verbraucher, die Wert darauf legen, daß benötigte Ware nicht sondern zudem auch das Prädikat der „herrschaftsfreien Arbeitsbedingungen" (unter denen sie entstanden sind oder verkauft werden) besitzen, hat kauft werden) besitzen, hat eine Branchen-Datenbank den Vorteil, auch für ausgefallene Produkte und Dienstleistungen einen selbstbestimmten Anbieter zu finden. Wenn die beteiligten Betriebe zudem bereit sind, auch betriebswirtschaftliche Kennzahlen regelmäßig zur Verfügung zu stellen, können die interessierten Branchenverbände, Netzwerke und Beratungsinstitutionen bei Existenzgründungen oder bei der Beratung und Unterstützung bereits bestehender Betriebe wirksamer helfen als in der Vergangenheit.

Um das Vertrauen aller Beteiligten in den Schutz ihrer Daten zu gewährleisten (und die Paranoia auszuräumen, daß hinter dem Computer wohlmöglich das BKA steckt), regt die Zukunftswerkstatt als

Fortsetzung nächste Seite

Datenbank für die Selbstverwaltungswirtschaft
Fortsetzung

Wer hat Angst vor'm Computer?

Red. Heidelberg Der Computer, ein ausgelutschtes Thema? Wer ist schon Fan von Personalinformationssystemen, die jeden Gang zum Klo registrieren. Barzahler der „Elektrizitätsversorgungsunternehmen" erinnern sich vielleicht noch an Vorkommnisse, nachdem Herolds BKA-Computer diese als Personen mit typischen Verhaltensmuster von Terroristen herausrasterte. Die technische Revolution im Druckbereich ist immer noch nicht am Ende, kurz: Das Wort Computer erzeugt Orwell'sche Visionen und Arbeitslosenheere. Vor diesem Hintergrund erscheint der Beschluß der GRÜNEN auf ihrer 8. Bundesversammlung in Hagen nur konsequent, für einen Einführungsstop bei neuen Informations- und Kommunikationstechniken zu kämpfen.

Das ist die eine Seite. Die andere zeigt, daß Microcomputer sich rasant verbreiten und auch vor der „Grünen Grenze" nicht halt machen. Aktive GRÜNE scheren sich wenig um den obigen Beschluß und verarbeiten ihre Texte in Bitform, der alternative Betrieb macht seine Buchhaltung auf dem PC (Personal-Computer), der Brief vom Freund aus X–Dorf kann nur schwer sein Matrixdrucker-Outfit verbergen. Auch steigt der Druck von außen. Der Finanzbeamte runzelt mißbilligend die Stirn, wenn ihm vom selbstverwalteten Betrieb statt der sauberen DATEV-Ausdrucke ein handgeschriebenes Journal vorgelegt wird.

Es liegt was in der Luft, meinte das den Grün-Alternativen nahestehende Bildungswerk „Umdenken" in Hamburg, rief, gar nicht sehr laut, zu einem Wochenendseminar, Thema: Wer hat Angst vor'm Computer – Politisches Selbstverständnis und Computereinsatz in alternativen Projekten und Betrieben. Der Tagungsraum erreichte seine Speichergröße mühelos.

Ein buntes Völkchen harrte erwartungsvoll der kommenden Dinge. Der Gewerbelehrer mit dem Fach Informatik saß neben dem Studenten, der seine Diplomarbeit über gerade dieses Thema schreibt. Sozialpolitischen Projekten wächst der Bürokram über den Kopf. Ob der Computer da wohl Abhilfe schafft? Ein Initiativler benutzt schon mal seinen eigenen Automaten für die Arbeit und stößt auf für ihn unverständliche Schwierigkeiten, einem anderen Projektler wird das Ding schlicht verboten. Viele hat der Computer irgendwie angekickt, und man muß ja mit der Zeit gehen, aber was ist dran?

Geballtes Expertenwissen sollte für gehaltvolle Diskussionen sorgen. Das Beraterkollektiv „Rat & Plan" hilft Betrieben in Rechtsfragen und Betriebswirtschaft. FORBIT berät Betriebsräte in EDV-Problemen. Der „Chaos Computer Club" tritt für den offensiven Umgang mit der Technik ein, unterstützt vom Arbeitskreis „Politisches Computern". Freaks und ein Mitarbeiter von CCS, einer Softwareentwicklungsfirma, beschäftigten sich mit an (betriebs)individuelle Bedürfnisse angepaßten Programmen. Keine sattsam bekannten theoretischen Grabenkämpfe hatten die Veranstalter vorgesehen, sondern es stand die Frage im Raum, ob der Computer trotz des politisch-technischen Negativhintergrundes pragmatisch eingesetzt werden kann.

Buchhaltung drückt viele Projekte, Broschüren und Flugblätter lassen sich eventuell viel komfortabler mit einer Textverarbeitung realisieren. Hunderte von unhandlichen Karteikarten mit Adressen verschwinden elegant auf einer Diskette, aber wird dadurch auch die Arbeit effektiver? Die Werbung verspricht nahezu alles, der Preisverfall bei PC's macht's auch finanziell möglich.

Die Erfahrungen ernüchterten. Ein Ausbildungsprojekt mit 150 Leuten wollte seine Verwaltungsprobleme mit einem Lohn- und Gehaltsprogramm erleichtern. Die teure Software sträubte sich aber, wollte einfach nicht adäquat mit ABM-Stellen umgehen, auch die Azubis, die ihren Lohn lieber als Abschlag und am überzogenen Konto vorbei in barer Münze haben wollten, gefielen dem Programm nicht sehr. Seit fast einem Jahr wird an diesen Problemen herumgebastelt. Ein anderer Computer ließ sich zwar willig 2000 Adressen eingeben, wollte sie hernach aber nicht auf Adressaufklebern ausdrucken, er bestand auf Handarbeit, zerschneiden und aufkleben. Einige Projekte führen z.T. seit Jahren lähmende Diskussionen über pro und contra des Computereinsatzes, die die Arbeit belasten, auch ohne daß so eine Maschine auf dem Schreibtisch prunkt.

Die bereits genannten „Fachleute" brachten etwas Ordnung in die Diskussion.

1. Die sog. Standardsoftware taugt nichts, diese ist auf normale Betriebe zugeschnitten, Alternativbetriebe sind nun mal nicht normal.

2. Der Gedanke, daß Computer Probleme in selbstverwalteten Betrieben schaffen, ist vordergründig. Die zwiespältige Haltung gegenüber dieser Maschine lockt erst die unausgesprochenen Konflikte der Kollektive hervor. Der Computer provoziert durch die Verschärfung der Gegensätze Offenheit, an der es in vielen Kollektiven mangelt. Soziologen würden sagen, der Computer wirkt strukturverschärfend. Deshalb hat die Einführung eines PC in einen Kollektivbetrieb ohne vorherige intensive Klärung der internen Verhältnisse vermutlich die Wirkung einer Zeitbombe.

3. Der Computer schafft formale Normen, ein Programm versteht nur formal korrekte Eingaben. Interne Gestaltungsfreiräume eines Betriebes werden eingeschränkt. Dem Rotationsprinzip zuwider wirkt die Wissenszentralisation durch den Computer. Nur wer das Ding bedienen kann, kommt an die Infos ran.

4. Und was ist, wenn so ein Ding erst mal angeschafft wurde, viel Schweiß ist in die Umstellungsarbeit geflossen und man erkennt, daß der Computer die Wunder nicht leistet, die die Werbung versprochen hat. Kann das Projekt wieder zurück? Und wenn ja, zu welchen Kosten?

Das Beratungskollektiv „Rat und Plan" setzte zu euphorischen Träumen behutsame Dämpfer auf. „In den Kollektiven wird künftig der Supervisor durch den Systemanalytiker ersetzt", so formulierte ein Spötter. Der Arbeitskreis „Politisches Computern" wollte diese negative Stimmung nicht stehen lassen. Es gibt doch auch neue Freiräume durch Computer:

1. Nicht vergessen werden sollten die gestiegenen ästhetischen Möglichkeiten bei der Textverarbeitung etwa. Flugblätter sollen nicht nur informieren, sondern auch äußerlich gefallen.

2. Über Mailboxen, eine Art elektronischer Briefkasten, läßt sich eine schnelle und billige Koordination von Aktionen und ähnlichem durchführen. So gab es z.B. nach der Tschernobyl-Katastrohe von verschiedenen Umweltinitiativen via Mailbox einen Austausch der gemessenen Becquerel-Werte in der BRD, einen Tag früher als mit anderen Mitteln.

3. Denkbar sind spezialisierte Ein-Person-Nachrichtendienste, eine Art alternative DPA, die ihre Informationen weltweit aus Datenbanken zapfen und via Mailbox weiterleiten. Zur Erläuterung: Unter Datenbanken sind spezialisierte elektronische „Bibliotheken" zu verstehen, JURIS z.B. speichert Gerichtsurteile. Datenbanken können im Prinzip mit jedem PC angewählt und Informationen aus ihnen entnommen werden, gegen Gebühr versteht sich. Es gibt weltweit Hunderte von diesen Banken, mit denen man z.B. einen „Öko-Nachrichtendienst" einrichten könnte.

Die Mehrzahl dachte allerdings eher an so profane Dinge wie Buchhaltung oder Adressverwaltung und wollte die Post weiter in der alten Form abwickeln. Der Vorschlag, für Kollektivbetriebe angepaßte Software zu entwickeln, wird wohl auch nur für wenige von Interesse sein. Unklarheit bestand weiterhin, ob Computer nun echt was für Alternativbetriebe bringen, oder ob persönliche Faszination und geschickte Werbung der Hersteller uns den Blick für das Wesentliche trüben. Festzuhalten bleibt, daß Alternativbetriebe zunehmend mit Computern arbeiten, trotz der allgemeinen Ablehnung dieser Technologie im Großmaßstab (Verdatung, Überwachungsstaat). Der einzige dauerhafte Kritiker faßte am Schluß die Stimmung pessimistisch aber zutreffend zusammen: „Die Zeit der Diskussion ist vorbei, jetzt wird angeschafft".

Detlef Weiher

Betreiber der Datenbank die Schaffung eines unanhängigen Kontrollorgans an. Diese vorbehaltlos mit allen Zugriffs- und jederzeitigen Interventionsrechten ausgestattete „Datenschutzgruppe" könnte sich aus dem Kreis der eingetragenen Betriebe zusammensetzen, wie ihr sinnvollerweise auch die Kritiker von außen angehören. Das Kontrollorgan, das berechtigt ist, jederzeit Änderungen in der Datenbankstruktur vorzunehmen, soll Regeln und Normen festlegen, die das unmittelbare Interesse der Betreibergruppe zu neutralisieren hätten. Um die Kosten, die im Zusammenhang mit dem Aufbau und Betrieb der Branchen-Datenbank entstehen, abzudecken, soll für den Eintrag eine einmalige Gebühr von 5 Mark erhoben werden. Dafür erhält jeder die periodisch erscheinende, gedruckte Fassung zum Selbstkostenpreis. Zur Zeit bereitet die Zukunftswerkstatt in Abstimmung mit befreundeten Projektzusammenschlüssen und Netzwerken ein entsprechendes Aufnahme-Formular für den Eintrag in der Datenbank vor, das Platz läßt für möglichst alle sinnvollen Angaben – selbst gesetzter Termin für die Veröffentlichung ist die nächste Ausgabe von CONTRASTE. Wer hierzu Anregungen und Hinweise beisteuern möchte oder überhaupt an einer Mitarbeit bzw. an weiteren Informationen interessiert ist, wendet sich an die Zukunftswerkstatt, Brauerstraße 30, 6600 Saarbrücken 3, Tel. 0681/390 55 38.

Siggi Achterberg/Rolf Schmitzer

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

AUCH WENN UNS MANCHE NICHT GRÜN SIND SIND WIR FÜR VIELE DIE EINZIGE ALTERNATIVE.

Ausschneiden und einsenden an: taz-Abo, Wattstr. 11-12, 1000 Berlin 65

Ich bestelle die taz

☐ 5 Wochen für 30 Mark
☐ 9 Wochen für 50 Mark

Dieses Abo verlängert sich nicht automatisch!

Name, Vorname: .....
Straße, Hausnummer: .....
Ort: .....
Datum, Unterschrift: .....
☐ Verrechnungsscheck liegt bei ☐ Bargeld liegt bei

Mir ist klar, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung reicht die rechtzeitige Absendung.

625 Unterschrift: .....

Die Linke - Zwischen Tradition und Postmoderne

Teil 1

Fortsetzung von Seite 1

Red. Nürnberg Die politische Linke kämpft um ihre Existenz. Sie nennt sich selber „ratlos" und wird von Konservativen als „Klageweiber" bezeichnet.

Wenn Bobby Kurz vor geraumer Zeit noch **die** Szene lasch und lahm beschimpfen konnte, kam wenigstens „Betroffenheit" einer Linken rüber. Inzwischen ist es aber auch mit der berühmten Baukultur und ihrer Politik nicht mehr weit her, denn Tschernobyl und andere Katastrophen sitzen tief in den Gemütern, brachten aber für gesellschaftliche Veränderungen keinerlei politische **Globalstrategie** hervor. Im Gegenteil, das soziale und ökologische Fachsimpeln und leidige Unwesen der Gutachter und Gegen-Expertisen beherrschen die Politik.

Die moralische Größe und die Wahrheit als politische Anhaltspunkte in der Auseinandersetzung sind dahin. Und daran ist nicht nur der Kanzler und die Demontage seiner schlechten „Gegner" schuld, sondern wir wissen einfach zu viel über politische Schwindler und deren Irrationalitäten, Zwecke und Machtgelüste. Die Charaktermasken des Systems sind deutlich und entlarvt worden. Denn auch der Grüne Minister weiß nicht wohin mit seinem Giftmüll.

Anything goes

Apokalyptische Visionen und Revolutionsgelüste sind gleichermaßen die Pole, um die sich die politischen Begierden der heutigen Rest-Linken drehen. Doch sie vollziehen sich in verschlossenen Räumen und Hinterzimmern, haben abgehobenen Ausdruck, der in sich Individualität trägt und ahnt, kein revolutionäres Subjekt mehr zu haben (und auch zu sein?).

Die Linke will nicht mehr die Öffnung der Personen zu anderen, vor allem nicht, wenn es um gesamtgesellschaftliche, öffentliche Angelegenheiten geht. Auch die Kneipenkultur und ihre Debatten sind durch die Ich-bin-ich Haltung und dem entsprechenden Rückzug ersetzt worden. Veranstaltungen werden am liebsten nur noch für sich selber und den eigenen Umkreis gemacht. Bis auf wenige Ausnahmen gibt es keine Versammlungen, Teach-ins und ähnliches mehr, wo einst gestritten wurde, oder vor allem auch politischer Konsens gezogen werden konnte.

Der politische Bezug wurde radikal verschoben. Dies wurde schon länger klar, indem erkannt wurde, daß der produktive Arbeiter als historischer Träger der Umwälzung in der spätkapitalistischen Gesellschaft abnimmt und andererseits die **neuen** „Mittelklassen" sich vollkommen in der politischen Landschaft verteilen. Damit vollzog sich auch die Geschichtslosigkeit in der Politik und man/frau sprachen mehr vom „System", das der Lebenswelt bedrohlich gegenübersteht als vom Sozialismus. Klassenkämpfe als Auseinandersetzung für eine **ganze**, neue Gesellschaft, blieben zumindest in Europa seit mehr als einem Jahr aus und sind schwer am Horizont zu konstruieren, ohne ehrlicherweise ins Schleudern zu kommen (bekannterweise gibt der Bezug zum real existierenden Sozialismus in seiner Entwicklung auch keine geschichtliche und gesellschaftliche Hoffnung mehr her).

Existentiell und realpolitisch erdrücken die Einzelerscheinungen und Teil-Krisen der Gesellschaft so sehr die Fakten der Alltagspolitik, daß entweder Ein-Punkte-Initiativen einen auffressen, oder die Zweckrationalität parlamentarischer Arbeit die Linke zur gnadenlosen Unterordnung in Parteien zwingt. Und dies individualistisch, was sich in der Politik und Art der Grünen verdeutlichen läßt.[3]

Die unumgängliche Integration der politischen Person in die Maschinerie der modernen Gesellschaft schuf auch deren Produktivkraft und Technologie so, daß mensch sich entscheiden muß, „einzusteigen" und stark durchrationalisierte Normen und Lebenshaltungen zu gewähren oder marginalisiert am Rande, im Ghetto von Lebenswelten zu stehen. Manchmal übernimmt auch das „System" die Aufgabe selber, indem es den politischen Menschen über den Arbeitsmarkt die Lebensverteilung „hinter dem Rücken" durchsetzt. (Die Langzeiterwerbslosigkeit ist eine mögliche Perspektive für **alle** geworden.)

Das Problem der Linken ist bei der Beurteilung der gesellschaftlichen Situation also nicht, daß es keine „Antworten" auf die Situation gäbe, sondern es gibt keine Gesamtstrategien, was aber immer der Anspruch gewesen ist.

Verloren ging der Totalitätsanspruch der Veränderung von „Produktions- und Gesellschaftsverhältnissen", wie Karl Marx, Rosa Luxemburg, Karl Korsch. und Georg Luckacz es noch formulierten. Und zwar geschah diese Entwicklung der Unfähigkeit durch die Explosion der Technologie (Elektronik, Atomproduktion und neue Medien und durch die Umstrukturierung der Klassengesellschaft in eine Gruppen-, Individuum- und Interessenswelt, welche neue atomisierte Verkehrsformen eröffnete (so jedenfalls argumentiert Jürgen Habermas).

Alles ging allmählich im ganzen auseinander, jeder ist politisch eigentlich nur noch „interessiert", „betroffen" oder auch „im Kampf". Das bedeutet einen Rückzug auf kleine Einheiten, die bislang „alternativ bezeichnet wurden", oder auf eine Politik der gegenseitigen „Feindbilder", welches aber ein typisches Zeichen der bürokratischen Machtentwicklung des Kapitalismus ist.

Früher war die politische Grenze durch soziale Blöcke und Organisation, wie die der Arbeiterbewegung strukturiert und es war im Lebensentwurf klar, was der linke Standpunkt und die Gegnerschaft zu Gesellschaft bedeutete. Doch im Nachhinein wird auch die fatale Begeisterung eines Lenin für Technik und Bürokratie zum Wegweiser durch die Geschichte der Linken und Hinweis auf das heutige Resultat. Der „Genosse" von einst wurde bestenfalls zum Kollegen und Freund.

Fortsetzung folgt

Peter Hess

2 Eigentlich sollte es ja für den SDS eine erste gnadenlose Generaldebatte zur endgültigen Klärung aller unzeitgemäßen Fragen werden.

3 Vgl. einige interessante Artikel in „Die Grünen – Letzte Wahl?" Hrsg. Otto Kallscheuer, Rotbuch Verlag, 1986

Wer geht Stiften mit der Stiftung?

Red. Berlin Spätestens seit dem Vorstoß der Promis in Sachen („Heinrich Böll"–)Stiftung ist deutlich geworden, daß es nicht mehr um die Frage geht: Grüne Stiftung ja oder nein, sondern nur noch um das Wie.
Es wird Zeit, die inhaltliche Diskussion auch im Rahmen der CONTRASTE zu eröffnen. Im folgenden veröffentlichen wir zwei Diskussionsbeiträge aus Berlin.

Es geht mal wieder um's Geld. 60 Millionen in Aussicht stehende Gelder für eine grün-alternative Stiftung beleben die Diskussion und erregen die Gemüter.
Staatsknete bekommen und doch anders sein, kann dies bei diesen Millionensummen und dem ausgeklügelten Finanzierungssystem der Stiftungen mit dem bisherigen Ziel, als Instrumente zur indirekten Parteienfinanzierung der Alt-Parteien zu dienen, überhaupt gelingen?

Die Glaubwürdigkeit der Partei Die Grünen ist mit dieser Frage berührt; klagten die Grünen doch in Karlsruhe gegen die Globalzuschüsse als Form indirekter Parteienfinanzierung und unterlagen – ein Grund zur Revidierung ihrer eigenen Position?

Aber nicht nur die Frage der Glaubwürdigkeit, sondern zu allererst die Frage des Selbstverständnisses der Partei Die Grünen bzw. Alternative Liste ist mit der Frage einer grün-alternativen Stiftung verbunden.
Wird die Partei nur allein als parlamentarisch verlängerter Arm der neuen sozialen Bewegungen betrachtet, zur Wahrnehmung der parlamentarischen Schaubühne für diese politischen Inhalte, so ist es nur folgerichtig, die Stiftungsgelder den neuen sozialen Bewegungen zu überantworten, damit die dort bestehenden Strukturen konsolidiert und ausgebaut werden können (eine Art zweiter Öko-Fonds mit vergoldeter Gießkanne).

Wird die Partei heute als eigenständige Kraft angesehen, die sich von den neuen sozialen Bewegungen ‚emanzipiert' hat und durch den parlamentarischen Weg in neue politische Felder vorgedrungen ist bzw. hinein gestoßen wurde, so ist es nur folgerichtig, die Stiftungsgelder ausschließlich für Bildungs-, Forschungs- und Internationalismus-Arbeit für die Partei zu verausgaben (eine Parteistiftung alten Stils mit grünem Anstrich).

Beide Alternativen greifen zu kurz und überbetonen jeweils ein, wenn auch gewichtiges Bewegungsmoment in der ‚grün-alternativen Grundströmung'. Eine politische Hegemonie der Partei oder der Bewegung innerhalb dieser Strömung reduziert in beiden Fällen das andere Moment zum bloßen Anhängsel der eigenen Arbeit.

Politisch noch verheerender wäre ein sich schleichend ausbreitender Dualismus zwischen außerparlamentarischer und parlamentarischer Arbeit, wie er heute in Ansätzen zu beobachten ist.

Als **gemeinsames Projekt** der grün-alternativen Grundströmung birgt eine grün-alternative Stiftung dagegen die Chance in sich, die eingefahrenen Denk- und Handlungsmuster zu überwinden, als gemeinsamer Bezugspunkt zu dienen und die Vernetzung untereinander zu befördern. Durch die inhaltliche Aufgabenstellung – Bildungsarbeit, Internationales und Forschung – von der ganz konkreten politischen Tagesarbeit entbunden, zwingt die Stiftung nicht zum Konsens, durch sie können Fragen aufgeworfen werden, die Handlungszwängen der Gruppen, Projekte, Partei zum Opfer fielen, oder die einfach vernachlässigt oder ausgeblendet werden.

Eine grün-alternative Stiftung muß dem Gesamtprozeß außerparlamentarischer und parlamentirischer Arbeit im alternativen Spektrum verpflichtet sein und ihr muß dieser Vielfalt und Buntheit der Bewegung und Strömungen und deren Interessen Rechnung getragen werden. Eine grün-alternative Stiftung muß also im doppelten Sinne pluralistisch sein: sowohl die verschiedenen Bewegungen als auch die unterschiedlichen politischen Positionen des grün-alternativen Spektrums müssen in ihr vertreten sein.

Als **gemeinsames Projekt** der grün-alternativen Grundströmung kann die bisherige ureigene Funktion der Alt-Stiftungen überschritten und die Vernetzung, Formierung und Akzentuierung des parlamentarischen und außerparlamentarischen Widerstandes unterstützt und vorangetrieben werden.

Michael Reher-Bierbaum
Mitarbeiter beim Bildunggswerk für Demokratie und Umweltschutz

---

Aufgrund meiner Arbeit in einem Projekt der autonomen Frauenbewegung halte ich folgendes für wichtig: die Frage der Finanzierung ist keine von sogenannter inhaltlicher Arbeit abgelöste: Finanzierung von Projekten ist eine inhaltliche Frage und immer ein Politikum, nicht nur in dem Sinne, daß es um Geld immer Streit gibt. Auch nicht in dem Sinne, wie setze ich Autonomie gegen Kontrolle des Staates, einer Partei etc. durch, von wem will ich Geld und wofür? Es gilt darüber hinaus immer zu fragen, woher kommen die Gelder, welche Unterdrückungsstrukturen ermöglichen sie, die wir mit Antrag auf das Geld erhalten helfen? Wie können wir als Projekte und Initiativen daran arbeiten, uns materielle Grundlagen zu schaffen oder zu sichern, die nicht auf der Unterdrückung von Klassen, Rassen und Geschlechtern beruhen, was natürlich keine von der „übrigen" Gesellschaft losgelöste Frage ist?

Für die Stiftungsfrage heißt das kurzgetreten erstmal: die Gelder so einsetzen, daß die Bewegungen gestärkt werden, der außerparlamentarische Druck wächst und viele Veränderungen (Ausstieg und Umbau) erreicht werden. Am wirksamsten wären die jährlich 50 Millionen DM deshalb sicher so verwendet – hier greife ich einen Vorschlag aus dem Berliner Bildungswerk auf, nicht meine, aber eine gute Idee! – wenn die Bewegungen mit den Grünen zusammen Schwerpunkte in und mit der Geldvergabe zu setzen beschlössen, z.B.: In den nächsten zehn, notfalls auch nur fünf Jahren werden die Stiftungsgelder für Frauenförderung ausgegeben. Alle Projekte und Initiativen der Bereiche Forschung, politische Bildung, „3.-Welt"-Arbeit mit dem Schwerpunkt Frauen würden dann gefördert. Der nächste Schwerpunkt wäre Ökologie oder Frieden. Das gäbe u.a. dieser politischen Grundströmung auch in der Öffentlichkeit mehr Konturen. Die Frage, ob sich die Projekte und Initiativen – natürlich regional – nach Bewegungen vernetzen (hoffentlich) oder nach den Bereichen Forschung, Bildung, „3.-Welt-Arbeit" (dann aber mit Quotierung für Frauenprojekte!) ist im Hinblick auf die Schwerpunktsetzung mit den Stiftungsgeldern fast zweitrangig (abhängig davon, was die Projekte an Vernetzung schaffen). Wichtig ist ferner, daß selbst bei der Vernetzung nach Bereichen, bereichsübergreifend diskutiert und gearbeitet wird. Überschritten werden müssen die Grenzen von anwendungsbezogener Forschung (ist bisher am ehesten finanzierbar auf herkömmlichem Wege) und Grundlagenforschung (bisher kaum finanzierbar), die Grenzen von universitärer und außeruniversitärer Forschung, von Forschung und Bildung, von Kultur- und Naturwissenschaften. Das Integrieren und andere Formen von Forschung und Bildung – nicht andere Themen in traditionellen Formen – machen das „Alternative" der Bewegung aus. Wir verstehen z.B. im Projekt nicht Frauen als ein Thema politischer Bildung, das Frauenprojekt selbst ist politische Bildung im Sinne von selbstorganisiertem gemeinsamen Lernen, wozu auch Forschen und „politische" Aktionen gehören. Dabei ist das Geschlechterverhältnis Ausgangspunkt, Thema und Perspektive unseres Handelns und Lernens. Lernen wiederum heißt tun, (sich) verändern, selbständig, handlungsfähig werden, durch Ausbau und Erhalt eines „autonomen" Projekts.

Klar auch, daß wir Selbstverteilen und Selbstverwaltung von Geldern wenn innerhalb des Projekts praktiziert, auch für die Vergabe von Stiftungsgeldern im Projekte-Verbund anstreben. Wichtig ist, last not least, daß die Bewegungen ihre von der Stiftung zu fördernde Arbeit – es geht um Staats(verwaltete Steuer-)Gelder – nicht als Ergänzung umwelt-, sozial- oder kulturstaatlicher Tätigkeiten der traditionellen Institutionen verstehen, sondern wie die Bundeskooperation der „3.-Welt-Gruppen", „ein Konfliktmodell fahren", d.h. z.B. grüne Entwicklungshilfe in der „3.-Welt" ablehnen und stattdessen Verknüpfungsarbeit leisten zwischen den Problemen dort und den Verantwortlichen hier, oder zu jeder Hilfe dort, eine Kampagne hier. Außerdem trennen zwischen dem, was über Stiftungsgelder aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit zu finanzieren ist, und dem, was die „3.-Welt"-Bewegung dann selbst finanziert.

Ob es aus all dem Gesagten nicht Sinn bringt, an die Stiftungsfrage von den Bewegungen und ihren Projekten und Initiativen ranzugehen?

P.S.: Und was ist, wenn die Grünen nicht mehr ins Parlament kommen? Ende der Stifungsgelder? Ja. Aber die Projekte wird's dann weiterhin geben. Unser fester Wille. Und ihre Netzwerkbeiträge auch ... unser schönster Wunsch.

Gisela Vollradt
Frauenforschungs-, -bildungs- und Informationszentrum (FFBIZ)

Das nächste Projektetreffen der Kooperation grün-alternativer Bildungswerke findet am 14./15. Februar in Hannover statt.

Protokolle können angefordert werden beim: Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz, Zeughofstr. 20, 1000 Berlin 36, Tel. 030/612 60 74

Analfabetismus als gesellschaftliche Notwendigkeit?

Red. Heidelberg Wenn man als Alfabetisierer über Analfabetismus und Alfabetisierung etwas schreiben soll, dann gibt es eigentlich ziemlich viele Stichworte, zu denen es etwas zu sagen gäbe. Wenn man gleichzeitig als Frau in so einem Alfabetisierungsprojekt tätig ist, dann ist auch oft der Sachverhalt gegeben, den Jutta Gelbrich zum Thema „Frauen, Geld und feministische Wirtschaft" in der Dezember-Ausgabe erwähnt hat: wir sind oft weniger darin geübt, unsere Ideen und Erkenntnisse zu Papier zu bringen, und wir sind meistens auch absolut überlastet. Für uns kommt in diesem Fall noch ein anderer hemmender Aspekt hinzu: alles was wir sagen könnten haben wir schon tausendmal gesagt und diskutiert, so daß in uns das Gefühl entsteht: das ist banal, das weiß doch jeder, wir wiederholen uns.
Wir haben aber zugesagt, einen Beitrag für die Februar-Ausgabe einzureichen und so bleibt uns nur eins: ab geht die Luzy (oder auch nicht).

Analfabetismus und Gesellschaft

In einer Gesellschaft wie der unseren, die seit Beginn dieses Jahrhunderts als eine alfabetisierte Gesellschaft gilt, in der also alle Gesellschaftsmitglieder eine grundlegende Ausstattung mit Schriftsprachfähigkeiten haben sollen, ruft es doch immer wieder Erstaunen und Ungläubigkeit hervor, daß es Leute geben soll, die nicht lesen oder schreiben können. Seit über 100 Jahren gibt es die notfalls mit Polizeigewalt durchsetzbare Pflicht, zur Schule zu gehen. Mindestens 10.000 Unterrichtsstunden lang arbeiten sich die Lehrer an uns ab, um uns für das Leben in einer Schriftsprachgesellschaft vorzubereiten. Da kann doch etwas nicht stimmen, wenn 1 bis 5% der Kinder die Schule als Analfabeten verlassen. Man stelle sich das einmal vor: jeder 20. Bürger in diesem unserem Lande kann nicht lesen und schreiben! Sind wir ein Volk von Degenerierten? Wir waren mal das Volk der Dichter und Denker! Jeder zwanzigste ein geistig Behinderter? Das kann doch nicht sein! Es ist auch nicht so. Es ist anders.

In der Schule werden einige Kinder zu Analfabeten **gemacht**, weil unsere Gesellschaft Analfabeten braucht.

Schule ist eine der größten sozialen Institutionen in industriellen Gesellschaften. Die Größe von sozialen Institutionen ist immer auch der Ausdruck ihrer gesellschaftlichen Bedeutung. Als eine der wichtigsten gesellschaftlichen Institutionen hat Schule vor allem die Funktion, die ihr zugeführten Menschen für die unterschiedlichen Erfordernisse im Produktionsprozeß vorzubereiten.

Ein immer schneller werdendes Innovationstempo und immer komplexer werdende Zusammenhänge und Abhängigkeiten in Industrie und Wirtschaft erfordern ein Wissen und Kommunikationssysteme, die geeignet sind, die Folgen der wissenschaftlich technischen Revolution optimal zu nutzen. Eine qualitative Erweiterung der Produktion benötigt entsprechend gut geschulte Arbeitskräfte. Da aber auf dem Arbeitsmarkt nicht nur qualifizierte und somit als erstrebenswert angesehene Positionen angeboten werden, wäre es höchst unwirtschaftlich, allen späteren Arbeitskräften eine hohe schulische Ausbildung zukommen zu lassen.

Schule muß hier also die notwendige Zuteilungsfunktion bestimmter Individuen zu bestimmten sozialen Positionen vornehmen. Solange aber mehr Bewerber für erstrebenswert angesehene Positionen vorhanden sind als solche Positionen zur Verfügung stehen, geht dies nicht ohne Aussonderung. Während formal für alle Schüler ein gemeinsamer und gleichwertiger Ausgangspunkt zu Beginn ihrer Schulzeit vorliegt (alle fangen in der Hauptschule in Klasse 1 an und können nichts), unterscheiden sich die Endpunkte durch unterschiedliche Bildungsniveaus und somit unterschiedliche soziale Wertigkeiten. Hoher oder niedriger Schulerfolg, die sich ausdrükken in den Schulabschlüssen, Abitur oder Sonderschulabgang, sind also Bedingung für die Chance auf hohe oder niedrige Berufspositionen.

Wenn ich mich jetzt frage, was muß einer wissen, der die gesellschaftliche Aufgabe arbeitslos zu sein übernehmen muß, dann fällt mir nur ein: am besten ist, er weiß gar nichts. Wenn ich ihm darüber hinaus noch die Kulturtechnik Schriftsprache verweigere, bin ich sicher, daß seine Unwissenheit auch abgesichert bleibt.

Das grundsätzliche Prinzip der sozialen Institution Schule, die Unterwerfung der heranwachsenden Generation gegenüber der herrschenden Generation und die Vorbereitung auf die ihr zugedachten gesellschaftlichen Aufgaben sind so am sinnvollsten in die Tat umgesetzt.

Marianne

Professionalisierung

Ob im ökologischen, sozialen oder Bildungsbereich, überall liegt die Professionalisierungsleiche im Keller, wabbert und modert vor sich hin.

Wenn es an irgendeiner Ecke dann finanziell oder inhaltlich nicht stimmt, dann wird sie wieder ausgegraben, die gute alte Professionalisierung.

Die Arbeit, die vorher nicht nur von der Qualität her ganz in Ordnung war, ist plötzlich nichts mehr wert und die Ansprüche verschwinden in der Versenkung. Die Fremdbestimmung durch Professionelle, wird notfalls durch die eigene Professionalisierung ersetzt.

Auch im Bereich der Alfabetisierung sieht das nicht anders aus. An allen Ecken und Kanten fehlt Geld. Honorarjobs und ABM-Stellen sind der graue Alltag.

Bei mehr als drei oder sogar vier Millionen Arbeitslosen – je nachdem wen man mit in die Statistik nimmt – ist es kein Wunder, daß jede/r versucht, irgendwo 'ne Nische zu ergattern und sei es auch nur eine auf Zeit.

Doch nach spätestens einem Jahr wird den ABM-Menschen kar, daß sie sich auf einem großen Verschiebebahnhof befinden. Wenn das zweite Jahr ABM rum ist, dann heißt es wieder zurück auf die Flure der Arbeitsämter. Mit Chance gibt es nach einem halben Jahr wieder eine ABM-Stelle, die läuft dann in irgendeinem anderen Projekt. Nach zwei Jahren ist dann wieder Schluß oder vielleicht auch schon nach einem Jahr, usw.

Die Projekte werden schon seit längerem überall langsam aber sicher finanziell ausgetrocknet, so daß diese notgedrungen auf ABM zurückgreifen und das ganze Spiel mitspielen. „Zusätzliche" ABM werden ausgedacht und neue ABM-Leute eingestellt, die durch Neue ersetzt werden usw. Parallel dazu werden staatliche Mammutprojekte aus dem Boden gestampft, die mit ABM zugeschüttet werden. Diese Form der Mangelverwaltung – von der CDU „Aufschwung" genannt – wird uns von der SPD als „mehr an sozialer Gerechtigkeit" verkauft.

In diesem ABM-Verschiebekarussel spielen wir alle inzwischen ganz selbstverständlich mit. Und so funktioniert die ABM-Maschinerie auch völlig reibungslos.

Im Bildungsbereich kommt darüber hinaus die Situation der Honorarkräfte zum tragen. Wenn wieder Gelder gestrichen werden, dann fallen oft auch Honorargelder weg. Die langfristige Perspektive ist: Arbeitslosigkeit verbunden mit Abhängigkeit von Sozialhilfe. Urlaubs- u. Weihnachtsgeld gibt's eh nicht für Honorarkräfte, bei Krankheit sieht's noch schlechter aus.

Diese Situation von ABM-Kräften und Honorarkräften bleibt für die inhaltliche Arbeit auf Dauer nicht ohne Auswirkungen. So ist eben dieser Kreislauf, der sich um Arbeitslosigkeit und damit verbundenem finanziellen Abstieg und der Angst davor, dreht, der Motor für Professionalisierungsbestrebungen.

Diese folgen dem Motto: „Je professioneller wir werden, umso mehr feste Stellen wird es geben!"

Vor der Arbeitslosigkeit werden die Augen geschlossen. Wer einen Honorarjob oder eine ABM hat, ist ja nicht (mehr) arbeitslos, jedenfalls fühlt man/frau sich für 'ne Zeit nicht so.

Der Ruf nach Professionalisierung wird jedoch über die Angst vor Arbeitslosigkeit und deren Folgen hinaus mit dem „Wohl der Klientel" vermengt. Professionalisierung erscheint plötzlich als notwendig, um eine bessere Arbeit zu leisten. Sie wird zwar zur Zeit unter beschissenen Bedingungen geleistet, aber wenn ich bessere Arbeit mache, dann kriege ich auch einen festen Job. Und darüber hinaus muß die Arbeit, die geleistet wird, wissenschaftlich abgesichert und unanfechtbar gut sein.

Was zu einer sinnvollen Auseinandersetzung führen könnte, um sich selbst in Frage zu stellen, um nicht abgehoben über den Betroffenen zu schweben, wird in die Professionalisierung kanalisiert.

Ob Professionelle sich positiv für die Alfabetisierung auswirken, ist mehr als zweifelhaft. Immerhin haben Professionelle (Lehrer) an den Schulen ganz professionell Analfabeten produziert. Ob diese Professionellen und mitsamt das Schulsystem nun versagt (hat) oder auch nur ihre (Aussonderungs-)Funktion erfüllt haben, mag jede/r selbst beurteilen.

Professionalisierung ist immer auch mit Hierarchie und Macht verbunden. Bereits jetzt sind die Kursleiter in der Alfabetisierung für die Analfabeten Autoritätspersonen. Die Lehrer-Schüler-Rolle ist in der Schulzeit fest zementiert worden. Auf offizieller Basis sind die „Kursleiter" (nur) Kursleiter, für die Kursteilnehmer jedoch „Lehrer".

Durch Professionalisierung wird die Autoritäts- und Machtposition nicht nur gegenüber den Kursteilnehmern verfestigt, sondern auch gegenüber Dritten ausgebaut. Die Professionellen werden somit gegenüber „unqualifizierter" Kritik immun.

Um die Autoritäts- und Machtpositionen zu durchbrechen – gleichberechtigt voneinander zu lernen –, reichen verbale Retuschierungen jedoch nicht aus.

In Holland wurde der Begriff des „Kursleiters" geschaffen. Dahinter steht die Überzeugung, daß die Kursleiter keine Personen sind, die wissen, wo es lang geht, sondern die Bereitschaft mitbringen, sich selbst in Frage zu stellen.

Alfabetisierung wird jedoch nicht von selbst einen Weg einschlagen, der außerhalb des hierarchisch gegliederten institutionalisierten Bildungssystem der Bundesrepublik liegt.

Rolf

Aufruf zum Aktiv werden

Damit die Alfabetisierung keine Zweitauflage von Schule wird, sondern von den Interessen der Analfabeten selbst bestimmt werden kann, muß es eine Vielzahl von staatsunabhängigen Projekten geben.

Besonders wichtig erscheint uns dabei, daß nicht nur eine Vielzahl von isolierten Alfabetisierungsprojekten zur Arbeitsbeschaffung für arbeitslose Bildungs- und Sozialklempner entstehen, sondern daß es Alfabetisierungsprojekte überall da gibt, wo Analfabeten bereits sind, z.B. in

- Obdachlosengruppen
- Knastgruppen
- Sozialselbsthilfegruppen
- Arbeitsloseninis etc.

Auch Stadtteil-, Kultur-, Jugend- und sonstige Zentren können entsprechende Kurse/Projekte entwickeln.

Last but not least können auch in selbstverwalteten Ausbildungsprojekten und -betrieben entweder Arbeitsplätze für Personen ohne Lese- und Schreibkenntnisse geschaffen und/oder sich Projekte entwickeln, wo Arbeiten und Lesen und Schreiben lernen Hand- in Kopf gehen.

Wer Interesse hat, eine Lern- oder Arbeitsmöglichkeit für Analfabeten zu schaffen, solle sich mit uns in Verbindung setzen. Denn wir sind gegen alles und nichts sagende Patentrezepte im Kochbuchstil. Wirkliche praktische Hilfen müssen sich immer auf die konkrete Situation des Projektes oder Betriebes beziehen. Außerdem suchen wir eine Auseinandersetzung mit anderen, um nicht im eigenen Saft zu schmoren.

Zur Zeit ist der Arbeitsbereich „Erwachsenenalfabetisierung" in der AG SPAK ein „1 Projekt"-Bereich – das ist nicht der Sinn der Sache! Darum suchen wir Leute, die bereits alfabetisieren oder sich für diesen Bereich interessieren und die das Interesse haben, daß die Alfabetisierung weder verschult noch bürokratisiert oder vereinheitlicht wird.

Für den Herbst '87 planen wir ein Seminar, das sich an Leute richtet, die ein eigenes Projekt aufmachen wollen bzw. bereits auf die Beine gestellt haben.

Schreibt, ruft an – oder schickt eine besprochene Cassette – man/frau muß nicht lesen und schreiben können, um mit uns in Verbindung zu kommen.

Hannelore

Ja, es gibt tatsächlich – deutschsprachige Analfabeten. Menschen, die trotz mehr oder weniger abgeleisteter Schulpflicht nicht ausreichend lesen und schreiben können, um den täglichen Schreibkram zu erledigen. Auch (oder gerade) die Sonderschulen können nicht verhindern, daß es in „diesem unserem Lande" erwachsene Analfabeten gibt.

Für jede der vielen Minderheiten der Gesellschaft gibt es (sogenannte) Fachleute, die das Ziel haben, ihrer speziellen Minderheit zu helfen. Oft stellt sich allerdings die Frage, wer hilft eigentlich wem?

Die deutschsprachigen Analfabeten waren eine bisher unentdeckte Minderheit, dieses ist nun allerdings vorbei. Seit einigen Jahren gibt es Alfabetisierungsmaßnahmen und Projekte, die angefangen haben, den deutschsprachigen Analfabeten lesen, schreiben und rechnen zu lehren, sozial zu begleiten und...und...und...

Nachdem sich herausgestellt hat, daß diese Minderheit bis zu 3 Millionen beträgt, finden sich auch immer mehr Fachleute oder solche, die es werden wollen, um an und mit den Analfabeten zu arbeiten.

Es ist ein Prozeß entstanden, bei dem einerseits Analfabeten die gewünschte Möglichkeit erhalten, nun doch lesen und schreiben zu lernen, der sie aber andererseits zu einer neuen Gruppe von Klienten werden läßt.

Wie dieser Prozeß entstanden ist und welche Denkansätze sich daraus entwickelt haben, erfährt der Leser anhand von Projektberichten und Aufsätzen in diesem Reader.

Aus dem Inhalt:

Alfabetisierung nach Freire, auch in Industrieländern?

Projekte stellen sich vor (Entstehung, Konzepte, Finanzierung)

Professionalisierung?

Medien...

DM 20,– 164 Seiten

Bestellungen an die AG SPAK, Kistlerstr. 1, 8 München 90

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Landkommunen heute

In Gefahr und größter Not, bringt der Mittelweg den Tod!

Letzter Teil – unserer Serie über Landkommmunen

Red. Kassel Die Landkommune ist tot, so wird von vielen gemunkelt. Stimmt diese These? Sicherlich ist heute die traditionelle Form der 68er Landkommune am absterben. Neue Formen des Zusammenlebens traten jedoch an deren Stelle. Die Entwicklung hin zu selbstverwalteten Betrieben auf dem Lande einerseits und zu den Vorstellungen eines Öko-Dorfes andererseits haben ein neues Bild von Landkommunen geschaffen. Die Aufgaben von Landkommunen und ihre Ansprüche wurden umfangreicher. Wie sich heute diese veränderten Landkommunen begreifen, soll in diesem Artikel zum Ausdruck kommen.

Die Suche nach der richtigen Größe

Ein einheitliches Schema für Landkommunen heute gibt es nicht. „Wir befinden uns in einer Phase des Experimentierens". Diese Aussage hört man immer wieder bei den Landprojekten, sei dies nun die Niederkaufunger Gruppe bei Kassel, der Finkhof bei Isny oder die Landgemeinschaft Waldhof in der Rhön. Diese Projekte, die alle etwa einen Stamm von 15 aktiven Gruppenmitgliedern besitzen, sind derzeit in einer Diskussion um zukünftige Strategien. Dabei stehen sich zwei Lager gegenüber. Diejenigen, die eine begrenzte Gruppenzahl haben wollen, und diejenigen, die eine wesentliche Vergrößerung anstreben.

Im Gegensatz zu anderen Ländern, wie in den USA (The Farm), in Indien (Auroville) oder in Schottland (Findhorn), hatte sich in Deutschland bislang noch keine Großkommune etablieren können. Jedoch wird in vielen Initiativen die Idee von Großkommunen diskutiert. So auch von der Hamburger Projektgruppe, die ursprünglich eine Gruppengröße von über 100 Mitglieder anstrebte, oder von der Anarcho-Kommune in Lutter, die mitunter auch Initiator eines Ökodorfes ist.

Arnarchie leben

Im Gegensatz zu dieser Entwicklung, die theoretisch insbesondere durch Horst von Gicycki forciert wird, steht zum Beispiel die „Lebensgemeinschaft im Drohntal" (Hunsrück) oder die „Riedmühle" (Nordhessen). Cornelia von der nordhessischen Landkommune: „Wir sind im Moment 12 Personen. Und dies ist gut so, denn hier kann sich jeder am Tisch noch mit jedem direkt austauschen."

Die „Riedmühle" lehnt es also ab, eine Großkommune zu werden. Nach dem Verständnis dieser Gruppe würde sich in der BRD eine größere Gruppe nicht auf Dauer halten können. „Würden wir eines Tages zu groß werden, so müßten wir uns in zwei vollkommen autonome Gruppen aufteilen. Dies wäre jedoch ein sehr schmerzlicher Vorgang, den wir nicht wollen", so Heike von der „Riedmühle".

Warum diese restriktive Selbstbegrenzung für die „Riedmühle" so wichtig ist, beschreibt Heike: „Die jetzige kapitalistisch-industrielle Struktur fordert große Einheiten. Wir wollen keine systemäquivalente Gegenmacht aufbauen. Denn dann kämen wir unweigerlich in die Mühlen von interner Hierarchie und der Ausübung von Gegenmacht nach außen. Wir müßten unser anarchistisches Zusammenleben zugunsten von Herrschaftsstrukturen aufgeben."

Ökodörfer gründen

Ganz anders sind jedoch die Konzepte der „Ökodörfer". Die angestrebte Mitgliederzahl liegt hier bei 100 bis 400. Programmatisch beschreibt Jörg von den „Ökodorfinformationen" die Zielsetzung: „Das Ökodorf soll den Beweis liefern, daß auch ohne den wahnwitzigen Konsum der westlichen Industrienationen, der ja die Umweltkrise im wesentlichen vorantreibt, ein glückliches, friedliches und erfülltes Leben möglich ist. Wir wollen uns im Ökodorf selbst versorgen mit einer „Gegenwirtschaft" ohne Verschwendung, Umweltverschmutzung, Arbeitshetze und Hierarchie."

Projekt Riedmühle im Umbau

Den Zwängen des kapitalistischen Systems wollen die Ökodörfler entkommen, indem sie auf eine weitgehende Selbstversorgung bauen und die „Mode" des Geldverdienens abschütteln. Hierzu Jörg in CONTRASTE 22/23: „Dort werden die Waren und Dienstleistungen in erster Linie für die Bewohner selbst hergestellt und nicht für den Markt. Konkurrenzfähigkeit ist nicht mehr notwendig. Der Wert der Waren bemißt sich nicht in Geld (Tauschwert), sondern nach dem praktischen Nutzen (Gebrauchswert). Gleichzeitig sind die Ökodörfler nicht mehr auf das Geldverdienen angewiesen (außer vielleicht für ausgefallene Sonderwünsche), weil sie fast alles, was sie zum Leben brauchen, kostenlos im Dorf erhalten (Subsistenzwirtschaft)."

Wandel der Landkommunen

Zwischen diesen beiden Vorstellungen pendelt derzeit das Landkommunegeschehen. Nach meinen Erfahrungen mit den verschiedenen Projekten ist die Szene beileibe nicht am Absterben. Den klinischen Tod der Landkommunebewegung feststellen zu wollen, läßt meiner Ansicht nur auf eine vorurteilsfreundliche ideologische Engstirnigkeit des Betrachters schließen, der an linken Dogmen der Altkommunarden festzuhalten versucht und sich daher auch vor der Entwicklung in Richtung eines umfassenden ökologischen Denkens fürchtet.

Der selbstverwaltete Betrieb

Zunächst war die Entwicklung zur Gemeinschaft mit integrierten, selbstverwalteten Betrieben. Im Nachkriegsdeutschland zeigte sich sehr bald, daß eine Kommune, die ihre ökonomische Einkommen nur auf den Bereich Landwirtschaft konzentriert, kaum überlebensfähig ist. Mit den Idealen der 68er im Hintergrund gründeten sich in den 70er Jahren viele Landkommunen. Von diesen existieren jedoch nur noch wenige. Eine der noch existenten und für viele andere richtungsweisenden Kommunen ist die „Schäfereigenossenschaft Finkhof e.G." bei Isny.

Bereits bei ihrer Gründung wollte diese Gemeinschaft keine Landkommune im traditionellen Sinne sein. Sie bezeichnete sich schon damals als einen selbstverwalteten Betrieb. Petra vom Finkhof: „Unser damaliges Konzept hat sich bewährt. Die damals gesteckten Ziele sind ziemlich erreicht und die wirtschaftliche Existenz ist gesichert. Neben einer Schäferei haben wir eine Spinnerei, eine Kneipe, eine Schreinerei, die Bäkkerei, die Weberei und die Gartenversorgung." Aus ähnlich vielfältigen Arbeitsbereichen besteht auch die „Riedmühle e.V.": Bibliothek, Graphisches Büro, Unternehmensberatung, Software-Betrieb, Landwirtschaft, Gartenversorgung und Hauswirtschaft.

Die Ökologisierung der Kommunen

Neben dieser Entwicklung hin zu einer Lebens- und Arbeitsgemeinschaft, in der die vielfältigsten und unterschiedlichsten ökonomischen Bereiche enthalten sind, wird zunehmend eine ökologische Orientierung deutlich. Beispielhaft für viele Projekte mit ökologischer Motivation ist das gemeinsame Grundsatzpapier der drei Kommuneprojekte Niederkaufungen bei Kassel, Brauerei Uetersen bei Hamburg und Poyenberg bei Neumünster:

„Unser Politikverständnis wäre in der heutigen Zeit falsch, wenn es nicht den Begriff „Politische Ökologie" umfassen würde. ... Mit der Verwirklichung dieser ökologischen Prinzipien wollen wir uns in gesellschaftliche Verhältnisse einmischen, ebenso wie durch unsere Weiterarbeit gegen sinnlose technologische Großprojekte (Autobahnausbau, Flughafenerweiterung, Elbverschmutzung, Saurer Regen, Gesundheitsladen, Anti-AKW-Arbeit, Dritte Welt-Problematik)."

Diese Hinwendung zur Ökologie öffnet zunehmend den Blick für die Vernetztheit der weltweiten Problembereiche. Das Ideal des herrschaftslosen sozialen Zusammenlebens wird erweitert durch herrschaftsloses Zusammenleben mit anderen Naturlebewesen. Die soziale Anarchie wird zur ökologischen Anarchie (Bookchin) weiterentwickelt.

Kommune wagen

Die Landkommune heute ist meiner Ansicht nach zunächst einmal Experiment. Ein Experiment in mehrfacher Hinsicht: Das soziale Zusammenleben soll erprobt werden. Das heißt, die Übernahme der vollen Verantwortlichkeit in und für die Gruppe. Eigentum ist weitgehend abgeschafft. Jeder, der in der Gruppe arbeitet, arbeitet für die Gruppe. Weiterhin ist für die Entscheidungsfindung das Konsensprinzip eine Grundvoraussetzung.

Genauso wichtig erscheint mir das ökologische Zusammenleben. Mit der Kommune soll aktiv Naturschutz betrieben werden. Es soll Einfluß auf die ökoplitische Situation genommen werden, indem in der Gruppe anders produziert wird (naturbelassene Wolle, nichtverseuchtes Gemüse, dezentrale Energieerzeugung), bzw. naturverträgliche Baustoffe verwendet werden.

Kommune und Gesellschaftsüberwindung

Wichtigstes Kriterium jedoch ist die gesellschaftspolitische Ausrichtung. Kommunen sind Teil eines aktiven Kampfes für eine neue Gesellschaft ohne Ausbeutung und ohne Machtstrukturen. Kommunen, insbesondere Landkommunen, sind Modelle im Kleinen für eine Gesellschaft nach dem Kapitalismus und dem Etatismus.

In den experimentierfreudigen Kommunen wird bereits heute Anarchie lebensnah praktiziert. Sie sind also Keime für eine Systemüberwindung. Deshalb sind sie ebenso wirksam wie gefährdet. Jedoch der Mut zu dem Wagnis Kommune ist bei vielen immer noch stärker als die Angst vor gesellschaftlichem Druck. Insofern lebt die Kommune – zwar in neuen Formen, wie die der Ökodörfer oder der integrierten Gemeinschaft mit selbstverwalteten Betrieben – jedoch sie lebt.

Gunar Seitz

Anschriften der im Artikel genannten Gemeinschaften:

Brauerei Uetersen, Kulenstr. 9–11 2082 Uetersen. 04122/31 56 oder 4 47 40

Finkhof Schäfereigenossenschaft e.G., St. Ulrich-Str. 1, 7954 Arnach 07564/45 30

Hof Poyenberg, Reihe 24, 2211 Poyenberg

Lebensgemeinschaft im Drohntal e.V., Dorrwiese 4, 5552 Morbach-Merscheid, 06533/35 34

Landgemeinschaft Waldhof, 06651/3 26 oder 4 27

Lutter-Gruppe, Auf der Domäne, 3372 Lutter am Barenberge

Projektgruppe Niederkaufungen, Kirchweg 1, 3504 Niederkaufungen

Riedmühle e.V., Guntershäuserstr. 6, 3501 Fuldabrück, 05665/45 89 oder 05664/87 40

Informationsdienst Ökodorf, Postfach 10 3007, 6900 Heidelberg 1, 06221/1 24 85

Rezensionen

Ökologie als Anarchismus

Murray Bookchin
Die Ökologie der Freiheit

Das problematische Verhältnis heutiger west-östlicher Gesellschaftsformen zur Natur ist der Ausgangspunkt. Murray. Bookchins Buch „Die Ökologie der Freiheit" (Erstveröffentlichung in den USA 1982) kann als das Ergebnis seiner dreißigjährigen Studien und Forschungen angesehen werden. Es vereint in sich ein weites Themenspektrum von Biologie, Anthropologie, Ethnologie über Historie und Soziologie bis zur Philosophiegeschichte. Bookchin will mit diesem Buch „das Bedürfnis nach einer konsequent radikalen und sozialen Ökologie" (S. 11) erfüllen und wir werden sehen, daß er damit so etwas wie eine Grundlegung der Sozialen Ökologie schafft.

In der Ökologie der Freiheit zeichnet Bookchin die Entstehung und die Auswirkungen der die meisten menschlichen Gesellschaftsformen durchstrukturierenden Prinzipien von Hierarchie und Herrschaft nach. Dazu untersucht er in den acht Kapiteln des Buches die Entwicklungsgeschichte der Technologie sowie deren soziale Funktionen und Wirkungen, die Entstehung von Hierarchien und die auf die Etablierung von Herrschaft abzielende äußere und innere Kolonisation der Menschen nach. So kommt er schließlich zu einer umfassen Kritik hierarchischer und herrschaftsgeprägter Strukturen und weist nach, daß eine Versöhnung mit der Natur bei einer Beibehaltung der Strukturen nicht gelingen kann.

Schließlich vermag es Bookchin, einige Ausgangspunkte für eine moderne anarchistische Theorie, z.B. eine libertäre und ökologische Ethik, zu bestimmen und die Umrisse einer ökologischen Gesellschaft zu skizzieren.

Murray Bookchin hat uns mit diesem Buch eine Arbeit vorgelegt, die in der Zusammenstellung von einzelnen Fakten zu einem idealtypischen Ganzen manchesmal die Ergebnisse zu sehr idealisiert. Es ist dem Buch anzumerken, daß es in krisenhafter Zeit Mut zur Veränderung machen soll.

Es liegt an uns, auf der „Ökologie der Freiheit" aufbauend weiter zu denken und die Theorie in eine libertäre Praxis münden zu lassen.

Murray Bookchin: Die Ökologie der Freiheit – Wir brauchen keine Hierarchien, Weinheim/Basel '85, Belz Verlag, 433 S., DM 38,–, ISBN-Nr. 3-407-85057-3

Thomas Kegel

Anarchie – spielend erzählt

Horst Stowasser
Leben ohne Chef und Staat

„Seit gut 150 Jahren stapfen sie nun schon unverdrossen durch die Weltgeschichte, die Anarchisten. Gehaßt und gefürchtet, verfolgt und immer wieder geschlagen – erreicht haben sie bei alldem wenig. Zumindest nicht das, was ihr höchstes Ziel ist: eine herrschaftslose Gesellschaft, eine glückliche Idylle ohne Staat und Unterdrückung, dafür mit jeder Menge Phantasie, Lust und einem Maximum an Freiheit. Man könnte sie für weltfremde Spinner halten – das sind sie aber nicht. Ihre optimistische Vision eines Lebens ohne die Herrschaft des Menschen über den Menschen ist möglicherweise sogar die einzig realistische, wenn unsere Gattung auf diesem Planeten überleben will."

Dies ist die Einleitung in Horst Stowassers neuestem Buch „Leben ohne Chef und Staat – Träume und Wirklichkeit der Anarchisten". Jede Rezension, die versucht, dieses Buch zu beschreiben, versagt. Das Buch selbst ist die Beschreibung, die keiner weiteren Beschreibung bedarf. Jedes noch so gescheite Gelabere über dieses Buch schmälert das Anliegen des Buches. Das einzige hier ist, es selbst „zu Wort kommen" zu lassen.

Vielleicht mit dem vorangestellten Motto: „Diejenigen, die immer nur das Mögliche fordern, erreichen gar nichts. Diejenigen, die aber das Unmögliche fordern, erreichen wenigstens das Mögliche." (Bakunin)

Oder aber mit den Nachbemerkungen:

1. Dieses Buch hat nicht den Anspruch der Objektivität. Es ist parteiisch. Am ehesten kann man es als eine Wiedergutmachung an hundertfünfzig Jahren Unrecht verstehen, die den Anarchisten in der Literatur widerfahren ist – als Gegengift gegen eine ganze Tradition der Verleumdung.

2. Dieses Buch ist ebensowenig ein wissenschaftliches oder historisches Werk. Völlig frei von Ambitionen dieser Art ging es mir einzig darum, ein unterhaltendes Sachbuch zu schreiben. Darum gibt es auch keine ellenlangen Fußnoten, Zitate oder Quellenangaben.

3. Dennoch ist der Inhalt dokumentier- und belegbar. Die Vorgänge haben sich so oder ähnlich abgespielt. In den Anekdoten wurden Details wie Uhrzeiten, Wetterlage oder auch einzelne Personen frei erfunden. Das ist das Vorrecht der Schriftsteller.

4. Leute, die Fehler finden, die etwas besser wissen oder Kritik üben möchten, dürfen das gerne tun, ohne daß ich deshalb beleidigt wäre. Im Gegenteil!"

Zwischen diesem, dem Publikum vorgeworfenen Knochen liegt das Fleisch des Buches. Ein Fleisch, das lohnt verzehrt zu werden. Am besten ...

Horst Stowasser, Leben ohne Chef und Staat – Träume und Wirklichkeit der Anarchisten, Frankfurt, Eichborn, 1986, 192 Seiten, DM 20,–, ISBN 3-8218-1041-6

Karin Start

Leserbriefe

Auto..., Auto...
Durch unser Engagement bei der Ökobank sind wir Adressat für ihre Zeitung. Wir sind über 40 Jahre und somit noch nicht mit Selbstverwaltung und Ähnlichem konfrontiert worden. Wir verfolgen aber mit Interesse Ihre Artikel – und erhoffen für die Zukunft daraus neue Impulse. Manchmal haben wir auch Schwierigkeiten mit dem Stil der Schreiber oder mit der 'Geschmacklosigkeit' z.B. bei Dez. '86, der 'hl. Familie'. Wem hilft oder nützt ein solches Bild? Für das Jahr 1987 wünschen wir Ihnen Kraft und Lichtblicke.
Veronika & Paul

Politisches Selbstverständnis der Betriebe und Projekte verloren gegangen?
Das politische Selbstverständnis der selbstverwalteten Betriebe, oder „wo sind sie geblieben, die alten Kämpfer der sechziger Jahre?"

Als Ende der sechziger Jahre die Ziele, die gesteckt worden sind, wie die Verhinderung der Notstandsgesetze, die nichtatomare Bewaffnung der Bundeswehr, der Abbau demokratischer Rechte, die Verschärfung der Hochschulgesetze, die politische Gleichschaltung der linken Kräfte mit der RAF, der Ausstieg aus dem Atomprogramm gegen die Stationierung der ABC Waffen und seit neuestem der Kampf gegen die Naturzerstörung nicht die Erfolge gebracht haben, haben sich sehr viele Menschen resignieren lassen.

Einige haben versucht, ihr Selbstverständnis mit Drogen zu befriedigen, wieder andere glaubten, mit Meditation die Glückseeligkeit gefunden zu haben, und wiederum andere glaubten, mit der Flucht aufs Land ihr Selbstwertgefühl entdeckt zu haben.

Um das Letztere geht es mir hier: Als Anfang der siebziger Jahre viele Menschen glaubten, inmitten der Natur neue Lebensformen zu finden, im Umgang mit anderen Menschen, zum Beispiel gründen von Landkommunen, Aufbau von Projekten und Betrieben, um hier völlig neue Werte zu verwirklichen, mußten sehr viele festellen, daß dies nicht so einfach zu bewerkstelligen war. Viele hatten auch hier wieder resigniert, denn die Wirklichkeit hatte sie auch hier eingeholt.

Andere, die es schafften und noch bestehen, mußten aufgrund der Marktgesetze, die auch hier nicht wegzureden sind, feststellen, daß die Aufhebung der Wertfremdheit der Arbeit nur mit massiver Selbstgeißelung zu bewerkstelligen war.

Das hatte und hat auch Auswirkung auf der zwischenmenschlichen Ebene. Denn durch die Mehrbelastung der Arbeit gehen viele zwischenmenschliche Belange naturgemäß verloren.

Was aber noch mehr ins Gewicht fällt, ist das Abflauen politischer Aktivitäten. Hier liegt sehr vieles im Argen. Gerade hier müßten nach meinem Verständnis die bestehenden selbstverwalteten Betriebe und Projekte als Bollwerk fungieren, wenn sie den Anspruch der Veränderung der Gesellschaft für sich bindend erachten. Das aber geschieht nicht. Die Aktivitäten spielen sich in den politischen Zirkeln, Gruppen und Bürgerinitiativen ab, nicht aber in den selbstverwalteten Betrieben und Projekten. Dies gibt zumindest zu denken.

Für mein Verständnis müßten diese Betriebe und Projekte vereint an vorderster Front zu finden sein, wenn sie es mit ihrem Anspruch ernst nehmen würden.

Auch hier schon Resignation???
Günter, ASH-Krebsmühle

Beitrags- und Umsatzfinanzierung einer alternativen Krankenkasse
Ein Diskussionsbeitrag für den Gesundheitstag '87

In der CONTRASTE vom Dez. 86 machte Gunnar Seitz darauf aufmerksam, daß die Sozialversicherungen in der BRD jedes Jahr etwa 350 Mrd. DM einnehmen und zu staatskonformen Zwecken wieder ausgeben. Letzteres ist schon schmerzlich genug für aufrichtige Anarchisten, was in diesem Artikel aber fehlt, ist die Kritik des dabei verwendeten Zahlungssystems. Es jammern eh so viele über das knappe Geld, und dann ziehen uns die (Zwangs-)Sozialversicherer jährlich 350 Mrd. DM aus der Tasche! Tatsache ist, daß es weltweit ein Geldmonopol der jeweiligen Staaten gibt und monopolisierte Güter schon immer knapper und teurer waren als Güter, für die der mittelalterliche Zunftzwang bereits abgeschafft wurde.

Normale Krankenkassen (solche in monopolkapitalistisch-/marxistisch-/faschistischen Staaten) lassen Versicherungsbeiträge in staatlichem Monopolgeld bezahlen. Da in allen 3 Staatssystemen im wesentlichen derselbe Grundtyp von Monopolgeld benutzt wird, leiden überall viele Versicherten an Problemen, immer regelmäßig genug Geld einzunehmen, um ihre Beiträge zahlen zu können. Das Monopolgeld ist meist sehr bequem für den, der es hat. Wenden wir uns nun einem Nicht-Monopolgeld zu, das zwar unbequemer ist, dafür aber immer ausreichend zur Verfügung stehen kann. Die alternative Krankenversicherung (KV) kann Gutscheine drucken, auf denen steht: „Diesen Schein nimmt die KV ab sofort bis zum Zeitpunkt Y (z.B. 3 Monate) bei der Bezahlung von Versicherungsbeiträgen wie Z Währungseinheiten an." Wenn jemand in Währungsgeld (bei Monopolgeld: Zentralbanknoten) zahlen will, kann er das tun. 100 Einheiten Währungsgeld bezahlen 100 Einheiten Beitragsschuld ebenso, wie sie per Definition jede andere Schuld über 100 Währungseinheiten im gesamten Währungsbereich tilgen. Der Gutschein der Versicherung garantiert, daß er beim Emittanten (der Versicherung) wie 100 Währungseinheiten genommen wird. Allen anderen steht die Annahme als solche frei, ebenso wie die Bewertung des Scheins. Die KV druckt die Scheine und bezahlt damit die Löhne ihrer Angestellten und die Versicherungsleistungen (Arztrechnungen, Medikamente). Die Ärzte und Apotheker können mit den Verrechnungsscheinen die Produkte und Leistungen aller Versicherten kaufen.

Ein versicherter Arbeiter kann seinem Arbeitgeber mitteilen, daß er bei Lohnzahlungen jeden Monat so viel in Gutscheine annimmt, wie er jeden Monat Versicherungsbeitrag zahlen muß. Daraufhin kann der „Arbeitgeber" zusammenzählen, wieviel Krankenversicherungsgutscheine insgesamt auf diese Weise zu Lohnzahlungen verwendet werden können. Dann macht die Unternehmensleitung öffentlich bekannt: „Wir nehmen diesen Monat bis zum Gesamtbetrag X Versicherungsgutscheine an, wenn uns jemand damit unsere Produkte abkauft." Die Versicherung kann auf diese Weise etwa 3 Monatseinnahmen im voraus in Verkehr bringen, die Emissionsgrenze liegt an dem Punkt, an dem der freie Marktkurs unter pari zu fallen beginnt, d.h. wenn im Handel Gutscheine gegen Währungsgeld (heute: Zentralbanknoten) für 100 Währungseinheiten Gutscheine nur noch 99 Einheiten Währungsgeld zu bekommen sind. Jeder Emittent (wie Versicherungen, Eisenbahnen, Elektrizitätswerke, Kaufhäuser, Zahlungsgemeinschaften von Erwerbsarbeitslosen) bekommt unabhängig von den anderen seinen Kurs und damit seine spezielle „optimale Geldmenge" vom Markt mitgeteilt. Auf diese Weise kann sowohl Inflation wie Deflation institutionell unmöglich gemacht werden.

Da die Gutscheine unverzinslich sind wie Banknoten, braucht der Schuldner (= Emittent, hier: Krankenversicherung) auch keine Schuldzinsen zu zahlen, in diesem Fall tritt von vornherein kein Zinsproblem auf (der langfristige Kredit funktioniert allerdings anders).
Siegfried H. Schwenke
Monetary Freedom Network

FILM ** FILM ** FILM ** FILM ** FILM ** FILM **

SPANISCHER BÜRGERKRIEG

Der einzige von der CNT während der spanischen Revolution gedrehte Film

«un pueblo en armas»
(s/w, 47 min.)

liegt jetzt deutsch synchronisiert vor. Der dokumentarische Video verdeutlicht u.a. die anarchistische Position zur Sozialen Revolution von 1936 und zum Bürgerkrieg bis 1939.

Geeignet für Veranstaltungen, Unterricht, Seminare etc.

Verleih:
Medienwerkstatt Franken
Rosenaustr. 7
8500 Nürnberg 80
0911 / 268013 (Mo-Fr 14-18)
Verleihgebühr DM 50.--

FILM ** FILM ** FILM ** FILM ** FILM ** FILM **

REIHE SELBSTVERWALTUNG

Neu

BÜCHER DER AG SPAK

Rolf Schwendter (Hg.)
GRUNDLEGUNGEN ZUR ALTERNATIVEN ÖKONOMIE
Teil 1: Die Mühen der Berge
Teil 2: Die Mühen der Ebenen
AG SPAK M 72/73
je ca. 270 Seiten
erscheint zur Buchmesse 1986
pro Band ca. DM 24.–
zusammen ca. DM 39.

Dokumentiert wird die Diskussion um die Alternative Ökonomie von ihren Anfängen im 19. Jahrhundert und ihrem Neubeginn in den frühen 70er Jahren, über Klassiker der neueren Diskussion, bis hin zu aktuellen Problemen wie Bankengründung, Kreditvermittlung, soziale Absicherung, Alternativforschung...

Der erste Band bezieht sich stärker auf politische Konzepte, während im zweiten die Praxis und die Schwierigkeiten im Detail der Umsetzung Alternativer Ökonomie zur Sprache kommen. Die Bände beinhalten Beiträge
- Zur Geschichte der Alternativen Ökonomie
- Zur Zeitgeschichte Alternativer Ökonomie
- Zur Diskussion
- Zur nächsten Zukunft der Alternativen Ökonomie
- Grundsätzliche Kritik der Alternativen Ökonomie

AG SPAK – Publikationen
Kistlerstr. 1, 8000 München 90
Reihe Selbstverwaltung

Die **BUNTEN SEITEN**, der Branchenführer durch die Selbstverwaltungslandschaft als Beilage der CONTRASTE, sollen im April '87 aktualisiert und erweitert, neu aufgelegt werden. Wer in diesem Branchen- und Projektführer bisher noch nicht vertreten war, sollte sich möglichst umgehend mit **CONTRASTE, Gaisbergstr. 97 (HH), 6900 Heidelberg 1**, in Verbindung setzen. Die Adresseneinträge sind kostenlos.

Um die **BUNTEN SEITEN** finanzieren zu können, bitten wir Betriebe und Projekte um die Schaltung von Inseraten. Preisbeispiele: Anzeige 2-spaltig, 90 mm breit und 40 mm hoch, kostet 80 DM + 14 % Mehrwertsteuer. Anzeige 1-spaltig, 43 mm breit und 30 mm hoch, kostet 30 DM + 14 % Mehrwertsteuer. **Redaktionsschluß** für diese Frühjahr/Sommerausgabe ist der **15. Februar 1987.**

Wandzeitung für Jugendzentren
Die neue Wandzeitung für Jugendzentren ist erschienen. Neben Tips, Terminen und Seminarberichten wird in dieser Wandzeitung über folgende Themen berichtet: Hamburger Kessel in Göttingen, Jugendzentren und Kommunale Jugendpolitik, Budenzauber – die neu entstandenen selbstorganisierten Buden der Jugendlichen im Kreis Bodensee/Oberschwaben etc.
Die Wandzeitung kann über folgende Anschrift bezogen werden:
Tiedeke Heilmann
AG SPAK
Uelzener Str. 10
3111 Suhlendorf
(Bitte 5 DM in Briefmarken beilegen!)

Goldesel für die GEMA?

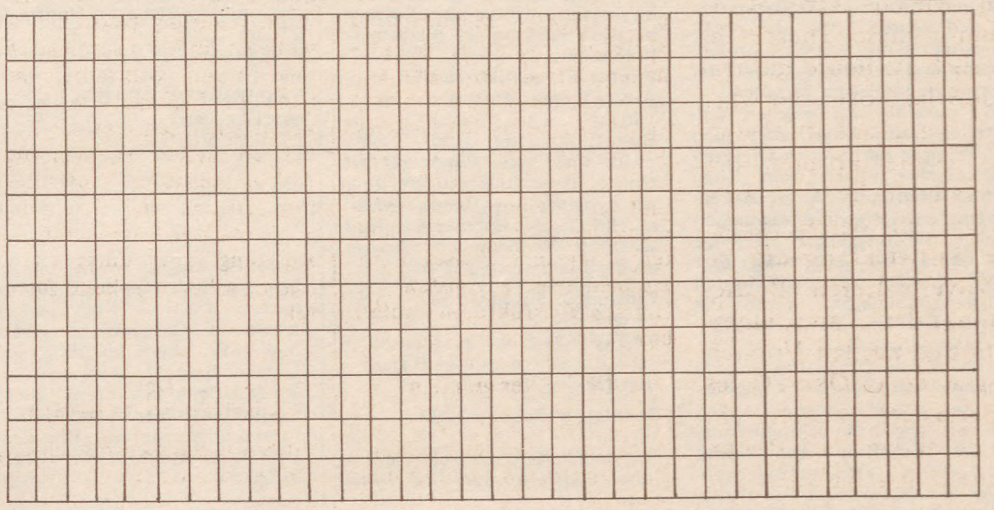
Über den Umgang mit der GEMA

2. erweiterte Auflage,

Was ist die GEMA? ...was ist wofür an die GEMA zu zahlen? ...was ist die günstigste Vertragsart? ...
Auf diese und viele weitere Fragen geht die vorliegende 2. erweiterte Auflage dieser Arbeitshilfe ein.
Neu aufgenommen wurde insbesondere ein Kapitel zur Änderung des Urheberrechts, in der Erleichterungen für ‚Veranstaltungen der Jugendhilfe' festgeschrieben sind.
Bestellungen über:
Dachverband der selbstverwalteten Jugendzentren Rhein-Neckar, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1.
Preis. 4 DM und 1 DM Porto- und Versandkosten (bitte der Bestellung in Briefmarken beilegen).

Kleinanzeigencoupon

Private Kleinanzeigen kosten 5 DM für angefangene 5 Zeilen, jede weitere Zeile 1 DM (1 Zeile hat 32 Anschläge!). **Private Stellengesuche** sind kostenlos! **Gewerbliche Kleinanzeigen kosten 30 DM für angefangene 5 Zeilen,** jede weitere 5 DM. **Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht** mit Briefmarken und nicht per Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Auf Wunsch gibt's auch ne Quittung. **Aber nur, wenn frankierter Briefumschlag und bereits ausgefülltes Quittungsformular vorliegen. Briefe ohne Geld landen im Papierkorb.** Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung. Termin. jeweils zum **15. des Monates. Chiffreanzeigen** kosten 9 DM zusätzlich.
Jeder Buchstabe, Satzzeichen und Wortzwischenraum ist ein Kästchen. Eine Zeile hat 32 Kästchen. Was fett gedruckt werden soll, bitte unterstreichen (zählt doppelt).



Betrieb/Projekt/Name . . . . . .

Straße/PLZ/Ort . . . . . .

Telefon . . . . . .Unterschrift . . . . . .

Bitte einsenden an: Zünd-Satz GbR, Postfach 10 45 20, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1

Kleinanzeigen

Übersetzungen: Geowiss./Bibliothekswesen. Dt.-E. Engl.-Muttersprachlerin hat diese Fächer studiert. Gestaffelte Preise: ab 80 Pfg/Z. Clouston, Urtelfing 25 1/6, 8250 Dorfen
Tel. (08081) 4047.

Alternatives Leben in Italien: Adressbuch + Zeitschrift. Carlo Fani, Mendelstr. 14a, 2050 Hamburg 80
Tel. (040) 738 24 42 Ciaooo!!!!

Kollektive Versicherungsagentur Düsseldorf: Wir ziehen Ende des Monats um. Bitte habt aus diesem Grunde Verständnis für manche Verzögerung unserer Arbeit.
Tel. (0211) 28 10 91. Mit lieben Grüßen – **Gisela, Alfred, Klaus und Andreas.**

LAGERHALLE
Das Buch
Aus Anlaß des 10jährigen Bestehens des Kommunikationszentrums LAGERHALLE ist jetzt ein Buch erschienen, das in Form von Erfahrungsberichten, Selbstdarstellungen, theoretischen Abhandlungen, Interviews, Gedichten, Dokumenten etc. ein Jahrzehnt Soziokulturarbeit Revue passieren läßt.

Das Buch hat 168 Seiten, ca. 200 Abbildungen und kostet 18,– DM. Direkt zu kaufen ist es im Osnabrücker Buchhandel und in der Lagerhalle selber.

Auswärtige Interessenten können „LAGERHALLE – DAS BUCH" gegen Einsendung eines Verrechnungsschecks (plus 3,– DM Porto- und Verpackungskostenpauschale) an die Adresse ‚Lagerhalle e.V., Rolandsmauer 26, 4500 Osnabrück' erhalten – oder durch vorherige Überweisung des Betrags (plus 3,– DM) auf das Konto der Lagerhalle e.V. bei der Stadtsparkasse Osnabrück (BLZ 265 500 01) Konto-Nr. 546 192.

Stellenmarkt

Stellensuche

Ich suche Adressen/Kontakte zu Installateurkollektiven bzw. selbstverwalteten Betrieben in Berlin, bei denen ich arbeiten oder eine Ausbildung machen kann.
Volker Wenzel, Bahnhofstr. 15
6966 Seckach,
Tel. (06261) 1 61 88

Neuer Start nach 16 monatiger Klapsenpause. **Tischler** (27) sucht Arbeit im Raum Süd-Schleswig-Holstein/Nord-Niedersachsen. Suche Betrieb mit handfesten Aufträgen und gutem Klima.
Thomas, Tel. (04855) 4 76

Fahrräder: Seit einem Jahr arbeite ich, 29 J., m, Physiker, in einer Fahrradfabrik und möchte jetzt im alternativen (Fahrrad)-Rahmen weiterarbeiten.
Erhard Wacker, Marktstr. 85
5480 Remagen
Tel. (02642) 2 32 24

Gibt es überhaupt **ALTERNATIVE EDV?** Student (ab Februar 1987 Dipl. Ing./Datentechnik) sucht Job/Arbeit im Raum Nürnberg. Bin für jede Information dankbar. Rainer Burkhardt, c/o Reinschlüssel, Unt. Fischerstr. 13, 8510 Fürth. Tel. (0911) 74 81 63.

Suche für sofort oder später einen Ausbildungsplatz als Schreiner im Raum Frankfurt. Ich habe bereits eine abgeschlossene Berufsausbildung als Maschinenschlosser und vom Studium die Nase voll.
Armin Klöckner, 25 Jahre
Tel. (06051) 7 37 85

GaLaBau-Gartenbau
Suche Mitarbeit bzw. Einstieg in bestehendes Projekt, bin Landschaftsgärtner, 32 J. oder Gärtner/Fachleute zum Aufbau eines Projektes im Raum Mittlerer Neckar/Süddeutschland.
Georg März, Seyfferstr. 66D, 7000 Stuttgart 1, ab 18 Uhr
Tel. (0711) 63 90 43

Jobs

Freie Holzwerkstatt, 7800 Freiburg, Habsburger Str. 9, Tel. 0761/5 45 31 – Kollektivbetrieb – sucht Schreiner/in mit Berufserfahrung, auch Meister/in

Steuerberater/in als Einsteiger/in von selbstverwaltetem Büro (StBv) in Wuppertal gesucht;
Tel. (0202) 493 60 03

Suche Leute, um eine Selbstversorgende Komunität in Italien/Portugal aufzubauen. Kapital erforderlich. Carlo Fani, Mendelstr. 14a, 2050 Hamburg 80
Tel. (040) 738 24 42

Dipl.-Betriebswirt/in für Projektberatung ab sofort gesucht. Erfahrung in Projektarbeit, Selbstverwaltungswirtschaft, alternativer Ökonomie usw. wäre gut. ABM-Berechtigung unbedingt erforderlich. Vollst. Bewerbungsunterlagen an die Kontaktstelle für verbandliche Arbeitslosenprojekte, Thalkircher Str. 106,
8000 München 2.

3 selbstverwalteten Fahrradhändlern in württembergischer Universitätsstadt wächst die Arbeit über den Kopf. Wir suchen eine-n phantasievolle-n und engagierte-n Frau/Mann, die/der langfristig und verbindlich mit uns daran arbeiten will, mehr und besseres für das Verkehrsmittel Fahrrad zu tun. Chiffre 729879

Tischlerei Altwittenbek sucht Tischlermeisterin.
Kiel, Tel. (0431) 31 43 47
Hallo Addi, Rückumschlag und Quittungsbeleg lagen bei, aber die 30 DM nicht. Schickt die Kohle so schnell wie möglich, dann folgt sofort die Quittung.

Landschaftsgärtner/in von Restkollektiv als Einsteiger/innen gesucht. Blattwerk ist 5 Jahre alt und hat 5 Mitarbeiter.
Blattwerk, Gartengestaltung, Libanonstr. 72a, 7000 Stuttgart 1
Tel. (0711) 46 84 08

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel

blätterwald

Niederurseler Str.7
Postfach 29
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/78011

Tagungen...Seminare...Treffen

Die Jugendkonzentrationslager Moringen und Uckermark vom 20. bis 22.3.87

Zu den, von der deutschen Öffentlichkeit, fast vergessenen faschistischen Terrorstätten zählen die Jugendkonzentrationslager Moringen und Uckermark. Diese wurden in den Jahren 1940 bzw. 1942 eingerichtet und mit dem irreführenden und verharmlosenden Titel „Jugendschutzlager" versehen.

Während die ideologischen Wegbereiter dieser Lager, aber auch die Peiniger der dort internierten Jugendlichen, nach dem Krieg wieder öffentliche Ämter bekleideten, ignorierten die staatlichen Stellen die ehemaligen Häftlinge bis heute fast vollständig. Erst 1970 wurden die sogenannten „Jugendschutzlager" durch die Bundesrepublik als Konzentrationslager anerkannt.

Anhand von Originaltexten und -dokumenten sowie aufgezeichneten Zeitzeugengesprächen wollen wir versuchen, die Hintergründe, die zur Errichtung der Jugend KZ's geführt haben, aufzudecken.

Das Seminar wendet sich an alle Menschen, die sich mit Teilen der deutschen Geschichte im Hitlerfaschismus und deren Aufarbeitung nach 1945 beschäftigen wollen. Vorkenntnisse sind erwünscht, aber nicht erforderlich. Eine Materialmappe wird nach Anmeldung und Überweisung der Seminargebühr zugesandt.

Anmeldungen:
Bildungswerk Leben und Umwelt e.V., Alte Schule, 3413 Fredelsloh
Tel. 05555/5 22

Fachtagung Jugendzentren und Neue Medien
6. bis 8. März 1987
Haus Buchwald, Nohfelden/Saarl.

Die „neuen Medien", insbesondere Fernsehen und Video, stellen die Arbeit in den Jugendzentren und in anderen Einrichtungen der offenen Jugendarbeit vor neue Herausforderungen. Erhebliche Wandlungen im Freizeitverhalten sind ein Hinweis, daß sich die Jugendarbeit mit diesen – vielfach ungeliebten – Medien auseinandersetzen muß.

Wichtiger noch scheint zu sein, daß der Konsum dieser Medien sowohl wegen seiner Inhalte als auch wegen ihrer spezifischen Darbietungsform langdauernde Wirkungen auf Einstellungen und Verhaltensformen von Jugendlichen mit sich gebracht hat, die den Alltag der Jugendarbeit mit prägen.

Die Frage nach den Folgerungen stellt sich vielfältig. Dabei kann es nicht nur um den Einsatz neuer Medien in der Jugendarbeit gehen oder um medienpädagogische Konzepte. Im Vordergrund steht die Frage, wie die Jugendarbeit in der Lage ist, dazu beizutragen, daß für die Jugendlichen das wirkliche Leben wichtiger wird als das vermittelte.

Anmeldungen bis 20.02.1987 über
Paritätisches Bildungswerk
Bundesverband
Heinrich-Hoffmann-Str. 3
6000 Frankfurt/Main
Tel. (069) 67 06-274

Ausstellungswoche: „Gemeinsam und Selbstbestimmt –auf dem Weg zu neuen Wirtschaftsformen"
vom 6. bis 15. Februar 1987
im Jugend-, Kultur- und Kommunikationszentrum Neckargemünd Programm.

Freitag, 6. Februar, 16 Uhr
Ausstellungseröffnung
19 Uhr
Diskussionsrunde zum Thema: **„Alte und neue Genossenschaften"** mit je einem Vertreter der Arbeitsgruppe Genossenschaften (SPD), der Handwerkergenossenschaft Mannheim, der blätterwald eG und der AG SPAK.

Samstag, 7. Februar 1987
21 Uhr
TAETER-Theater Heidelberg:
„Die Ausnahme und die Regel"
(Bertolt Brecht)

Sonntag, 8. Februar 1987
16 Uhr
Regionaltreffen der selbstverwalteten Jugendzentren und Initiativen

Mittwoch, 11. Februar 1987
21 Uhr
„Geisterfahrer", Videofilm der Medienwerkstatt Freiburg

Samstag, 14. Februar 1987
14 Uhr
Treffen der selbstverwalteten Projekte und Betriebe aus Nordbaden
21 Uhr
Projektefest & Konzert
mit
THE SURFIN' DEAD
special guests:
NOT MOVING

Oster-Workcamps im In- und Ausland bietet der Service Civil International (SCI) an: Freiwilligkeitsarbeit in Ökologie-, Friedens-, 3. Welt-Projekten. Mindestalter 16 (Inland) bzw. 18 (Ausland). Sinnvoller Urlaub mit internationalen Kontakten! Programme und Informationen beim SCI, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1, Tel. (0228) 21 20 86.

Energie- und Umweltzentrum am Deister

Am Elmschenbruch
3257 Springe 3

Bildungsurlaube:

Ernährungsformen im Vergleich
vom 2. bis 6. März 1987

Ökologisches Bauen und Heizen
vom 9. bis 13. März 1987

Wochenendseminare:

Genossenschaften
vom 13. bis 15. Februar 1987

Gentechnik – letzte industr. Revolution
vom 27.2. bis 1.3.1987

Ökologie für Kinder
vom 6. bis 8. März 1987

...und dann wird alles anders
vom 13. bis 15. März 1987

Alternative Energie in Skandinavien
vom 27. bis 29. März 1987

Frauen schaffen sich ihren Arbeitsplatz
- ein Projektgründungskurs von Frau und Arbeit e.V.

Angesprochen sind Frauen, die sich ihren eigenen Arbeitsplatz schaffen wollen. Sie sollten bereits eine Projektidee haben, sei es im gewerblichen oder im sozialen Bereich. Der Kurs will helfen, die Ideen auf ihre Tragfähigkeit hin zu überprüfen und zu konkretisieren. Dazu soll das nötige Basis-Fachwissen vermittelt und anhand Eurer Projektideen erarbeitet werden.
Schwerpunkte des Kurses werden sein:
- Welche Gründungsschritte, -formalitäten sind notwendig?
- Welche Rechtsformen eignen sich für welches Vorhaben?
- Selbstverwaltung? Welche Voraussetzungen braucht sie, welche Konsequenzen hat sie?
- Woher kommt das Geld (private und öffentliche Finanzierung incl. ABM)?
- Steuer- und Versicherungsfragen
- Buchführung – wie und wozu?
- Kalkulation und Planungsrechnung

Wenn sich Projektideen während des Kurses konkretisieren, bieten wir Euch eine kontinuierliche Beratung und Begleitung an.
Beginn: Mi 1.4.87, 19 Uhr
Dauer: 12 Abende, 1 Kompakttag – Kosten 100 DM (Ermäßigung in besonderen Fällen möglich)
Anmeldungen bitte an:
Frau und Arbeit e.V.
Grindelallee 43
2000 Hamburg 13
Tel. (040) 44 49 60

Frauenbildungs- und ferienhaus e.V.

Heat Beat - ein 6-Tage-Reise-Erlebnis durch Rhytmen, Tanz, Trommeln, Stimme
vom 1. bis 6. März 1987

Weibliche Schwäche - die Stärke der Frauen?
vom 6. bis 8. März 1987

Sanitärinstallationen
vom 8. bis 13. März 1987

Je suis une femme, tu es une femme, nous sommes des femmes.... *Eine französische Woche* für Nicht-mehr-ganz-Anfängerinnen
vom 15. bis 20. März 1987

Selbsterfahrungskurs für Lehrerinnen - Einführung zum Jahreskurs
vom 20. bis 22. März 1987

Buchführung, Lohnbuchhaltung, Kalkulation und Steuern für selbstverwaltete Projekte
vom 22. bis 27. März 1987

Raum für uns – Selbsterfahrung für Lesben
vom 27. bis 29. März 1987

Pantomime – Clowneriekurs
vom 29.3. bis 3.4.1987
Das ausführliche Programm bitte mit frankiertem Rückumschlag anfordern. Anschrift siehe oben.

Hof Barkelsby

Anders leben – anders arbeiten
Wir möchten Erfahrungen und Erkenntnisse zum Thema „Projektaufbau" an diejenigen vermitteln, die sich auch mit dem Gedanken an ein „Alternativprojekt" tragen.
vom 20. bis 22. Februar 1987

Sympathy for the devil? – oder eine Einführung in die Welt der Computer
...kein Programmierkurs, aber kennen und bedienen lernen der Geräte
vom 6. bis 8. März 1987

Prospekt anfordern bei:
Hof Barkelsby e.V.
Selbstverwaltetes Tagungshaus
an der Ostsee
Ringstr. 9-11
2331 Barkelsby

KOBI

Im Rahmen des KOBI-Sonderprogramms:
Weiterbildung für selbstgeschaffene Arbeitsplätze und für selbstorganisierte Betriebe und Projekte beginnen Ende Februar und im März folgende Kurse:

Arbeiten im Kollektiv – Arbeiten in der Gruppe
Konflikte und Auseinandersetzungen können den betrieblichen Alltag erschweren und die sinnvolle Weiterentwicklung des Betriebes bzw. Projektes behindern. In diesem Kurs sollen Umgangsformen mit derartigen Problemen erarbeitet werden.
Wochenendseminar
vom 21. bis 23. Februar 1987

Allgemeine Steuerprobleme
Klärung von betrieblicher bzw. persönlicher Steuerpflicht, Umsatzsteuer, Gewerbesteuer, Körperschafts- und Einkommenssteuer.
ab Mittwoch, 25.2.87 wöchentlich 5mal von 19.30 Uhr bis 22 Uhr.

Buchung
Nicht alle Betriebe und Projekte sind zur ordnungsgemäßen Buchführung verpflichtet. Dennoch ist es sinnvoll, ein Journal einzurichten und zu führen - wie das geht, soll in diesem Kurs gezeigt werden.
ab Dienstag, 3.3.87, wöchentlich 6mal von 19.30 Uhr bis 22 Uhr.

Wirtschaftliche Tätigkeit und Gemeinnützigkeit
In diesem Kurs sollen die rechtlichen und steuerlichen Aspekte von Gemeinnützigkeit erklärt werden.
ab Dienstag, 17.3.87, wöchentlich 4mal von 19.30 Uhr bis 22 Uhr.

Ein ausführliches Programm ist gegen Rückporto (50 Pfg.) erhältlich beim
Kommunikativen Bildungswerk
Lange Str. 79a
4600 Dortmund 1
Tel. (0231) 14 31 23

Wichtig: Alle Kurse finden in Dortmund statt und sind **ohne** Übernachtung und Verpflegung.

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug. Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird. Wenn das Abo befristet sein soll, bitte extra angeben!

Name: . . . . . .

Adresse: . . . . . .

Gruppe/Betrieb/Beruf: . . . . . .
Abo für 12 Monate DM 36,– (incl. Versand)
sonst DM 24,– für Kollektive oder Arbeitslose und Schüler
Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)
O **Einzugsermächtigung:**
Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementsgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber: . . . . . .Geldinst.: . . . . . .

Konto-Nr.: . . . . . .BLZ.: . . . . . .
Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Unterschrift: . . . . . .
O **Gegen Rechnung:**
Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlungen auf unser Konto!**
O Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Davon habe ich Kenntnis genommen . . . . . .
Datum, Unterschrift

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, 6370 Oberursel 5, einsenden

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Fördermitgliedschaft

O Ich möchte unbedingt Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V. werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72.– DM) ..... DM pro Jahr. Es macht mir nichts aus, jeden Monat CONTRASTE umsonst zugeschickt zu bekommen.

O Schickt mir erstmal Eure Satzung

O Ich bin schon Abonnent, will aber trotzdem jeden Monat kostenlos CONTRASTE zugeschickt bekommen. Darum möchte ich **erst** mein Abonnement kündigen und **dann** Fördermitglied werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72.– DM) ..... DM pro Jahr.

Unterschrift . . . . . **Datum** . . . . .

Vorname, Name . . . . . .

Straße und Wohnort. . . . . . .

Bitte ausfüllen und einsenden an: CONTRASTE,
c/o STATTwerke e.V., Mehringdamm 50, 1000 Berlin 61